



5. Heft | 16. März 1916

HEINRICH PEUS · DIE NEUORIENTIERUNG DER SOZIALDEMOKRATIE

AHRZEHNTE hindurch haben wir für die sozialistische Zukunft geschwärmt. Es war insbesondere das Verdienst Bebels in seinen besten Mannesjahren, daß er unsere Phantasie mit den Bildern einer schönern Zukunft erfüllte. Das war höchst wertvoll, besonders für die erste Rekrutierung des sozialistischen Heeres. Es gab uns Kampfesmut zu einer Zeit, wo sichtbare Erfolge noch nicht möglich waren. Aber leider hat die bloße Phantasie uns vielfach, insbesondere auch zu lange, mit sich fortgerissen. Sie machte uns doch mehr zu Ideologen als es unsere ökonomische Geschichtsauffassung hätte erlauben dürfen. Wir mußten die Erfahrung machen, daß die Welt sich auch von den schönsten Ideen nicht kommandieren, nicht mit Gewalt eine Reife abzwängen läßt. Das war die Tragik in den letzten Jahren Bebels: Er mußte sich darüber klar werden, daß, um zu dem Ziel wirklicher Befreiung der Arbeiter zu kommen, doch ein Paktieren mit dem selben Kapitalismus, den er im Prinzip auf das schärfste bekämpfte, mehr und mehr nötig wurde. Der »Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft« mußte sehen, wie die Arbeiterklasse, als sie mit beflügelter Phantasie ins Reich der Wirklichkeiten hinabstieg, sich immer mehr mit der kapitalistischen Gesellschaft und dem kapitalistischen Staat einlassen, wie sie bis zu einem gewissen Grad beide bejahren mußte, um sie dadurch erst überwinden zu können. Der Krieg hat uns gelehrt, daß es noch fast übermenschliche Hindernisse zu beseitigen gilt, um das Reich aufzubauen, das wir verwirklicht sehen möchten. Parteigenossen, die bisher im Parteiturm immer nur mit dem selben Kreis von Parteigenossen verkehrt haben, sind jetzt, wo sie im Heer mit den Angehörigen des ganzen Volkes in tiefste Vertrautheit geraten sind, geradezu erschrocken, wie sehr das Denken der nicht in unseren Parteikreisen verkehrenden Massen noch von dem entfernt ist, was uns als das unerläßliche Fundament der Welt dünkt, die wir haben wollen. Und sie kommen mehr und mehr zu der Überzeugung, daß es fürs erste jedenfalls nicht geraten sein wird auf eine geschlossene Aktion des ganzen internationalen Proletariats zu rechnen, sondern daß es sich schon empfiehlt unsere eigene Kultur auszubauen und sie gegen Zerstörung von außen zu schützen; was natürlich nicht ausschließt daneben nach Möglichkeit für die Förderung der Arbeiterklassen aller Länder und auch die friedliche Verständigung der Völker mit aller Kraft einzutreten.

Bleibt demnach die Wirklichkeit noch gewaltig hinter unseren Wünschen zurück, so möchte manchen Pessimismus anwandeln, und verzweiflungsvoll möchte er die Hände in den Schoß legen. Oder sollen wir rasen vor Wut über die widerspenstige Welt und uns innerlich verzehren? Beides nicht. Erst recht glühenden Optimismus haben. Aber nicht den schwärmerischen der Vergangenheit, sondern den durch die Erfahrung zu praktischer Erkenntnis gereiften, um die Schwierigkeiten wissenden, aber mit stolzer Schöpferfreude erfüllten Optimismus. Einmal kommt doch noch das Ende dieses furchtbaren Krieges. Dann aber kommt unsere Arbeit, eine stolze, schöne Arbeit. Schön für die Jugend, die auf einem neu bereiteten Feld fruchtbarste Tätigkeit entfalten kann, schön aber auch für die Älteren und Alten, die damit für den Rest ihres Lebens noch einen prachtvollen Inhalt bekommen können. Ich weiß wohl, daß gar mancher in unserer Partei solche Denkweise als kindlichen Optimismus belächelt. Er wird mir vorhalten: Das kommt alles ganz anders, und wir werden schon sehen, wie beschränkt sich auch in Zukunft unsere Gegner erweisen, wie törricht insbesondere auch unsere Regierungen uns entgegentreten werden. Ja, ich sehe Gesichter, auf denen sich freudige Genugtuung darüber ausmalt, daß man mit solchen Prophezeiungen recht behalten werde. Aber was wollen denn diese Schadenfrohen eigentlich? Was gedenken sie zu tun? Sie werden triumphierend ausrufen: Das ist dieser kapitalistischen Gesellschaft schon ganz recht, daß sie so elende Zustände zeitigt, sie werden sich wie früher in Oppositionsstimmung versetzen und in Zehntausenden von Entrüstungsresolutionen über diese erbärmliche Gesellschaft die wohlverdiente Feindseligkeit gegen sie zum Ausdruck bringen.

Müssen sie das wirklich? Ich sage Nein. Diese unfruchtbare Manier muß nun endlich ein für allemal vorbei sein. Was nützt denn all der Aufwand an Entrüstung? Solche Gemütsbewegungen mögen dem wohl tun, der sie empfindet. Es ist schön sich moralisch auf höherer Stufenleiter zu fühlen. Aber ich kenne doch noch Besseres: sich nach der Entrüstung zu besinnen und zu begreifen, daß alles, was ist, so werden mußte, weil die Vorbedingungen des andern noch nicht geschaffen waren. Aber da beginnt gerade unsere Aufgabe. Wir haben den Willen die Welt anders zu machen. Aber dann müssen wir selber alles tun, was die gegebenen Realitäten erheischen. Wir müssen bei der Gestaltung der Dinge den Stoff, wie er ist, verwenden. Was die Gegner tun, ist natürlich nicht gleichgültig. Es ist sehr viel besser, wenn auch sie in unserm Sinn vernünftig sind. Auch müssen wir sicher unsere Taktik nach dem Tun unserer Gegner einrichten, nicht aber in dem Sinn, daß wir das Recht bekämen weniger unsere Pflicht zu tun, wenn die anderen uns nicht entgegenkommen. Die Fehler der anderen geben uns nicht das Recht zu gleichen Fehlern, sie legen uns im Gegenteil die Pflicht auf uns zu fragen, ob wir nicht an ihren Fehlern selber die Mitschuld tragen. Wir haben die Welt jetzt mit aller Energie nach unserm höhern Ideal einrichten zu helfen. Die Welt braucht uns dringend. Sie wartet auf unsere organisatorische Leistung. Wir müssen die produktiven Kräfte des Landes und Volkes zu höchster Entwicklung treiben. Alles Parasitäre ist mit äußerster Energie auszuschalten, um die ungeheure Energievergeudung, die der Krieg gebracht, wieder wettzumachen und eine gewaltig gesteigerte Produktivkraft für die Zukunft zu sichern. Es geht

nicht mehr an der Welt zu zeigen, daß der verhaßte Kapitalismus es nicht fertig bringe die Probleme zu lösen, die die ungeheuren Schwierigkeiten der durch den Krieg geschaffenen Situation erzeugt haben. Jetzt gilt es auf allen Gebieten zu zeigen, daß wir selber gangbare Wege aufzuweisen haben. Die Zeit der Negation, des bloßen Protestes muß in jeder Beziehung vorbei sein.

Schon vor dem Krieg waren wir mit unseren Parteitagsbeschlüssen, die uns Abstinenz dem Klassenstaat gegenüber auferlegten, immer mehr in eine unhaltbare Lage gekommen. Wir arbeiteten mit der größten Anstrengung im Reichstag, in den Landtagen und den Gemeinden an der Umformung aller Verhältnisse in unserm Sinn, um dann doch schließlich (bei der Etatsabstimmung) zu erklären, daß uns dieser Staat gar nichts angehe, daß wir gar nichts von ihm wissen wollen. Nach diesem Krieg aber, der so unendlich wichtige Probleme und Aufgaben naherückt, an denen wir mitarbeiten müssen, die nur dann gut gelöst werden können, wenn wir mit allen Fasern unserer Seele mit dabei sein werden, nach diesem Krieg, der die Verknüpfung unseres Daseins und auch unserer besondern Arbeiterkultur mit diesem Staat, wie er uns jetzt gegeben ist, uns noch besonders zum Bewußtsein gebracht hat, ist es ganz unmöglich die alte, wenn auch nur rein theoretisch gewordene Intransigenz noch fortzusetzen. Wenigstens für alle die, die nicht damit zufrieden sind, daß die Sozialdemokratie bloß ein Klubdasein führe, daß sie sich in Resolutionen erschöpfe und auf wirkliche politische Machtausübung verzichte. Wir müssen uns für das Schicksal unseres Landes und Volkes in Zukunft in jeder Beziehung verantwortlich fühlen. Dem Kapitalismus dürfen wir die Verantwortung nicht mehr zuschieben. Fällt sie ihm tatsächlich zu, so darf es doch nie so liegen, daß er sagen kann, er habe sie ja bloß übernehmen müssen, weil wir sie so zu übernehmen wie es der Augenblick gebieterisch erheische nicht gewillt gewesen seien. Diese Verantwortung liegt uns nicht nur dann ob, wenn wir die eigentliche Regierung selber in der Hand haben. Sie ist immer da, wenn wir uns nicht grundsätzlich ausschalten, wenn wir dauernd bemüht bleiben, statt Prinzipien zu reiten, uns keinen erreichbaren Erfolg entgehen zu lassen. Prinzipien sind wirklich dazu da uns in unseren Entscheidungen zu leiten, nicht aber uns zu tyrannisieren.

Wir haben bisher den Etat grundsätzlich abgelehnt. Freilich war diese Grundsätzlichkeit schon nicht ganz intakt. Denn Ausnahmen waren gestattet. Diese Ausnahmen waren das Beste an dem Beschluß, sie leiteten zu einer andern Auffassung über, die neuen Bedürfnissen gerechter wurde. Wir müssen jetzt den Mut bekommen zu sagen: Daß wir den Etat bewilligen, ist eine Selbstverständlichkeit, auch wenn dieser Staat noch nicht der Staat unserer Ideale ist. Wir wissen eben jetzt nach diesem Krieg noch weit mehr als vorher, daß wir den Staat, wie er da ist, als Grundlage unseres Daseins brauchen, solange uns nicht die Macht gegeben ist unsern eigenen Staat einzurichten, und diese Macht wächst uns nur im engsten Anschluß an den gegebenen Staat zu. Wenn unsere Gegner, die da meinen, die Welt müsse so bleiben wie sie sei, unter uns Bundesgenossen für sich haben wollen, dann brauchen sie nur dafür zu sorgen, daß die radikale *Prinzipienpolitik* bei uns obsiege. Daß sie, wenn unsererseits solche unfruchtbare Politik getrieben wird, das für sich ausnutzen, das

kann man ihnen wirklich nicht übelnehmen. Aber was kommt es auf die Parteien an! Die sollten doch nur Mittel zum Zweck sein. Auf das Wohl des ganzen Volkes und Landes kommt es an. Und dieses erfordert, daß sich das Streben aller Parteien, soweit der Widerspruch der Interessen das nicht unmöglich macht, auf das Interesse des Ganzen richte. Wir haben das Interesse der Arbeit als Kern unserer Bestrebungen zu erkennen, und wo und soweit diese Interessen bei der heutigen Konstruktion der Gesellschaft mit denen des Kapitals verknüpft sind, haben wir für unsere Entscheidungen heute dieser Verknüpfung Rechnung zu tragen, weil nur solche Arbeitsweise fruchtbar sein kann. Solange wir nur rein agitatorisch, rein als Verkünder des sozialistischen Evangeliums wirken wollten, solange wir an praktisches Mitarbeiten im Staat nicht dachten und nicht denken konnten, war die Ablehnung des Etats das durchschlagendste, deutlichst ins Auge fallende Mittel, um zum Ausdruck zu bringen, daß wir Sozialdemokraten eine ganz andere Welt wollen als die ist, die da heute als kapitalistische besteht. Wir wollen auch heute noch diese sozialistische Welt. Aber wir wollen sie nicht mehr nur im Prinzip, wir haben angefangen sie zu verwirklichen. Aber wenn wir das wollen, bleibt uns nichts anderes übrig als an die gegebene kapitalistische Welt anzuknüpfen. Es ist so, wie wenn man ein Haus durch Umbau in ein neues umgestalten will, ohne das Haus zu verlassen. Dann muß man eben doch in dem alten Haus sich während der Umbauzeit mit den gegebenen Möglichkeiten abfinden. Und wenn obendrein verschiedene Parteien während dieser Umbauzeit mit in diesem Haus wohnen, dann muß man schon auch auf diese anderen mit Rücksicht nehmen, wenn das Leben einigermaßen erträglich bleiben soll. Blieben wir auf unserm prinzipiell negativen Standpunkt stehen, der durch unser praktisches Verhalten längst desavouiert ist, dann bliebe nach den Erfordernissen der Produktion nichts anderes übrig, als daß die Kapitalisten selber den Sozialismus verwirklichten. Und in der Tat hat man in der Vergangenheit nur zu oft schon die Versuchung gehabt auszurufen: Der Sozialismus kommt ja auch trotz der Sozialdemokratie. Nachdem der Krieg uns gezeigt hat, daß dieser Staat, in dem wir leben, doch das Fundament unseres Daseins ist, ist die Konsequenz unausbleiblich, daß wir den Staat auch im Frieden grundsätzlich bejahen, nicht um ihn mit allen seinen Fehlern zu erhalten sondern um die Macht zu bekommen ihn umzugestalten. Die Ablehnung des Etats ist zu einer leeren Demonstration geworden, die nicht den geringsten Eindruck macht, uns aber großen Schaden tut und mit unseren ganzen Bemühungen den Staat in unserm Sinn umzuwandeln in schärfstem Widerspruch steht. Ja, wenn die Reichstagstribüne uns nur Agitationstribüne wäre! Aber wie lange haben wir diesen Standpunkt verlassen! Wie eingehend bemühen wir uns um die kleinsten Staatsangelegenheiten, und wie sehr kontrastiert damit die schließliche Ablehnung des Etats! Es ist einfach nur noch ein Fetisch, von dem man nicht loskommen kann, weil man ihn so lange angebetet hat. Die Parteigenossen mögen das harte Urteil nicht übelnehmen. Lassen wir auch ab von dem Götzendienst mit Parteitagbeschlüssen! Sie können wirklich nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Dafür ist schon die Art, wie gerade die wichtigsten Beschlüsse im heftigsten Kampf der Richtungen zustande kommen, nicht die beste Garantie. Normalerweise hält man Leidenschaftslosigkeit, die nicht identisch ist mit Indolenz, für ein sichereres Fundament der Wahrheit. Man betrachte auch die Geschichte der

Parteitagebeschlüsse: in der Tat ein sehr interessantes Kapitel für Parteipsychologie, nur keine reine Quelle politischer Wahrheit. Nach solchem Ereignis aber wie diesem Krieg sich auf ehemalige Parteitagebeschlüsse berufen zu wollen wäre grotesk. Aber es wird vorkommen. Hat der Fetisch der Parteitagebeschlüsse doch auch für die folgenschwersten Entscheidungen während dieses Krieges seine Bedeutung gehabt.

Was soll nach dem Krieg mit dem Militäretat werden? Glaubt man, daß es möglich sein werde ihn abzulehnen? Vor dem Krieg konnte man noch meinen, unsere Ablehnung des Militäretats werde helfen den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, weil sich in solcher Ablehnung die volle Friedlichkeit der Gesinnung dokumentiere. Jetzt aber, wo wir die Wirkungslosigkeit dieses Verhaltens erkennen müssen, jetzt, wo wir die Gefahr erkannt haben, in die unser Volk geraten kann, ist eine Ablehnung des Militäretats nur möglich, wenn wir zu einer politisch einflußlosen Sekte werden wollen, was mit der gewaltigen revolutionären Bedeutung, die wir der Sozialdemokratie zusprechen, sicher wenig in Einklang stünde. Wer glaubt denn, daß die französischen Genossen nach diesem Krieg den Militäretat ablehnen werden? Die nationale Haltung der französischen Sozialdemokratie kann uns Beispiel und Mahnung sein. Der positive Schutz unseres Staates durch die nach dem Krieg gerade auch unter unserer Mitwirkung zu schaffende Volkswehr schließt natürlich nicht aus, daß wir die äußersten Anstrengungen machen, um einer friedlichen Völkerverständigung die Wege zu ebnen. Der wahre Internationalismus wird durch die klare Verfolgung der eigenen nationalen Interessen nicht gehemmt sondern überhaupt erst möglich. Nur auf der Entfaltung der nationalen Produktivkräfte, auf ihrer zweckbewußten Ausnutzung durch die Schaffung großer Wirtschaftsimperien, in denen die einzelnen Nationen sich gegenseitig ergänzen und fördern, kann eine wirklich organisierte Weltwirtschaft bestehen und damit der Grund zu Feindseligkeit und Gewalt der Völker gegen einander schwinden.

Gerade der Blick auf die erweiterten Aufgaben, die unserer Nation nach Beendigung des Weltkriegs in der Welt erwachsen werden, zeigt uns, daß wir, ebenso wie das Militärbudget, auch das Flottenbudget in Zukunft nicht werden ablehnen können. Wir brauchen uns nur die Frage vorzulegen, ob wir denn in Zukunft nicht werden bereit sein müssen Mittel für Unterseeboote zu bewilligen. Wenn die Unterseeboote uns (und damit auch den anderen Nationen) dazu verhelfen die Freiheit der Meere zu sichern, weil in Zukunft niemand mehr die Macht haben kann eine Seetyrannei auszuüben, wie England sie bisher hat ausüben können, so diene die Unterseebootwaffe in eminentestem Maß dem Völkerfrieden auf See. Eine Sozialdemokratie, die in Zukunft den Marineetat ablehnen wollte, würde politisch einfach ausgelöscht. Es mag ja Schwärmer geben, die als Mitglieder einer Sekte sich glücklicher fühlen denn als Politiker. Nur müssen sie darauf verzichten unser wirtschaftliches, soziales und politisches Leben mit gestalten zu wollen.

Daß das deutsche Volk seine koloniale Arbeit in wirtschaftlich unerschlossenen und staatlich unentwickelten Teilen der Erde einstellen sollte, das gutzuheißen würden wir nicht verantworten können. Gerade die deutsche Arbeiterklasse bedarf der Kolonialwirtschaft am allerdringlichsten,

weil sie an der Sicherung der Rohstoffversorgung mehr noch interessiert ist als die kleine Schar der Kapitalisten, die ja mit vielen ihrer Unternehmungen auch außer Landes gehen können. Eine kolonialpolitische Abstinenz der Sozialdemokratie wäre in Zukunft das Allerunsinnigste. Wir werden uns an der Lösung der Kolonialprobleme in Zukunft nicht nur aktiv zu beteiligen haben, wir werden in gewissem Sinn gerade die Träger einer wahren Kolonisationspolitik sein müssen. Und auch in diesem Sinn ist die Freiheit der See unumgängliche Lebensbedingung für die Höherentwicklung der deutschen Arbeiterklasse.

Hand in Hand mit der äußern muß die innere Kolonisation gehen. Der Krieg hat uns die Notwendigkeit vor Augen geführt alles Erdenkliche zu tun, um die Produktion auf der heimatlichen Scholle zu höchster Entwicklung zu bringen. Die Erfahrungen dieses Krieges werden uns zwingen sowohl in der Produktion wie der Distribution der Nahrungsmittel die umfassendsten organisatorischen Aufgaben zu lösen. Auch da dürfen wir nicht nach schematischen Prinzipien verfahren wollen, die auf Voraussetzungen ruhen, deren Nichtvorhandensein sich nur zu deutlich gezeigt hat. Mit dem prinzipiellen Freihandel ist es in unserer Partei nun wohl ein für allemal vorüber. Die Orientierung unserer *H a n d e l s p o l i t i k* unter dem Gesichtspunkt der Produktion läßt uns die Zollprobleme ganz anders ansehen als sie früher unter dem Einfluß überkommener liberaler (vom Liberalismus inzwischen selbst aufgegebenen) Dogmen uns erschienen. Zum Wirtschaftssystem der Arbeiterklasse hat der Freihandel ohnehin nie getaugt. Die Kriegserfahrungen haben aber nunmehr auch den Widerstrebenden den Wert einer vorschauenden und sichernden Wirtschaftspolitik gezeigt.

Sehr wichtig wird demnächst auch die Frage des Bodenbesitzes werden, die Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion auf Großbetrieb, Mittelbetrieb und Kleinbetrieb, die Viehproduktion, die Organisation der Zuführung der erzeugten Produkte an die Verbraucher. Es gibt da sehr entgegengesetzte Interessen. Aber wenn eine Partei bei der Behandlung dieser Dinge nicht einen einseitigen Standpunkt einnehmen darf, insbesondere nicht einen einseitigen Konsumentenstandpunkt, dann die Sozialdemokratie. Hier gilt es den gesamtorganisatorischen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen. Die Politik der *G e m e i n n ü t z i g k e i t* muß da mehr und mehr an die Stelle der reinen Klassenpolitik treten. Um so leichter wird es uns werden die Interessen der Arbeit, besonders auch der Landarbeiter, aber auch die der Verbraucher wahrzunehmen. Wenn wir dann einsehen, daß auch das in landwirtschaftliche Produktion gesteckte Kapital, zumal angesichts der Konkurrenz des Industriekapitals, Anspruch darauf hat sich so zu verzinsen, daß es auch eine möglichst günstige Erweiterung seines Betriebskapitals vornehmen kann, so werden wir uns auch die fruchtbare Mitwirkung auf diesem Gebiet erheblich erleichtern. Nach dem Krieg wird auf Grund der Erfahrungen des Krieges die gemeinnützige Versorgung des ganzen Volkes mit Lebensmitteln eine Aufgabe, an die Regierungen, Gemeinden, Landwirtschaftskammern, Genossenschaften der Produzenten wie der Konsumenten und auch die Organe des Handels werden herantreten müssen. Da muß dann vor allem eine vorurteilslose Sozialdemokratie mitwirken. Mit den gewohnten Schlagworten gegen die Agrarier wird es nicht getan sein.

Über die Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie, über die jetzt in manchen

Zeitungen gestritten wird, brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Eine positiv und praktisch mitwirkende Sozialdemokratie ist von selber bündnisfähig, nicht von Gnaden der Gutwilligkeit irgendeiner andern Partei sondern einfach infolge des Gewichts, das sie im öffentlichen Leben in die Wagschale zu werfen haben wird. Man hat viel von einem Block der Linken gesprochen; die einen haben ihn ebenso für unmöglich erklärt, wie ihn die anderen als unerläßlich für den politischen Fortschritt erachten. Sobald die Sozialdemokratie entschlossen die oben geforderte Politik betreibt, wird sich ein Arbeitsblock ganz von selber ergeben. Und er kann allein auch die politische Freiheit Deutschlands gewährleisten. Auch die Frage des preußischen Wahlrechts wird, statt auf dem Weg der Straßendemonstration, auf dem Weg wirklicher Machtentwicklung und staatsfördernder Tätigkeit ihrer Lösung entgegengeführt werden. Vielleicht werden dann gleichzeitig mit der intransigenten Sozialdemokratie auch die absoluten Reaktionskräfte verschwinden. Beide bedingen ja einander. Und wenn wir dann mit Lust und Liebe und frei von verhärteten Dogmen und beengenden Vorurteilen an die großen Aufgaben herangehen, die unser harren, dann möchte es wohl selbst nach diesem menschenmordenden Krieg für Jung und Alt wieder eine Lust werden zu leben.

XX
WILHELM KOLB · EINE PROBE AUF DEN 4. AUGUST



INTER den durch den Krieg aufgeworfenen Problemen steht die Steuerfrage mit an erster Stelle. Die Erörterungen darüber in der sozialdemokratischen Presse beweisen, wie unhaltbar die Auffassung ist, als ob sich die Politik des 4. August 1914 in dem Für und Wider der Kriegskreditbewilligung erschöpfte. Diese war nur der erste entscheidende Akt einer politischen Neuorientierung der Sozialdemokratie. Jeder Versuch die Politik des 4. August konsequent fortzusetzen wird zu neuen Konflikten mit dem Teil der Minderheit führen, der auf die prinzipiellen Prohibitivmaßregeln gegen jegliche positive Staatspolitik der Partei schwört. Darum ist es ebenso zwecklos wie für die Politik der Mehrheit bedenklich mit Rücksicht auf die schwankenden Gestalten, die sich der wirklichen Ursachen der Parteikonflikte nicht bewußt sind und deshalb heute mit der Mehrheit stimmen und sich morgen auf die Seite der Minderheit schlagen, Konzessionen an die Minderheit zu machen und dem zu lösenden Kardinalproblem immer weiter auszuweichen. Dadurch wird die Mehrheit innerlich nicht mehr gefestigt; sie legt im Gegenteil ihrer eigenen Politik stets neue Schwierigkeiten in den Weg und gefährdet so die von ihr erstrebte politische Neuorientierung.

Vor allem muß sich die Mehrheit darüber klar werden, daß es sich hier nicht um ein durch den Krieg aufgeworfenes Einzelproblem sondern um den materiellen Inhalt der sozialdemokratischen Politik überhaupt handelt. Die Differenzen, die jetzt bei den Erörterungen über die Steuerfrage hervorgetreten sind, werden sich bei jeder Frage der praktischen Politik wiederholen. Deshalb ist und bleibt es die wichtigste Aufgabe der Mehrheit für ihre Politik eine feste Grundlage zu schaffen. Das wird ihr aber nur dann gelingen, wenn sie entschlossen ist sich offen zu den Konsequenzen dieser Politik

zu bekennen. Sie kann das um so mehr, als es wahrlich nicht schwer ist den Massen die Unmöglichkeit und Gefährlichkeit der von der Minderheit verfochtenen Politik plausibel zu machen. Das gilt ganz besonders von der Steuer- und Finanzfrage, an deren zweckmäßiger Lösung die Arbeiterklasse in höchstem Maß interessiert ist. Die Minderheit versteift sich auch hier auf eine durchaus doktrinäre Interpretation der sozialdemokratischen Programmforderungen. Eine sozialdemokratische Politik nach den Rezepten der Intransigenz würde nicht nur jeden praktischen Erfolg der Sozialdemokratie von vornherein ausschließen sondern obendrein die Interessen der breiten Schichten des Volkes, also vor allem der Arbeiterklasse, aufs schwerste schädigen. Wenn irgendwo, so werden sich auf dem Gebiet der Steuer- und Finanzgesetzgebung die tiefgehenden Umwälzungen bemerkbar machen, die der Krieg in den Lebensbedingungen der Völker hervorgerufen hat. Wir werden jedenfalls nach diesem Krieg vor völlig neuen, mit den früheren gar nicht vergleichbaren Verhältnissen stehen, und schon deshalb würde es für die Partei einfach unmöglich sein sich politisch nach den bisher geltenden Programmsätzen zu orientieren. Die ungeheuren finanziellen Mittel, deren das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden dann bedürfen, fordern eine grundlegende Umgestaltung des Steuersystems.

Noch kennt niemand die wirkliche Höhe des zukünftigen Geldbedarfs des Reichs; man geht aber sicher nicht zu weit, wenn man ihn auf mindestens das Doppelte des frühern schätzt. Daß eine solche Riesensumme nicht ausschließlich durch Steuern, und gar durch direkte, aufgebracht werden kann, leuchtet ohne weiteres ein. Das wäre selbst dann nicht möglich, wenn wir auf eine beträchtliche Kriegsentschädigung rechnen dürften; diese Hoffnung wird aber um so problematischer, je länger der Krieg dauert. Bisher war das Reich in der Hauptsache auf die Einnahmen aus den indirekten Steuern angewiesen. Die Forderung direkter Reichssteuern begegnete bei den Regierungen der Einzelstaaten schärfstem Widerstand. Die Gründe, die sie für ihren Widerspruch geltend machen, sind auch keineswegs zu unterschätzen. Denn die Einführung direkter Reichssteuern dürfte allerdings für die Einzelstaaten recht bedenkliche Folgen haben. Bekanntlich liegt ihnen vor allem die Pflege der Kulturaufgaben ob, und die Mittel, die sie dafür aufwenden müssen, fließen in erster Linie aus den Erträgen der direkten Steuern. Hat das Reich erst einmal seine Hand auf diese Einnahmequelle gelegt, so ist gar nicht mehr abzusehen, in welchem Maß sie sie schließlich für sich in Anspruch nehmen wird. Die Steuer- und Finanzkraft der Bundesstaaten würde, solange ihr Aufgabenkreis der selbe bleibt, aufs schwerste bedroht, von der starken Ungleichheit der Lastenverteilung ganz abgesehen, die sich notwendig aus einer solchen Regelung ergeben müßte. Die Einführung direkter Reichssteuern ist also nur unter der Bedingung möglich, daß die Steuergesetzgebung des Reichs und der Bundesstaaten auf einer einheitlichen steuertechnischen Grundlage aufgebaut wird. Darüber dürften auch innerhalb der Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Direkte Reichssteuern auf Einkommen und Vermögen können nur in der Form von Reichszuschlägen auf die Einkommen- und Vermögenssteuern der Bundesstaaten erhoben werden.

Eine Belastung durch direkte Steuern ins Blaue hinein ist aber unmöglich. Sie findet ihre natürliche Grenze in der Notwendigkeit der Kapitalbildung.

die nicht übermäßig eingeschränkt werden darf, wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht unterbunden werden soll. Innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung ist für das Kapital die Ansammlung eines Akkumulationsfonds unumgänglich nötig. An seiner Erhaltung ist vor allem auch die Arbeiterklasse interessiert. Das darf bei der Entscheidung darüber, welche Stellung die Sozialdemokratie zur Steuerfrage einnehmen soll, nicht übersehen werden. Nun spielen aber überlieferte ideologische Anschauungen in der Partei auf keinem Gebiet eine so große Rolle wie gerade auf dem der Steuer- und Finanzgesetzgebung. Diese Anschauungen stammen aus der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands, in der die einschlägigen Verhältnisse noch relativ einfach lagen. Zu Lassalles Zeiten war es vielleicht noch möglich alle öffentlichen Ausgaben durch direkte Steuern zu decken. Heute ist das ganz und gar nicht mehr der Fall. Das wollen die Steuertheoretiker der Minderheit freilich nicht zugeben. Sie meinen, man könne sehr wohl den Geldbedarf des Reichs durch direkte Steuern allein bestreiten, wenn man nur ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen die Steuerschraube genügend anziehe. Das ist indessen eine recht gefährliche Illusion. Auch die Sozialdemokratie wäre, wenn sie die politische Macht besäße, nicht imstande mit direkten Steuern allein auszukommen. Experimente solcher Art ließen sich ohne die heftigsten Schädigungen des ganzen Wirtschaftslebens höchstens in der Theorie durchführen. Der Sozialdemokratie fehlt es nicht nur an einer den Zeitverhältnissen angepaßten Steuertheorie, sie hat sich vor allem auch praktisch mit diesen äußerst komplizierten Dingen noch viel zu wenig beschäftigt. Die Steuerforderungen des Erfurter Programms sind auf Verhältnisse zugeschnitten, die längst durch die Entwicklung überholt sind. Ihre Formulierung ist auch viel zu vage und unbestimmt, als daß sie den Verhältnissen, wie sie der Krieg geschaffen hat, irgendwie genügen könnte. Kommt dann noch eine doktrinaire Interpretation dieser Forderungen hinzu, so ist praktisch gar nichts damit anzufangen. Nach dem Erfurter Programm sollen alle öffentlichen Ausgaben, die durch Steuern zu decken sind, durch eine progressive Einkommen- und Vermögenssteuer aufgebracht werden. Das ist, wie gesagt, für den gegenwärtigen, ins Riesenhafte angewachsenen Bedarf des Reichs geradezu unmöglich. Indirekte Reichssteuern sind für das Reich jetzt absolut unentbehrlich; die Forderung alle indirekten Steuern aufzuheben und durch direkte zu ersetzen ist zu einer Utopie geworden.

Soll die wirtschaftliche Entwicklung nicht unterbunden werden, so müssen neben den Steuern noch andere Einnahmequellen erschlossen werden. Als solche kommen vor allem Staatsmonopole in Betracht. Will die Sozialdemokratie also nicht von vornherein auf eine positive Mitwirkung bei der künftigen Steuer- und Finanzgesetzgebung verzichten, so wird sie sich darüber klar werden müssen, daß sie sowohl indirekte Steuern bewilligen wie Staatsmonopole schaffen muß. Das Erfurter Programm verbietet ja nun keineswegs die Bewilligung indirekter Steuern schlechthin sondern nur solcher, bei denen die Interessen der Allgemeinheit denen einer bevorzugten Minderheit geopfert werden. In der Praxis läßt sich mit solcher Formulierung nicht viel anfangen, denn der Begriff der Allgemeinheit ist viel zu unbestimmt, als daß er im Einzelfall zur Richtschnur dienen könnte. Immerhin läßt das Programm der Partei eine Möglichkeit offen indirekten

Steuern zuzustimmen. Bei einigermaßen gutem Willen und dem nötigen politischen Verständnis läßt sich damit auskommen. Genosse Heinrich Cunow hat bereits darauf hingewiesen, daß auch die Sozialdemokratie gewissen Verkehrssteuern wohl zustimmen könnte. Freilich ist dabei Vorsicht geboten, denn durch verkehrte Steuern kann der wirtschaftlichen Entwicklung bedeutender Schaden erwachsen. Das eigentliche Kriterium unserer Steuerpolitik ist in ihrer Wirkung auf die Produktion zu suchen. Als Vertretung der Arbeiterklasse verkörpert die Sozialdemokratie die eigentliche Produzentenpolitik, sie hat auf allen Gebieten ihre Maßnahmen unter diesem Gesichtspunkt zu treffen. Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Handelspolitik beginnt sie, namentlich je mehr die Gewerkschaftsbewegung in ihre eigentliche Aufgabe hineinwächst, in immer stärkerem Maß diesen Weg zu gehen, sich daher von dem Freihandel und den reinen Konsumenteninteressen loszulösen.¹⁾ Auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung wird sie die gleiche Haltung einnehmen müssen, wenn sie eine wahrhaft schöpferische Volkspolitik treiben will. Bei allen kommenden Steuern wird daher, wie Genosse Kaliski hier ausgeführt hat, das Hauptgewicht »darauf zu legen sein, wie sich ihre Wirkung auf das Wachstum der Produktivkräfte gestaltet.«²⁾ Es muß also in jedem einzelnen Fall genau geprüft werden, ob und in welchem Grad eine Förderung oder eine Beeinträchtigung der Produktion durch die betreffende Steuer zu erwarten ist. Allerdings wird man hier nicht sowohl die Sonderinteressen zu berücksichtigen haben, bei denen eine Beeinträchtigung zuweilen unvermeidlich ist, als vielmehr die nationale Produktion in ihrer Gesamtheit. Man muß sich also bei jedem neuen Projekt aufs neue darüber klar werden, ob man die Gesamtverantwortung übernehmen kann. Auch bei der Einführung von Staatsmonopolen wird es die Aufgabe der Sozialdemokratie sein dafür zu sorgen, daß dabei neben den selbstverständlichen fiskalischen Zwecken (denn die Sicherung des Staatsganzen ist die Hauptaufgabe der zu schaffenden Einnahmen) den volkswirtschaftlichen und sozialen Motiven genügt wird, die ebenfalls die Umwandlung privatkapitalistischer in Staatsmonopole fordern.

Manche Wortführer des Radikalismus machen sich die Sache allerdings sehr leicht. Was kümmert, erklären sie, das Proletariat die finanzielle Misere, die durch den Krieg heraufbeschworen wurde? Mögen doch die herrschenden Klassen zusehen, wie sie da herauskommen! Sache des Proletariats ist es lediglich dagegen zu protestieren, daß man für die Herrschenden blutet. Daß diese, inhaltlich völlig leere Protestpolitik gerade das begünstigt, was ihre Anhänger verhüten wollen, daran denken sie nicht. Sie verlangen einfach, daß radikal alles durch direkte Steuern aufgebracht werden soll. Daß das eine bare Unmöglichkeit ist, macht ihnen kein Kopfzerbrechen. Allerdings läßt es sich mit solchen Forderungen leicht bei der unorientierten Masse agitieren. Wie fragwürdig aber solche Agitationsmethoden sind, dafür liefert die politische Geschichte der letzten Jahrzehnte Beispiele in Hülle und Fülle. Es sei nur an den agitatorischen Erfolg bei der letzten großen Reichsfinanzreform erinnert, der sich nach ganz kurzer Zeit in einen ebenso großen politischen Katzenjammer verwandelte.

Auch der Vorwärts erklärt kurz und bündig: Wenn neue Einnahmequellen

¹⁾ Siehe Schippel Zwei Absagen an den Freihandel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1345 f.

²⁾ Siehe Kaliski Steuerprobleme, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 213.

geschaffen werden müssen (als ob das überhaupt noch fraglich wäre), so seien direkte Steuern zu erheben. Die Hemmung der Kapitalbildung durch sie bestreitet er nicht. Aber er tröstet sich damit, daß das gleiche auch für die indirekten Steuern gelte. Das ist wohl richtig. Aber es kommt bei allen diesen Dingen doch nicht nur auf das Ob sondern namentlich auf das Wie an. Die Praxis lehrt, daß die verschiedenen Steuerarten wirtschaftlich ganz verschiedene Wirkungen haben. Die direkte Besteuerung entzieht von einer bestimmten Stufe ab der Produktion die Mittel ihrer Erweiterung. Umgekehrt ist die indirekte Besteuerung zuweilen Ursache für Verbesserung und Intensivierung des Betriebs respektive für die Schaffung neuer organisatorischer Einrichtungen. Mit dem Schema von den guten direkten und den bösen indirekten Steuern können wir daher auf die Dauer absolut nichts anfangen. Freilich, wenn man mit einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch rechnet, braucht man sich keine Sorge mehr darüber zu machen, ob aufs höchste gesteigerte direkte Steuern oder ein gemischtes Steuersystem wirtschaftlich vorzuziehen sind. Einstweilen aber stehen wir noch nicht vor solcher Katastrophe, und wir gedenken auch nicht in sie hineinzukommen. Wir stehen heute vielmehr vor der Lösung eminent wichtiger praktisch-politischer Fragen, an der die Arbeiterklasse in höchstem Grad interessiert ist. Die Arbeiterinteressen lassen sich nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht haarscharf von den Interessen der herrschenden Klassen trennen, sie stehen in Wechselwirkung mit einander, und sie haben vor allem das große Gemeinsame: das Interesse der Gesamtnation und die Notwendigkeit ihre Arbeitsleistung, ihre Wertschöpfung zu steigern.³⁾

Deutlicher als je zuvor ist uns durch den Krieg die nationale Solidarität zum Bewußtsein gebracht worden. Macht sich die Sozialdemokratie, bei aller selbstverständlichen Warnung der proletarischen Klasseninteressen, nicht zur Trägerin der nationalen Gemeinschaftspolitik, stellt sie sich zum Beispiel, ohne Berücksichtigung der Folgen für das Staatsganze, auf den Standpunkt des Vorwärts, daß die finanziellen Mittel des Reichs ausschließlich aus direkten Steuern hergeholt werden sollen, so würde sie nicht nur ihre Pflicht gegenüber dem Staat vernachlässigen sondern auch sich selbst als Partei aufs äußerste schädigen, da es dann ihren extremen Gegnern leicht sein würde sie politisch zu isolieren. Dann bekämen wir den *bürgerlichen Steuerblock*, und die Sozialdemokratie hätte als Partei das Nachsehen und könnte erst recht auch nicht den engsten Klasseninteressen genügen. Es bliebe dann natürlich nicht bei dem bloßen Steuerblock, wir hätten dann in Bälde auch einen antisozialistischen Block für die allgemeine Politik. Das hieße die Sozialdemokratie zu ihrer alten Ohnmacht verurteilen, und nicht nur in Steuerfragen.

Für uns kann es sich bei den Steuer- wie bei allen anderen durch den Krieg aktuell gewordenen Fragen nicht darum handeln einen vergänglichen Stimmungserfolg bei den Massen zu erzielen. Wir dürfen nie vergessen, welche Verantwortung uns der 4. August 1914 auferlegt hat. Die Sozialdemokratie hat es damals übernommen für die gesamte Nation einzustehen. Sie darf die Verantwortung für dieses größere Ganze, von dem sie nur einen Teil

³⁾ Siehe Leipart Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der Industrie und P e u s Über die Schlagschläge vom Klassenkampf und vom Klassenstaat, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 342 ff., und in diesem Band, pag. 151 ff.

nisse, keine Revolution von unten und keine von oben, aber eine — von außen. Wie er als solche in den Köpfen wirken wird, das zu prophezeien wäre müßig. Aber eine materielle Wirkung, die dann unendlich viel mehr als etwas bloß Materielles sein wird, läßt sich mit Sicherheit voraussagen: die nämlich, daß die soziale Frage, die Frage der Verteilung des Arbeitsertrages, in allen am Kriege beteiligten Ländern in der kommenden Zeit wieder beherrschend in den Vordergrund drängen wird. . . Mit den Summen, die jetzt der Krieg zerstört (im Dezember bezifferte der Schatzkanzler die jährlichen direkten Kriegskosten des Kriegführenden auf 120 Milliarden Mark) hätte man bei Aufrechterhaltung des Friedens die arbeitende Menschheit ein ungeheures Stück vorwärts führen können. Jetzt, nach dem Kriege, wird sie in großen Stücken die Errungenschaften der Friedensarbeit bedroht, wo nicht zum Teil zerstört sehen. Denn auch wer durchaus geneigt ist die Aussichten der Arbeit und vor allem die der deutschen Arbeit nach dem Kriege mit Optimismus zu beurteilen. . . , der wird sich über die Konsequenzen der ungeheuren Kapitalzerstörung und über die Verminderung der Kaufkraft nicht täuschen können. Sinkt aber die *nationale Dividende* wirklich stark, so wird erst recht die Auseinandersetzung zwischen ihren 3 Teilnehmern, zwischen dem Arbeitslohn (im weitesten Sinne) sowie zwischen Unternehmergewinn und Kapitalrente, brennend werden, wird das Arbeitseinkommen sein Recht gegenüber dem arbeitslosen Renteneinkommen beanspruchen. Und zwar als Recht beanspruchen, mit dem Rechtstitel der Menschen, die Staat und Besitz mit Aufopferung ihres Lebens gerettet haben und die nun beides, den Staat und die materiellen Daseinsbedingungen, und ganz gewiß die letzteren, nach dem, was sie für Recht erkennen, gestalten wollen.«¹⁾

Stürmischer denn je werden nach dem Kriege die Arbeiter ihren Anteil am gesellschaftlichen Arbeitsertrag heischen, denn im Bewußtsein ihrer Bedeutung für diesen Weltkrieg und im Hinblick auf die von ihnen gebrachten Blutopfer werden sie ein engherziges Feilschen um den Arbeitslohn als schreiende Undankbarkeit gegenüber ihren Diensten für Volk und Vaterland empfinden. Was haben denn alle materiellen Opfer der Kapitalistenklasse im Vergleich zu der freudigen Hingabe ihres Lebens zu besagen? Diese Frage wird sie im Innersten bewegen, und leidenschaftlich werden sie etwas von der Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit, die sie oft im Krieg fanden, auch noch im Frieden suchen. Der Bluttauf dieses Weltkriegs werden zum Teil neue Menschen entstehen, die andere Maßstäbe als vorher an die geistigen Werte und materiellen Güter des Lebens legen werden. Und bei dieser Umwertung aller Dinge dürfte der Mensch als Mensch viel gewinnen, die bestehende materielle Güterordnung aber viel verlieren. Mit tiefem Verständnis für die durch einen Weltkrieg herbeigeführten Wandlungen betont der Artikler der Frankfurter Zeitung, daß das Arbeitseinkommen nach dem Kriege »sein Recht gegenüber dem arbeitslosen Renteneinkommen beanspruchen« wird, ein Recht, das aus der opfervollen Rettung von Staat und Besitz geschöpft ist. Und die sich als Retter fühlenden Arbeiter werden den Staat und die materiellen Daseinsbedingungen »nach dem, was sie für Recht erkennen, gestalten wollen«. Dieses Gestalten muß sich notwendig nach der Richtung des demokratischen Sozialismus hin bewegen; denn dieser allein ordnet folgerichtig die Güterordnung dem Recht der Menschen unter, und er allein vertritt grundsätzlich das »Arbeitseinkommen« gegenüber den »arbeitslosen Renteneinkommen«. Diese Konsequenz hat allerdings der Verfasser des Artikels in der Frankfurter Zeitung nicht gezogen. Aber gerade nach dieser Richtung wird der Weltkrieg »in den Köpfen wirken«.

Der Artikel spricht vom Arbeiter und vom Arbeitslohn »im weitesten Sinne«. Ist der Arbeiter aber ein Proletarier? Ich habe bereits neulich hier kurz

¹⁾ Siehe Steuerfreudigkeit, in der Frankfurter Zeitung vom 20. Januar 1916.

den Entwicklungsgang des Proletariats gestreift.²⁾ Wir sahen einen *Proletarier* entstehen, der schon die charakteristischen Züge des Lassalle'schen *Arbeiters* trägt. Die Weltproletarieridee wird eigentlich eine Weltarbeiteridee. Die soziale Charakteristik des Proletariats als eines sozialen Klassenmenschen, der, bar aller Arbeitsmittel, seine Arbeitskraft verkaufen muß, erschöpft durchaus nicht die Eigenart des modernen Proletariats. Große Gruppen der Gesellschaft, zum Beispiel die Hausindustriellen, die noch im Besitz der Arbeitsmittel sind, gehören direkt zu den Elendsschichten des Proletariats. Desgleichen große Massen der Kleinhändler, Kleinhandwerker usw. Der Besitz der Produktionsmittel hebt diese sozialen Bestandteile der bürgerlichen Gesellschaft durchaus nicht aus der Sphäre wirtschaftlicher und sozialer Knechtschaft heraus. Ihre soziale Abhängigkeit überbietet sogar noch häufig die des Lohnarbeiters. Wiederum sind kleine Gruppen von geistigen Arbeitern, die, rein wirtschaftlich gesehen, nur Anhängsel eines ihnen fremden Großbetriebs sind, ganz mit den führenden Schichten des Bürgertums verschmolzen. Der Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln scheidet durchaus nicht rein die Gesellschaft in Bourgeois und Proletarier. Der Proletarier unserer Zeit ist ein sozial schlecht gestellter, wirtschaftlich abhängiger Arbeiter, der, gleichgültig, ob er sich des Produktionsmittelbesitzes erfreut oder nicht erfreut, im wesentlichen von seiner Beschäftigung und zwar dürftig lebt. Dieser Arbeiter braucht, um ein sozial und wirtschaftlich *Ausgebeuteter* zu sein, durchaus nicht in wachsendem Maß zu verelenden. Seine Existenz kann sich gar noch erweitern und sichern, und doch bleibt er noch ein *Ausgebeuteter* und *Unterdrückter*. Fassen wir den Arbeiter in dem hier entwickelten Sinn auf, so ist er der eigentliche Repräsentant der schaffenden Arbeit überhaupt, der wesentliche produktive Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft.

»Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur den Willen haben uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen«, sagt Lassalle in seinem Arbeiterprogramm.³⁾ Der Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verlischt hier völlig im Begriff des Arbeiters. Der Arbeiter ist ein schaffender, aber wirtschaftlich, politisch und sozial ausgebeuteter Mensch, und insofern wir diese Ausbeutung beseitigen, vernichten wir die Ausbeutung überhaupt und befreien dadurch das Menschengeschlecht. Wesentlicher Sinn und Inhalt der Arbeiterbewegung ist die Beseitigung wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft in jeder Form. Die Arbeiterbewegung ist eine *allgemeinmenschliche Befreiungsbewegung*. Fassen wir die Arbeiterbewegung in diesem Sinn, und nicht als eine nur *lohnproletarische* auf, so erhält sie ein sehr umfangreiches allgemein menschliches Programm, ein Programm, das übrigens bisher von der Sozialdemokratie nicht nur im Wort sondern auch stets durch die Tat durchgeführt wurde. Das Erfurter Programm redet in echt Lassalleschem Geist von der bevorstehenden »gesellschaftlichen Umwandlung« als von einer »Befreiung nicht nur des Proletariats sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet«. Die Sozialdemokratie bekämpft eben »jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse«.

²⁾ Siehe meinen Artikel Die weltbürgerliche und die weltproletarische Idee, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 32 f.

³⁾ Siehe Lassalle Reden und Schriften, 2. Band /Berlin 1893/, pag. 38.

Man halte diese Ausführungen über das Wesen der sozialdemokratischen Partei durchaus nicht für rein akademisch. Sie haben in einer weltgeschichtlichen Zeitwende mit bevorstehenden, die Struktur der bestehenden Gesellschaftsordnung tief berührenden Konflikten eine hervorragend praktische Bedeutung. Sie sollen vor allem die arbeitenden sozialen Gruppen, die ihre Existenz im wesentlichen aus dem Ertrag ihrer Arbeit, aus ihrem »Arbeitslohn im weitesten Sinn« bestreiten und kein auf wirtschaftlicher Ausbeutung basierendes Einkommen beziehen, an die Gemeinschaft ihrer Interessen gegenüber dem »arbeitslosen Renteneinkommen« gemahnen. Heute bedarf es ja nicht erst eines langatmigen, umständlichen Nachweises, daß lebensnotwendige Gemeinschaftsinteressen verschiedener sozialer Gruppen existieren. Lange aber stand die Wendung von der Wahrung gemeinschaftlicher Interessen schlecht im Kurs. Es waren die Tage, da die leise Stimme dieses Interesses ganz in dem Lärm der Klassenkämpfe unterzugehen schien, und erst der Schlachtendonner nationaler Kämpfe mußte viele Sozialisten wieder an die Wirklichkeit gemeinsamer Interessen erinnern. Die sozialen und wirtschaftlichen Neubildungen, die sich ständig erweiternde staatliche und kommunale Wirtschaft, die staatliche, zwangsgenossenschaftliche und gewerkschaftliche Umgrenzung der kapitalistischen Unternehmerfunktionen: alle diese greifbaren Resultate kombinierter Tätigkeit sozialer Gruppen und Klassen waren spurlos an ihren Blicken vorübergegangen. Für sie existierte als treibendes, die kapitalistische Gesellschaft umwälzendes Moment nur der Klassenkampf der Proletarier, der von ihren Arbeitsmitteln losgelösten Lohnarbeiter. Aber die sozialdemokratische Bewegung ist in diesem Sinn nie eine rein proletarische gewesen. Der allgemeinmenschliche Charakter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erhebt die Sozialdemokratie zur Führerin der menschlichen Freiheitsbewegungen überhaupt.

Ihr erhabenes menschliches Befreiungsziel erteilt gerade in unseren katastrophalen Zeitläuften der Sozialdemokratie eine besondere weltgeschichtliche Mission. Die bestehenden bürgerlichen Parteien sind nämlich strenger und fester an die Vertretung von Klasseninteressen gebunden als die Sozialdemokratie. Werden die Kapitalvorrechte durch die Wahrnehmung bestimmter allgemeinmenschlicher Interessen einmal fest angepackt, so lehnen sie sich mit mehr oder weniger Energie gegen diese Interessen auf. Nun erfordern die eigenartigen wirtschaftlichen und politischen Zustände, die der jetzige welterschütternde Krieg in Europa schaffen wird, die denkbar tiefsten Eingriffe in die bisherige wirtschaftliche und politische Herrschaft der bevorrechteten Klassen. Selbst grundsätzliche Verteidiger der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wie Professor Leopold von Wiese sprechen von »Tendenzen, die nach Erweiterung und Verstärkung der öffentlichen Wirtschaftsorganisationen drängen« und von dem wahrscheinlichen Wachsen der Unternehmertätigkeit der Gemeinden und Kommunalverbände; und diese Tätigkeit, ein »sehr wesentliches Element des weitem Staatssozialismus«, findet nach L. von Wiese »eine Stütze in dem nach dem Kriege zu erwartenden großen Finanzbedarf der Staaten und Gemeinden.«⁴⁾ Monopole für Tabak, Zigarren und Zigaretten, für Spiritus, für Petroleum, für Kohle, für die Erzeugung und Verwendung der Elektrizität usw. harren unser. Daß diese staatssozialistischen Eingriffe im ausschlaggebenden Sinn der Allge-

⁴⁾ Siehe von Wiese Staatssozialismus /Berlin 1916/, pag. 104 und 100.

meinheit erfolgen, daran hat die Sozialdemokratie als Repräsentantin der schaffenden Arbeiter ein Lebensinteresse. Je mehr es ihr gelingt alle die Privilegienwirtschaft befehrenden sozialen Gruppen zusammenzuschließen, um so mehr kann sie ihre große, »gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung« gerichtete soziale Sendung erfüllen. Aber dann muß sie ihre Propaganda nicht allein auf die im engern Sinn proletarische Lohnarbeiterklasse stützen, sondern muß eben alle arbeitenden sozialen Schichten umfassen. Neben den organisierten Gewerkschaften kommen hier in Frage der überwältigend große Teil der industriellen und kaufmännischen Angestellten, die staatlichen und kommunalen Beamten, die eigentlich nur von ihrer Arbeit lebenden Kleinproduzenten, deren Produktionsmittel durchaus nicht einen kapitalmonopolistischen Charakter an sich tragen und die daher gegen alle Kapitalmonopole heftig aufbegehren. Die Sozialdemokratie hat eine Politik sozialpolitischer Sammlung, eine Politik der Konzentration aller schaffenden Arbeiter gegenüber den sozialen Klassen der arbeitslosen Rente zu treiben. Darin liegt keine Vertuschung sozialer Klassenunterschiede, darin offenbart sich keine sozialutopistische *Harmonieduselei*; denn nur ein sehr reales, gemeinsames wirtschaftliches und soziales Interesse führt hier soziale Gruppen, und zwar nur arbeitende Gruppen, zusammen. Das ist ein *Klassenkampf der schaffenden Arbeit*, wenn man ihn so bezeichnen will.

Der im Interesse der tieferschöpften wirtschaftenden Gesellschaft gebotene Sozialisierungsprozeß ruft vor allem nach freien politischen Entwicklungsformen für die arbeitenden Massen. Und hier wiederum hat die Sozialdemokratie als demokratische Partei die Führung in den kommenden Kämpfen um die Demokratisierung des Staates zu übernehmen. Die sozialdemokratische Bewegung ist ja ein grundsätzlicher Protest gegen jede Privilegienwirtschaft auf politischem Gebiet. Und die rein demokratischen Forderungen der Partei füllen einen großen Teil des Erfurter Programms aus. Daß der Weltkrieg gerade in demokratischem Sinn auf die Kämpfer wirken wird, das hatte bereits der Schreiber jenes Artikels in der Frankfurter Zeitung klar erkannt, als er von dem »Recht« sprach, das die Retter von Staat und Besitz nach dem Krieg beanspruchen werden. Sie wollen, so meinte er, »den Staat und die materiellen Daseinsbedingungen, und ganz gewiß die letzteren, nach dem, was sie für Recht erkennen, gestalten«. Der arbeitenden Masse ist eben in diesem Krieg, der ein wahres Aufgebot der Masse war, ihre Bedeutung für den Staat erst richtig aufgegangen. Aber auch auf die Daheimgebliebenen, die bisher in sträflicher Gleichgültigkeit den politischen Schicksalen der Nation gegenüber lebten, hat der Weltkrieg gewaltsam auf-rüttelnd gewirkt. Er hat sie zwangsweise politisiert. Diese Volksgenossen sahen sich plötzlich in eine ihre Existenz in Frage stellende Katastrophe verwickelt, und sie fühlten schmerzlich, daß sie in den Dingen der Politik nicht gelebt hatten, daß sie daher keinen Einfluß auf die Gestaltung der über das Schicksal der Nation entscheidenden Ereignisse ausüben konnten. Die Frage des Volkseinflusses auf die gesamte Politik, die auswärtige wie die innere, hängt auf das engste mit dieser Politisierung der Massen zusammen. Aber diese Politisierung steckt jetzt noch in grünen Anfängen. Politische Massenorganisation von Bedeutung hat erst die Sozialdemokratie geschaffen und diese fest mit der Presse als mit dem Hauptsprachorgan des Volkes verknüpft. Sonst aber wird die öffentliche Meinung nicht durch das Volk

selber bestimmt. Wir haben den unheilvollen Einfluß der Verlegerpresse namentlich auch in den demokratischen Ländern des Westens kurz vor und in diesem Weltkrieg kennen gelernt, denn selbst einer fortgeschrittenen Arbeiterschaft helfen demokratische Regierungsformen nicht viel, wenn sie nicht ihren Willen durch starke Massenorganisationen und eine vom Volk gelesene und durch das Volk beeinflusste Presse durchsetzen kann. Erst die organisierte Masse erfüllt leere politische Formen mit wirklich demokratischem Inhalt. Die Massenorganisationen bedürfen selbstverständlich zur Verwirklichung ihrer politischen Lebensforderungen demokratischer Regierungs- und Verwaltungsformen. Das Verlangen nach ihnen wird nach diesem Weltkrieg durch alle Länder mit starker Arbeiterbewegung gehen, und es wird jetzt ein Echo auch bei den sozialen Gruppen finden, die nicht als Lohnproletarier sondern als Arbeiter im weitern Sinn des Worts anzusprechen sind. Diese Tatsache muß die Sozialdemokratie auf das sorgfältigste beachten. Je größere Volksmassen sie in ihrem Feldzug für die Demokratisierung der Regierung und Verwaltung des Staates führen kann, um so größere Erfolge winken ihr in diesem. Sicher wird sie da nicht zum *proletarischen Klassenkampf* blasen, wo ein Zusammenwirken bestimmter Klasselemente im Interesse der Volksgemeinschaft geboten ist.

Nicht von außen durch eine Demonstrationspolitik sondern von innen müssen die Arbeiter durch eine schrittweise Einfluß gewinnende Politik dem Staat einen neuen Inhalt geben. Und der Staat, den wir hier einmal personifizieren wollen, wächst unter bewußter Einstellung der sich organisierenden schaffenden Massen zu einer höhern Form geistiger und sittlicher Kultur empor. Der höchsten Völkernot sah schon Immanuel Kant in seiner Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht den Völkerfrieden entspringen. In tiefer Erfassung des sich in der Geschichte äußernden Antagonismus sprach er den Satz aus, »daß durch die Verwendung aller Kräfte der gemeinen Wesen auf Rüstungen gegen einander, durch die Verwüstungen, die der Krieg anrichtet, noch mehr aber durch die Notwendigkeit sich beständig in Bereitschaft dazu zu erhalten, zwar die völlige Entwicklung der Naturanlagen in ihrem Fortgange gehemmt wird, dagegen aber auch die Übel, die daraus entspringen, unsere Gattung nötigen zu dem an sich heilsamen Widerstande vieler Staaten neben einander, der aus ihrer Freiheit entspringt, ein Gesetz des Gleichgewichts auszufinden und eine vereinigte Gewalt, die demselben Nachdruck gibt, mithin einen weltbürgerlichen Zustand der öffentlichen Staatssicherheit einzuführen.«³⁾

HERMAN KRANOLD · ÄGYPTEN

WENN wir, und wohl mit Grund, die Zukunft Deutschlands und des kontinentalen Europas überhaupt, in der Bildung eines großen ökonomischen Imperiums sehen, das zuerst zum mindesten Mitteleuropa und Vorderasien zu umfassen hat, und das eines zusammenhängenden Kolonialreichs in Afrika nicht entbehren kann,¹⁾ so rückt damit auch das ägyptische Problem in unsere unmittelbare

³⁾ Siehe Kant Gesammelte Schriften, 8. Band /Berlin 1912/, pag. 26.

¹⁾ Siehe unter anderm Severing England, Europa und wir, Schippel Deutschasiatische Weltpolitik, England und Rußland, Hausenstein Die Kontingentierung der Weltpolitik, Poetzsch Das Imperium und die Arbeiter, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 859 ff., 3. Band, pag. 1278 ff. und 1547 ff., und in diesem Band, pag. 193 ff.

Nähe. Ohne nun heute, mitten im Weltkrieg, über dessen Lösung irgend-etwas aussagen zu wollen, tun wir doch gut daran uns über die Bedeutung Ägyptens klarzuwerden und den gegenwärtigen Zustand des Nillands, als eines, und fast des wichtigsten, Teils des britischen Weltreichs, genauer zu untersuchen.²⁾

Da wir an den Bau unserer Zukunft gehen, die gegen England uns errungen werden soll, so ist es zuvörderst nötig die englischen Methoden, ihre Größe und ihre Fruchtbarkeit, und namentlich auf dem Gebiet der Kolonisation, genau kennenzulernen und uns vor jeder falschen Einschätzung zu sichern. Erst wenn wir auf dem festen Grund der geschichtlichen und ökonomischen Tatsachen stehen, können wir die für uns notwendigen Voraussetzungen für die Bildung jenes großen Wirtschaftsganzen schaffen. Das Studium des Problems Ägypten ist uns dabei in doppelter Hinsicht von Wert: als Beispiel für die Methode und als unmittelbar uns berührende Tatsache. Im folgenden sei daher ein Überblick über die wichtigsten Fakta gegeben, aus denen es sich zusammensetzt.



ALS im Jahr 1783 in Versailles die britische Regierung ihre Ansprüche auf die 7 Tochterstaaten an der Ostküste Amerikas preisgeben mußte, da wanderte das Schwergewicht englischer Weltpolitik von der einen Seite des Erdballs auf die andere. Ein zusammenhängendes Reich im nördlichen Amerika konnte nun nicht mehr das Ziel der auf Kolonisation gerichteten Bestrebungen der Londoner Großen sein. Es galt der unbändigen wirtschaftlichen Entfaltung der immer schneller sich kapitalisierenden Heimat ein neues Betätigungsfeld zu suchen. Es ist eine lange, aus Leidenschaft geborene, noch heute beim Überdenken Leidenschaft erregende Geschichte: der Vorgang der Gründung eines Weltreichs weit übersee mit den Eckpfeilern Bombay, Calcutta, Sidney und Capetown. Aber es ist unnötig sie hier zu wiederholen.

Dieses Reich war um die Mitte des 19. Jahrhunderts in seinem Grundbau fertig. Es schien auch nicht wesentlich bedroht. Kontinentaleuropa war durch Bürgerkriege und zerfahrene Politik zu weltpolitischer Bedürfnislosigkeit verurteilt. So konnte der Ausbau des britischen Weltreichs im ganzen ungestört vor sich gehen. Das Zentrum des Kolonialreichs, British Indien, ging aus der Hand der von der Virgin Queen begründeten und nachgerade etwas antiquierten East India Company aus Anlaß des Inderaufstands um die Jahrhundertmitte in die direkte Machtsphäre der Regierung über. Australien und Neuseeland bevölkerten sich zwar langsam, aber sicher mit nicht immer ganz freiwillig einwandernden Engländern, deren Wirtschaftsinteressen im neuen Land sie sehr bald zur Entdeckung ihres allbritischen Herzens brachten. Für das allein wichtige Verkehrsmittel nach Indien, die Schifffahrt, und seine militärische Sicherung gab es so lange keinen Konkur-

²⁾ Zur Information über die ägyptischen Probleme seien folgende Schriften empfohlen, die zum Teil auch in meiner Darstellung wesentlich benutzt sind: Earl of Cromer *Modern Egypt* /London 1911/; Worsfold *The Future of Egypt* /London ohne Jahr/; Steindorff *Ägypten in Vergangenheit und Gegenwart* /Berlin 1915/; Magnus *Ägypten* /Tübingen 1913/; Fahmy *La vérité sur la question d'Égypte* /Genf 1913/; Bey Farid *Egypt's Demand, in dem Konferenzbericht Nationalities and Subject Races* /London ohne Jahr/; von Hagen *England und Ägypten* /Bonn ohne Jahr/; endlich das in Kairo erscheinende *Annuaire Statistique de l'Égypte*. Mit Vorsicht ist zu benutzen Moritz *Wie Ägypten englisch wurde* /Weimar 1915/, dilettantisch ist Meyer *Deutschland und Ägypten* /Stuttgart 1915/. Die beste einschlägige Zeitschrift ist die in Paris erscheinende, in Deutschland leider fast unbekanntes Monatschrift *L'Afrique française*.

renten, als neben der ausreichenden Stärke der Seemacht auch der wichtigste Punkt, das Kap der Guten Hoffnung (mit den Nebenstationen Sankt Helena und Tristan de Cunha) fest in englischer Hand war; gerade damals wich die lästige Burenbevölkerung des Kaplands in das wilde Carroo zurück.

Die Ereignisse der beiden ersten Jahrzehnte der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts konnten die optimistische Auffassung der weltpolitischen Lage, die sich den britischen Imperialisten darböt, nur befestigen. In Deutschland und in Italien nahmen die nationalen Krisen an Schärfe zu. Österreich seufzte in der preußisch-italienisch-balkanischen Zwickmühle. Rußland wurde in der Krim aufs Haupt geschlagen. Napoléon III. mußte die Kraft seines Landes in mexikanischen, italienischen, spanischen Abenteuern vergeuden. Der schärfste Seehandelskonkurrent Englands, die Vereinigten Staaten von Amerika, wurde durch den Sezessionskrieg, durch das Überwiegen seiner kontinentalpolitischen Aufgaben seiner Stoßkraft so gründlich beraubt, daß seine Handelsflotte sich erst heute, unter der ganz besondern Gunst der Umstände, die der europäische Krieg für Amerika mit sich gebracht hat, von diesem Rückschlag wieder zu erholen beginnt. In London wurde damals sogar eine weltpolitische Abstinenz Mode. Man hatte es ja anscheinend nicht nötig Weltpolitik zu treiben. Man pries das Kleinengländertum, verkaufte dabei so flott wie noch nie zuvor die Industrieprodukte des Inselreichs an alle Welt (und zeugte das sich radikal-sozialistisch dünkende demokratische Spießbürgertum unserer Tage).

In dieser goldenen Zeit vollzog sich, von den englischen Politikern fast unbemerkt, ein wichtiges Ereignis: die Erbauung des Suezkanals /1859 bis 1869/. Hierdurch wurde die Bedeutung Ägyptens für die Weltpolitik in der kurzen Spanne eines Jahrzehnts völlig verschoben. Bisher war Ägypten vor allem das Nilland gewesen; der Strom, der es durchzog, stellte das Bindeglied für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und dem nordöstlichen Afrika, ja einem großen Teil des Sudans, dar. Über die Landenge von Suez ging der Güterverkehr des Roten Meeres und seiner Küstengebiete nur zu einem kleinen Teil, nämlich nur, soweit die zu transportierenden Güter ein geringes Volumen und hohen Wert pro Gewichtseinheit hatten und es deshalb möglich war den kostspieligen und zwei Umladungen beanspruchenden Landweg ohne Verlust der Konkurrenzfähigkeit zu benutzen. Der übrige Güterverkehr ging durch das Niltal als die einzige große Verkehrsstraße, die das östliche Mittelafrika mit dem Mittelmeerbecken, und noch dazu teilweise als Wasserstraße, recht bequem verband. Nun änderte sich das. Der Weg über Suez wurde mit einem Schlag für alle Güter, die auf Seefracht angewiesen waren, die beste Verkehrsstraße. Dagegen wurde der Weg durch das Niltal zum großen Teil seiner Bedeutung beraubt: denn nun wurde es in sehr vielen Fällen weit wirtschaftlicher die Produkte Ost- und Mittelafrikas auf Karawanenstraßen in westöstlicher Richtung an die Gestade des Indischen Ozeans und des Roten Meeres zu bringen, wo sie verladen und erst in Hamburg oder Bristol wieder ausgeschifft wurden, so daß auf diese Weise die früheren zahlreichen Umladungen und sonstigen Schwierigkeiten vermieden werden konnten.

Mit der Verschiebung des handelspolitischen Schwergewichts ging die des politischen Hand in Hand. Bisher hatte ein Weg nach Indien durch Ägypten

geführt. Da er aber auch nur ein Landweg war, so waren Englands Handelskonkurrenten nicht auf ihn angewiesen sondern konnten für ihre Transporte ebensogut den Weg durch das nördliche Syrien und Mesopotamien nehmen. Auch in der Bewertung des militärischen Interesses an Ägypten trat plötzlich ein großer Umschwung ein. Durch die Erbauung des Suezkanals war aus dem Landweg ein Seeweg geworden, und die militärische Sicherung dieses Weges hatte man von England aus im entscheidenden Augenblick veräumt. Man vernehme die folgenden Auslassungen eines Engländers, die die damalige Sachlage kennzeichnen:

»Ferdinand de Lesseps baute seinen Glauben an den wirtschaftlichen Erfolg des Kanals auf irrige Annahmen; aber er erhielt nichtsdestoweniger die Unterstützung seiner Landsleute und wurde durch diese französische Unterstützung instand gesetzt seinen Plan auszuführen. England und Englands Minister für auswärtige Angelegenheiten, Palmerston, die genauer informiert waren, weigerten sich Lesseps beizustehen; und doch rettete die Benutzung des Kanals durch englische Schiffe zuerst das Unternehmen vor dem finanziellen Zusammenbruch und machte ihn dann zu einem so notwendigen Wasserweg, daß, gerade wie im 18. Jahrhundert England das Kap besetzt hatte (eine niederländische Kolonie), um sich den langen Seeweg nach Indien zu sichern, es im 19. gezwungen war [was compelled] Ägypten zu okkupieren, damit nicht der Kanal verletzt [injured] wurde oder unter die ausschließliche Kontrolle irgendeiner andern Nation fiel.«³⁾

Auf die zahlreichen psychologischen Genüsse, die dieses Zitat in sich birgt, sei hier nicht näher eingegangen. Klarer kann aber jedenfalls der plötzliche Szenenwechsel im südöstlichen Winkel des Mittelmeers nicht zum Ausdruck gelangen als durch die Worte dieses Engländers, der es dazu noch als ein besonderes Verdienst Englands ansah, daß der Bau des Kanals seinem Land den meisten Nutzen gebracht hat.

Von dieser Zeit an ist die englische Weltpolitik 3 Jahrzehnte hindurch durch Suez hypnotisiert. Frankreich war nun der Feind des britischen Imperiums. Denn Frankreich, mit dem Vordringen seines geschichtlich wohlbegründeten Einflusses in Ägypten, seiner Machtentfaltung im Sudan und seiner zunehmenden Gewalt in Tunesien, rückte von Norden (Algerien) und von Süden (Französisch Kongo) her auf dem Landweg immer näher an das Hinterland des Kanals heran und stand im Begriff den Suezkanal zu einer Straße mit dem riesigsten Brückenkopf auszugestalten, den Menschen je erbaut haben. Und Frankreich war um so mehr der Feind, als es nicht in Gibraltar den englischen Bahnsteigschaffner zu passieren brauchte, wenn es durch das Mittelländische Meer fahren wollte. Es galt deshalb die Festsetzung Frankreichs in Ägypten um jeden Preis zu verhüten. Daraus erklärt sich die Gesamtlinie der englischen auswärtigen Politik von 1870, wo man den Deutschen vor Paris schließlich doch nicht in den Arm fiel, bis 1898, wo man um Faschoda einen englisch-französischen Krieg wagen wollte, und 1902, wo man den halben Wert Marokkos für den ganzen von Port Said und Alexandrien hingab.



NOLCHE Dinge sind in der Geschichte der Überseeimperien nichts Abnormes. Es kommt oft vor, daß Reichsteile, die so weit abliegen und so völlig anderen Bedingungen unterstehen, wie sie vor der Okkupation durch die kolonisierende Macht ihre eigene Geschichte, ihre eigene, zum großen Teil zwangsläufige Entwicklung hatten, auch nach der Okkupation eine Tendenz aufweisen den eigenen geographisch-

³⁾ Siehe Worsfold, loc. cit., pag. 39.

wirtschaftlich-politischen Verhältnissen entsprechend zu wachsen oder abzumagern. Das wie kein anderes über den Erdball verstreute Britische Reich zeigt immer wieder diese gleichen Erscheinungen auf jeder Entwicklungsstufe. Auch die Besetzung Ägyptens ist nur ein Sonderfall einer allgemeinen Regel, der aber auch zugleich dartut, wie das Eigengewicht der Reichsteile unter Umständen das Gesamtreich in eine opferreiche, schwierige, ja innerlich unmögliche Lage bringen kann. Es würde zu weit führen alles das aufzuzählen, was die Engländer um Ägyptens willen geopfert haben. Es sei nur auf zwei Tatsachen hingewiesen: Die erste ist die Haltung Englands im deutsch-französischen Krieg. Denn es war für die Londoner Fachleute der äußern Politik gewiß kein Vergnügen müßig zuschauen zu müssen, wie durch die Entstehung eines einheitlichen Deutschen Reichs die englische Theorie vom europäischen Gleichgewicht einen (wie sich gerade in unseren Tagen zeigt, entscheidenden) Stoß erlitt. Und ebenso haben wir uns die franzosenfeindliche Gebundenheit der englischen Weltpolitik zunutze machen können, als wir unser afrikanisches Kolonialreich begründeten. Damals bewilligte uns die englische Reichsleitung, zum Entsetzen der Kolonialengländer und gegen ihren verzweifelten Widerstand, in der Kongokonferenz mehr als wir selber vorher beansprucht hatten, weil sie einen zufriedenen Bismarck brauchte. Und ferner kaufte sie uns Sansibar, eine Etappe nach Ostindien, um den Preis von Helgoland ab und gab damit die Macht über die Elbmündung aus der Hand, um die rings umstellte, mögliche deutsche Flottenstation vor Bombay in ihren Besitz zu bringen.

In Ägypten machte sich, auch nach der englischen Okkupation, das eigene Wachstum geltend. Man begann mit der Besetzung Alexandriens. Dann besetzte man das eigentliche Ägypten aus Gründen militärischer Sicherheit. Man gliederte den angloägyptischen Sudan an, weil er, in der Hand einer andern Macht, strategisch das nördliche Ägypten bedroht hätte. Und so wiederholte sich jene Entwicklungsreihe, die Friedrich Engels in seiner jetzt wieder ganz aktualisierten Flugschrift Po und Rhein mit folgender Deduktion aus dem Begriff der strategischen Umgehung und dem der natürlichen, das heißt der militärgeographisch bequemsten Grenzen, verspottet: »Und diese natürliche Grenze, der Po, ist doch am Ende nur eine militärische Position, und nur darum, sagt man uns, soll Deutschland ihn behaupten. . . Die Theorie der natürlichen Grenzen verlangt mit dem selben Recht, auf das Deutschland sich am Po stützt, für Rußland Galizien und die Bukowina und eine Arrondierung nach der Ostsee zu, die mindestens das ganze preußische rechte Weichselufer in sich schließt. Sie wird wenige Jahre später mit dem selben Recht die Anforderung stellen können, daß die Oder die natürliche Grenze Russisch Polens sei. Die Theorie der natürlichen Grenzen, auf Portugal angewandt, ist gezwungen dies Land bis an die Pyrenäen auszudehnen und ganz Spanien in Portugal aufgehen zu lassen. Die natürliche Grenze von Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein wird ebenfalls mindestens bis an die Grenze des deutschen Bundesgebiets und darüber hinaus bis an den Po und vielleicht an die Weichsel ausgedehnt werden müssen, wenn anders den Gesetzen der ewigen Gerechtigkeit Rechnung getragen werden soll, und Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein hat ebensoviel Anspruch, daß ihm sein Recht werde, wie Österreich.«¹⁾

Mag auch in dem, was hier ironisiert wird, ein großer Teil berechtigter Erwägungen liegen, mag auch manchmal die Unterordnung der Politik unter militärische Erfordernisse eine Kardinalsünde der deutschen Vergangenheit gewesen sein, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Art zu schließen, die dem

¹⁾ Siehe Engels Po und Rhein; Savoyen, Nizza und der Rhein; herausgegeben von Bernstein /Stuttgart 1915/, pag. 46.

Verspotteten zugrunde liegt, für Staatsmänner oft etwas Bestechendes haben mag. Zumal wird das dort der Fall sein, wo eine militärische Herrschaft mit relativ geringen Machtmitteln und deshalb unter möglichster Ausnutzung der Gunst natürlicher Faktoren aufrechterhalten werden soll. Kein Wunder also, daß die Engländer, die sich in Ägypten in solcher Lage sahen, ähnlich folgerten. Statt die Arrondierung des Brückenkopfs am Suezkanal über ganz Nordafrika hin durch die Franzosen zuzulassen, besetzten sie ihn lieber selber und dehnten ihn bis an die Grenzen von Tripolitanien und Deutsch Ostafrika aus. Je größer er wurde, desto geringer wurde die Gefahr am Suezkanal eine militärisch umgehare Stellung innezuhaben.



HIERBEI blieb man aber nicht stehen. Ägypten hatte schon vor der Okkupation seine eigene wirtschaftliche Entwicklung gehabt, deren treibende Kraft die natürliche Beschaffenheit des Landes war, die klimatisch vor allem den Anbau von Baumwolle ermöglichte. Dazu kamen dann die Fortschritte der Bewässerungstechnik, der Saatenzuchtwahl und der Bestellungsverfahren, die es gestatteten die natürliche Gunst des Klimas immer vollkommener auszunutzen. Schließlich spielte auch der steigende Bedarf an Baumwolle in den europäischen Industriemetropolen im Verein mit dem Umstand eine Rolle, daß in Ägypten eine besonders feine Baumwolle gedeiht, die für bestimmte industrielle Zwecke gebraucht wird und durch keine anderswo erzeugte Qualität ersetzt werden kann. Ganz ähnlich, wenn auch nicht im selben Maß günstig, lagen die Dinge im Niltal für den Anbau von Zuckerrohr. Alle diese Faktoren hatten schon vor der englischen Okkupation Ägyptens zu einer starken Produktionssteigerung in diesen beiden Weltmarktwaren geführt.

Es war also kein wirtschaftlich stagnierendes sondern ein dichtbevölkertes, immer schneller in die Abhängigkeit vom Weltmarkt hineinwachsendes Land, auf das England seine Hand legte. Und diese wirtschaftliche Entwicklung ist von den Engländern, besonders von Sir Evelyn Baring, dem heutigen Lord Cromer, einem der größten Kolonisatoren der Neuzeit, dann aufgegriffen und systematisch gefördert worden. Sie haben den Umfang der Baumwollerträge liefernden Fläche durch großartige Bewässerungsanlagen vervielfacht, sie haben die Produktivkraft der Eingeborenen durch landwirtschaftliche Wanderlehrer, durch staatliche Überwachung der zum Anbau verwendeten Saat, durch Musterfarmen und durch Förderung des allgemeinen Schulwesens mächtig gehoben; sie haben durch die Eisenbahn im Niltal die Verbindung mit den Quellgebieten des Nils hergestellt und durch alles dies erreicht, daß die ägyptische Volkswirtschaft sich immer gedeihlicher entwickelte. Und zwar in einem solchen Maß, daß dadurch die Nachteile ausgeglichen wurden, die dem Land durch die Entziehung des Transitverkehrs im Niltal drohten, der zu überwiegendem Teil auf die großen Ozeandampfer, die den Kanal durchfahren, überging. Sie haben mit vorsichtigen und behutsamen, geschickt die indischen Erfahrungen verwertenden Maßnahmen das für eine kapitalistische Wirtschaftsform ungeeignete islamische Bodenrecht reformiert und durch das Fünffeldergesetz erreicht, daß der ägyptische Kleinbauer vor der Vertreibung vom ererbten Grund und Boden gesichert ist. Kurz und gut, sie haben ein bedeutendes Stück Kulturarbeit geleistet.

Sie haben freilich auch selbst den größten Nutzen daraus gezogen. Vor allem die Förderung des Baumwollbaus ist ebenso im Interesse der eng-

lischen wie der ägyptischen Volkswirtschaft geschehen. Dies ergibt sich aus folgender Übersicht über die Baumwollausfuhr aus Ägypten:

Zeitraum	Baumwollausfuhr in Kantars zu 44,9 Kilo überhaupt	
	überhaupt	nach England
Durchschnitt des Jahrfünfts		
1890 bis 1894	4 512 016	2 436 697
1895 " 1899	5 765 251	2 831 950
1900 " 1904	5 940 868	2 932 105
1905 " 1909	6 676 767	3 383 871
Jahr		
1910	6 009 406	3 034 126
1911	6 638 210	3 167 785
1912	8 306 948	3 797 900

Wie sehr die englische Politik es vermocht hat die Einwohnerschaft Ägyptens wirtschaftlich zu fördern und sie so der Fremdherrschaft geneigt zu machen, sei an einigen Zahlen erläutert. Die Einwohnerzahl Ägyptens betrug im Jahr der Okkupation, 1882, 6,83 Millionen, im Jahr 1912 dagegen 12,17 Millionen. Unter der englischen Herrschaft hat sich also die Bevölkerung in 30 Jahren nahezu verdoppelt. In der selben Zeit vergrößerte sich die angebaute Fläche von 7,03 auf 7,71 Millionen Feddans; diese 700 000 Feddans bedeuten aber Boden, der der Wüste abgerungen wurde.

Allerdings stehen diesen Fortschritten auch Nachteile gegenüber. Einer der schwersten ist wohl die Einseitigkeit der ägyptischen Volkswirtschaft, wobei die Ernährung des Landes mit eigenen Produkten ganz wesentlich zurückgegangen ist. Dies ergibt sich aus der folgenden Gegenüberstellung:

Warenart	Maß	Einfuhr		Ausfuhr	
		1885	1912	1885	1912
Rindvieh	Stück	8 906	32 271		
Schafe und Ziegen	"	67 351	252 814		
Fleisch	Tonnen	468	1 788		
Butter	"	809	997		
Käse	"	1 631	3 367		
Anderer tierische Fette	"	498	919		
Mehl	"	10 298	141 674		
Reis	"	11 450	34 342	10 146	25 142
Getrocknete Früchte	"	9 070	21 820		
Zucker	"	5 553	35 052	44 659	9 420
Olivenöl	"	2 923	3 065		
Weizen	1000 Ardebs zu 198 Liter			185	10
Mais	"			50	6
Gerste	"			25	19
Linzen	"			62	7
Trockene Bohnen	"			980	97
Tomaten	Tonnen			1690 a)	2 297
Datteln	"			926 b)	983
Baumwollöl	"			982 c)	1 222

a) im Jahr 1889; vorher nicht registriert

b) " " 1890; " " "

c) " " 1898; " " "

Während also die Einfuhr von Vieh, Käse, Reis, getrockneten Früchten be-

deutend zugenommen, die Einfuhr von Zucker sich 7fach, die von Mehl 14fach vergrößert hat, steht dem als einziger positiver Posten nur die Steigerung der Reisausfuhr auf das 2½fache gegenüber. Dagegen sind die Getreidearten und die Hülsenfrüchte so gut wie ganz aus dem Ausfuhrverzeichnis verschwunden. Und dabei hatte das Jahr 1912 noch besonders niedrige Einfuhr- und besonders hohe Ausfuhrziffern aufzuweisen. Es läßt sich also nicht bestreiten, daß die bedeutende Steigerung der Baumwollerzeugung mit einer beträchtlichen Abhängigkeit vom Lebensmittelmarkt bezahlt werden muß.



TROTZ diesen Schattenseiten, die sich in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bemerkbar machen, kann aber festgestellt werden (und der bisherige Verlauf des Krieges hat dies wohl bestätigt), daß die Ägypter im ganzen mit der englischen Herrschaft zufrieden sind. Daß muß ruhig anerkannt werden, wenn es vielen unter uns vielleicht auch jetzt erstaunlich und ärgerlich klingt. Dieses Faktum steht auch den Bestrebungen der ägyptischen Nationalisten im Weg, die sich aus einer bestimmten Schicht Intellektueller im Land selbst rekrutieren. Natürlich ist auf die geistige Konstitution der Oberschicht des Landes dies Eindringen des Kapitalismus und der weltwirtschaftlichen Bindungen nicht ohne Einfluß geblieben. Es gibt in Ägypten eine Intelligenz, die für die Befreiung des Landes und für seine völlige Autonomie eintritt. Aber diese Intellektuellen, die rein geistig orientiert sind, haben kein Verständnis für die ökonomische und soziale Bedingtheit ihrer Forderung. Die Pressfreiheit nach westeuropäischem Muster, die sie bei ihrem Studium in Paris und in London kennengelernt haben, ist ihnen wichtiger als die Produktion des Landes und die Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Bewohner. Es ist daher nicht wahrscheinlich, daß eine so beschaffene Schicht ein Land von so komplizierter Lage wie Ägypten regieren könnte, ohne es in kurzer Zeit in einen Abgrund des Hungers, des Elends und der Ausbeutung zu stürzen.

Wir wollen uns also die Tatsache, daß die Ägypter in ihrer überwiegenden Mehrzahl unter dem gegenwärtigen Herrschaftsverhältnis nicht schlecht fahren, nicht verschleiern. Wie es überhaupt nicht unsere Aufgabe sein kann die Leistungen gerade unseres Hauptfeindes irgendwie herabzusetzen. Wir würden ja, täten wir das, niemanden täuschen als uns selbst. Andererseits ist mit der Konstatierung, daß die englische Herrschaft in Ägypten sich bewährt hat, über das fernere Schicksal des Landes naturgemäß noch nichts ausgesagt. Dieses braucht überhaupt noch nicht unmittelbar durch den Ausgang des Krieges entschieden zu werden. Auch wenn vorerst alles beim alten bleibt, könnte Ägypten durch die Umlagerung der Verhältnisse infolge des Krieges, namentlich durch die Bildung eines europäisch-vorderasiatischen Wirtschaftsimperiums, früher oder später in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Land könnte unter englischem Regime bleiben. Als zweite Möglichkeit könnte man eine mehr oder minder große Autonomisierung in Betracht ziehen. Und endlich könnte man auch daran denken, daß dieses vielgeplagte Land, das ja seit alten Zeiten ein Teil des türkischen Reiches ist, in diese Stellung in irgendeiner Form zurückkehre. Die Frage kompliziert sich vor allem dadurch, daß die Lösung des ägyptischen Problems ja nicht allein die Entscheidung über das Schicksal der Ägypter bedeutet sondern, weit darüber hinausgehend, für den Bestand und die Neubildung der Weltmächte von erheblicher Bedeutung ist.

Diese Gesichtspunkte: die weltpolitische Lage Ägyptens, seine wirtschaftliche und soziale Innenstruktur, die Qualitäten der Anwärter auf die Herrschaft über das Land: das sind die Faktoren, die man kennen muß, wenn man sich von der Zukunft des Landes ein Bild machen will. Wir haben alle Ursache der Entwicklung hier unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Das Ergebnis, wie es auch in späterer Zeit ausfallen mag, ist für uns keinesfalls ohne Bedeutung.

XX
WALLY ZEPLER · IDEOLOGIE UND IDEALISMUS
IM FRAUENGEIST



N der deutschen Frauenbewegung sind zwei aufeinanderfolgende Auffassungsperioden zu unterscheiden: die des Gleichheitsfanatismus, in der man möglichst alle geistigen Geschlechtsunterschiede verwischen wollte, und die der Betonung des spezifisch Weiblichen, in der man einen besondern Einfluß des Frauengeistes auf die Politik und das gesamte Kulturleben des Volkes zu statuieren sucht. Dogmatische Übertreibung dieses zweiten Gesichtspunkts ist meiner Ansicht nach heute das Charakteristikum der Anschauungen führender Frauen in allen Kreisen und Parteien. In ihrer Auffassung der Kriegsprobleme können wir diesen Denktypus in voller Deutlichkeit kennenlernen. Da diese Erscheinungen und ihre Beurteilung von entscheidender Bedeutung für die Frage nach der Entwicklung des weiblichen Denkens überhaupt und nach der Berechtigung aktiver Anteilnahme der Frauen an der Zukunft des Volkes selber sind, so seien sie zunächst hier festgestellt und auf ihren geistigen Gehalt untersucht.

Vermutlich unter dem Einfluß der Führerinnen der sogenannten Rechten in der Frauenbewegung, der Helene Lange, Gertrud Bäumer und anderer, verhielt sich der Bund deutscher Frauenvereine aus realpolitischen Erwägungen heraus ablehnend gegenüber dem Haager Frauenfriedenskongreß.¹⁾ Er zog sich damit Anfeindungen der meisten Sozialdemokratinnen, ferner der liberal-demokratischen wie auch mancher einzelstehenden, sonst gerade in besonderm Maß urteilsfähigen Frauen zu. So verfocht Rosa Mayreder, eine der sympathischsten und bedeutendsten Erscheinungen zeitgenössischen Frauentums, die Ansicht, der Krieg sei eine spezifisch männliche Angelegenheit, die »äußerste Ausgeburt des Mannwesens«, die Konsequenz der »absoluten männlichen Aktivität«. Die »typisch weibliche Natur«, die »Duldsamkeit, Weichherzigkeit, Mitleid und Friedfertigkeit« in sich schließe, die Natur des »passiven Heldentums« müsse daher den Krieg als einen »atavistischen Zustand des Mannentums« bekämpfen.²⁾ Man sieht: Es ist die Legende von dem *aktiven* Mann und der *passiven* Frau, die hier zum Fundament einer Forderung gemacht wird. Selbst eine so vorurteilslose Frau wie Rosa Mayreder gründet ihre politische Anschauung ohne weiteres auf einen jener zahlreichen Glaubenssätze, deren einziger Beweis in ihrer ewigen Wiederholung liegt. Sind denn wirklich Duldsamkeit und Mitleid vorwiegend oder auch nur in besonderm Maß dem weiblichen Geschlecht zu eigen? Man durchlaufe einmal die Geschichte oder die Dichtung, gleichviel weicher Zeit und

¹⁾ Siehe die Rundschau Frauenbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 663 ff.

²⁾ Siehe Mayreder Die Frau und der Krieg, in der Internationalen Rundschau, 1915, pag. 516 ff.

welches Volkes: Waren die großen Aufopfernden, die Apostel der Menschenliebe, Frauen oder Männer? Oder haben die Dichter, die ohne vorgefaßten Glauben irgendwelcher Art, meist nicht einmal im klaren Bewußtsein ihres innern Schauens Menschen bildeten, Milde und Mitleid mehr der Frau als dem Mann zugeschrieben? (Man braucht von Dichtern unserer Tage dabei gar nicht an das gewaltige Genie Strindbergs zu denken, den manche ja in diesem Punkt für befangen halten, sondern nur an den gütigen Menschenbildner Gerhart Hauptmann, den Gestalter des Emanuel Quint und der Hanne Schäl, die man beide zwar nicht als Typen, aber doch als Wahrheit nehmen muß.) Spricht vor allem nicht so manche Erfahrung des alltäglichen Lebens, das oft harte, unerbittliche Urteil der Frauen über einander gegen ein sittliches Übergewicht des weiblichen Geschlechts in diesem Punkt? Gewiß ist daraus auch nicht der entgegengesetzte Schluß zu ziehen. Wahrscheinlich liegt die Ursache bei alledem gar nicht in der Gemütsanlage der Frauen sondern nur in ihrem gegenwärtigen Geistesinhalt, in ihrem Leben, das im Primitiv-Persönlichen steckenbleibt. Die Duldsamkeit hängt vielfach nur von der geistigen Entwicklungshöhe des Menschen ab. Je weiter der Gesichtskreis, je tiefer das Wissen um die Art menschlicher Handlung, das Verständnis für das Zwingende menschlichen Schicksals, desto eher wird der Mensch zu einer objektiven Auffassung und damit zu einem subjektiven Mitleiden befähigt sein. Die Kriegspsychose war wirklich keine »Ausgeburt des Mannwesens«. Gerade die Soldaten im Feld sind nach vielen einwandfreien Zeugnissen am geringsten von ihr ergriffen und empfinden am wenigsten Haß. Dagegen konnte die feinsinnige Annette Kolb berichten, wie sie mit Verwunderung während des Krieges gerade von Frauen die inhumansten, ja rohesten Äußerungen hörte. Ich erblicke darin freilich nicht ein Zeichen brutalerer Naturanlage sondern nur mangelhafter geistiger Durchbildung und Selbsterziehung. Ebenso sollte das uralte Märchen von der weiblichen Passivität doch nun endlich nicht mehr nacherzählt werden. Es wird ja doch täglich im praktischen Leben ad absurdum geführt. In der Tat sind die Frauen in der Verfolgung persönlicher Interessen oft von einer Aktivität, die elementarer und hemmungsloser ist als die des Mannes, bei dem sie vielfach nur ein Erfordernis des Berufs, weniger eine Auslösung eigenen Dranges darstellt. Nur in den Augenblicken höchster Notwendigkeit pflegt der Mann zu seiner intensivsten Energieausnutzung zu kommen; die Frau mehr in der zähen Verfolgung der alltäglichen Lebensinteressen. Wäre also die weibliche Natur wirklich der Kriegsgesinnung so diametral entgegengesetzt, so hätte sich diese Tatsache bei der Willensstärke der Frau auch stärker bemerkbar gemacht. Nach den Erfahrungen der Kriegszeit scheint es sehr fraglich, ob ein erhöhter öffentlicher Einfluß des weiblichen Geschlechts in Wahrheit gegen den Krieg gewirkt hätte. In England, wo die Frauen wirklich in größerm Maß ihren Einfluß in die Wagschale warfen, taten sie dies zugunsten der Rekrutierung, und mit einer Heftigkeit und Unbedingtheit, die die Anteilnahme der Männer weit in den Schatten stellte.

Es handelt sich bei diesen Ansichten, gegen die ich mich eben deshalb wende, nicht etwa um die Auffassung einer Einzelnen. In ihnen stellt sich vielmehr, wie ich schon sagte, die Denkrichtung eines großen Teils der öffentlich tätigen, politisch und sozial linksstehenden Frauen dar. Gerade auch bei den Sozialdemokratinnen war der gleiche Zug bemerkbar: neben

der vom politischen Radikalismus bewirkten Stellungnahme gegen den Krieg (seine *imperialistischen* Ursachen usw.) die Betonung, daß es Sache der Frauen sei sich kraft ihres mütterlich-weiblichen Empfindens gegen den Krieg und die vermeintlichen Kriegstreiber einzusetzen. Will man nun nicht in den Fehler verfallen, der so oft die Diskussion unfruchtbar macht, so muß man der Anschauungsweise, der man gegenübertritt, ihren ernstesten innern Sinn abzugewinnen suchen.

In einem kleinen, wie alles, was diese verehrungswürdige Frau sagt, tief berührenden Artikel schrieb vor kurzem Hedwig Dohm:

»Nach der unsterblichen Bibellegende hat durch die Schuld des Weibes der Mann das Paradies verloren. Helft ihm ein neues Paradies erobern, in dem der Frieden den Krieg, die Güte den Haß, die Wahrheit die Lüge besiegt. . . Der Gott der Liebe: er ist international.«³⁾

Es ist wohl diese Betonung des Ideals der Menschlichkeit, die während der Kriegszeit auch die meisten Sozialdemokratinnen zu jener sonst nicht gekannten solidarischen Verbundenheit mit den bürgerlichen Frauen brachte. Die Frauen bekunden, soweit sie überhaupt politisch interessiert sind, sei es aus ihrer Natur sei es aus ihrer Entwicklung heraus, gegenwärtig eine weit stärkere Hinneigung zur Propaganda sogenannter allgemeiner Kulturideen als zur Mitarbeit an bestimmten politischen Aufgaben. Wollen wir daraus die richtigen Schlüsse auf die seelische und geistige Wesenheit des weiblichen Geschlechts oder mindestens die inneren Ursachen dieser Hinneigung ziehen, so dürfen wir vor allem nicht vergessen, daß hier Motivreihen äußerst verschiedener Art zusammenwirken können, die in der Analyse scharf zu scheiden sind. Wie bei jedem spezifisch weiblichen oder im weiblichen Geschlecht stark hervortretenden Zug kompliziert sich zudem die psychologische Untersuchung durch die überall bestehende Mischung des menschlich Individuellen mit dem artmäßig Weiblichen. Gewisse Trennungslinien gehen nicht so sehr zwischen Geschlecht und Geschlecht als zwischen zwei an sich entgegengesetzten Denktypen, die sich bei Männern ebensogut wie bei Frauen finden, bei ihnen wahrscheinlich nur vorderhand noch in wesentlich anderer Verhältniszahl. Bei der Beurteilung eines solchen Denktypus ist es wiederum von großer Bedeutung, wie weit man ihn für historisch geworden oder aber für einen Ausdruck des sogenannten sekundären Geschlechtscharakters hält. Gertrud Bäumer erklärte kürzlich die Stellungnahme oder vielmehr Nichtstehungnahme der meisten Frauen zu den Fragen der Weltpolitik aus zwei Gründen: erstens einer Art Selbstbeschränkung, die der Erwägung entstammte, »daß die eigenen Ziele zunächst einmal Zusammenfassung aller Kräfte erforderten und daß man sich weder äußerlich noch innerlich, weder praktisch noch geistig zersplittern dürfe«, und zweitens daraus, »daß die Frauenbewegung ihren Kampf im Zeichen gewisser allgemeiner Kulturideen führte (Freiheit, Selbstverantwortung, Gerechtigkeit an Stelle von Gewalt, zivilisatorische statt der politischen Kräfte usw.), die an sich nicht zu voller Erfassung des politischen Lebens und seiner Triebkräfte führen konnten.«⁴⁾ Das mag eine der Entstehungsursachen jener sachlich inhaltlosen, verschwommenen Kulturschwärmerei richtig aufzeigen, wie sie aus den oben erwähnten Frauenäußerungen spricht. Aber es erklärt deshalb durchaus noch nicht, wie denkende Menschen mitten in dem furchtbaren Er-

³⁾ Siehe Dohm Der Friede und die Frauen, in dem Sammelwerk Das Ziel /München 1915/, pag. 167 ff.

⁴⁾ Siehe Bäumer Die Frau und die Weltpolitik, in der Frau, 1916, pag. 264 ff.

leben des Krieges annehmen können, an den ungeheuren realen Interessenkonflikten, die zu seinem Ausbruch führten, lasse sich durch das Bekenntnis einiger tausend oder hunderttausend Frauen zu dem Ideal allgemeiner Völkersolidarität auch nur das geringste ändern.

Es wird mir entgegnet werden: Das glaube man auch gar nicht. Man meine nur, es sei nicht die Sache der Frauen auch noch in diesen brutalen Machtkonflikten sachlich Partei zu nehmen; sie hätten vielmehr durch ihr weiches, mütterlich weibliches Empfinden die Herrschaft des rohen Machttriebs möglichst zu paralisieren. Deshalb könne das Frauenwahlrecht den Menschen auch vielleicht Erlösung bringen; es setze dem positiven Druck des Machtfaktors auf einer den Gegendruck der weiblichen Friedensliebe auf der andern Seite entgegen. Für diese Anschauung gibt es mit anderen Worten nicht eine sondern zwei verschiedene Welten: die Welt des Männlichen und die des Weiblichen. Ganz abgesehen von der, wie ich vorhin zu zeigen versuchte, höchst problematischen Etikettierung bestimmter Gefühlscharaktere als männlich oder weiblich, proklamiert diese Ansicht für die Politik etwas als möglich, was man auf jedem andern Gebiet ohne weiteres für indiskutabel halten würde: den Glauben nämlich, als könne irgend jemand in einem ihm bis dahin gänzlich unbekanntem Geistesgebiet neue, früher nicht entdeckte Erkenntnisse gewinnen. Nie haben sich die Frauen in die hunderterlei schwierigen Einzelheiten der großen politischen Probleme versenkt; nie haben sie die Fragen der Kapitals- und Handelsausbreitung; der Seegewalt, der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung, der Preisbildung im Innen- und Weltmarkt, der Arbeiter- und Unternehmerorganisation, der Rassenkonkurrenz, der geographischen, kulturellen, geschichtlichen Besonderheiten der einzelnen Völker auch nur oberflächlich studiert, geschweige denn sich in eine einzige dieser Fragen mit der strengen Sachlichkeit versenkt, die aktive schaffende Mitarbeit von jedem Politiker fordert. Und nun, da der Weltkrieg eine wie immer geartete Lösung einer großen Reihe solcher schweren wirtschaftlichen und geistigen Konflikte heischt, da er ja eben um dieser Konflikte willen entbrannt ist, will man mit souveräner Negierung dieser *brutalen, männlichen* Machtfaktoren den *edlen, weiblichen* Humanitätsstandpunkt auf der Erde verkünden? Jedermann weiß, daß Wissenschaft an strenges sachliches Denken gebunden ist und schwerlich jemand darin weiter bauen oder Seitenzweige aufrichten kann, der nicht zuvörderst das Bestehende durchforscht hat. Eben weil dem so ist, haben alle intelligenten Frauen sich auch gegen die Versuche aufgelehnt in Schulen und Universitäten weibliche Wissenschaft zu lehren, die nie etwas Höheres sondern nur ein dürftiger Auszug der männlichen sein könnte. Ist nun auch Politik gewiß etwas ganz anderes als Wissenschaft, so gründet sie sich doch auf eine solche Fülle von Wissens-elementen, daß diese Überlegenheit des Sachkenners auch für sie in genau der gleichen Weise gelten muß. Zum mindesten, wo es sich nicht um die berechtigterweise oft bloß gefühlsmäßige Stellungnahme der Massen sondern um die bewußte Beeinflussung der Dinge und Menschen durch politische F ü h r e r i n n e n handelt.

Dies alles, so werden andere (und unter ihnen gerade viele Genossinnen) sagen, könne ja aber nur die Behauptung treffen, daß nur die spezifisch weibliche Empfindungsweise die Propaganda des Friedens- und Humanitätsgedankens als Mittel zur Beendigung dieses oder zur Verhinderung künf-

tiger Kriege fordere. In Wahrheit ständen hier indes weit tiefere Gegensätze einander gegenüber: der Idealismus, der mit unerschütterlichem Glauben an den endlichen Sieg des höhern Prinzips der Völkerverbrüderung, Gerechtigkeit usw. sich allen widerstrebenden Kräften eines bloßen Interessenkampfes entgegenstemme, und der nüchterne Realismus, der sich auf diese niederen Kräfte, auf das Macht- und Gewinnstreben der Menschen, stütze. An dieser Konstruktion wäre dann jedenfalls das eine richtig: In dem unzerstörbaren Glauben an eine Idee als Ziel und Regulativ jeder Willenshandlung spricht sich in der Tat das eigentümlichste Wesen des menschlichen Geistes überhaupt aus. So tief wurzelt dieser sittliche Glaube in der menschlichen Natur, daß es umgekehrt keinen politischen Interessenstandpunkt gibt, der sich nicht in die Form eines Ideenkampfes hüllte und auch wirklich zugleich Ideenkampf wäre. Mit dieser Erkenntnis der Allgemeingültigkeit des Glaubens an eine Idee entwertet man diesen nicht etwa oder setzt ihn gar zu einer Redensart herab; man öffnet sich im Gegenteil den einzigen Weg jenen scheinbaren Gegensatz zwischen Ideen- und Interessenkampf oder zwischen Ideal- und Realpolitik im öffentlichen Leben endgültig aufzulösen.

Die Ideen stehen nicht gleichsam als verkörperte Widersprüche zu dem ideallosen Realismus des Lebens in den Köpfen weniger bevorzugter Idealisten; sie wirken sich vielmehr in den Macht- und Interessenkämpfen selber aus. Durch das Medium des Menschengestes setzen sie sich in dem heißen Ringen wirtschaftlicher und geistiger Einzel-, Klassen-, Völkerkämpfe langsam, oft den Kämpfenden selber unerkennbar, in Wirklichkeit um. Wie dieser seltsame Vorgang etwa zu denken ist, das hat gerade auch für den Ausgangspunkt dieser Betrachtung, die Idee des ewigen Völkerfriedens, Kant in seiner Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht entwickelt:

»Alle Kriege sind demnach so viel Versuche (zwar nicht in der Absicht der Menschen, aber doch in der Absicht der Natur) neue Verhältnisse der Staaten zustande zu bringen und durch Zerstörung, wenigstens Zerstückelung aller neue Körper zu bilden, die sich aber wieder entweder in sich selbst oder neben einander nicht erhalten können und daher neue, ähnliche Revolutionen erleiden müssen; bis endlich einmal teils durch die bestmögliche Anordnung der bürgerlichen Verfassung innerlich, teils durch eine gemeinschaftliche Verabredung und Gesetzgebung äußerlich ein Zustand errichtet wird, der, einem bürgerlichen gemeinen Wesen ähnlich, so wie ein Automat sich selbst erhalten kann.«³⁾

Hier haben wir auch das eigentliche Kriterium des tiefen und ewig mißverstandenen Gegensatzes zwischen Ideologie und Idealismus. Der Ideologe baut ohne Rücksicht auf die, nach Zeit, Ort, Entwicklung, kurz nach den hundertzähligen Faktoren des wirklichen Lebens der Menschen natürlich unendlich verschiedene Daseinswirklichkeit ein System schöner Forderungen in die Wolken, bei dem es freilich auf ein wenig Vollkommenheit mehr oder weniger nicht ankommt. Seine Propaganda für allgemeine Kulturideen bedarf keiner allzu genauen Kenntnis der Tatsachenwelt, mit der sie ja nur in loser Verbindung steht. Dem Idealisten wird dagegen jede kleinste Phase des anscheinend nüchternen Wirklichkeitskampfes von der großen, dahinter ruhenden Idee durchleuchtet; ihm stellt sich wie dem schaffenden Künstler jeder neue Mauerstein in dem Gesamtgefüge der Gesellschaft als Teil eines umfassenden Ganzen dar, mag seine endliche Vollendung auch fern sein.

³⁾ Siehe Kant Gesammelte Schriften, 8. Band /Berlin 1912/, pag. 24 f.

»Indessen bringt es die menschliche Natur so mit sich: selbst in Ansehung der allerentferntesten Epoche, die unsere Gattung treffen soll, nicht gleichgültig zu sein, wenn sie nur mit Sicherheit erwartet werden kann. Vornehmlich kann es . . . um desto weniger geschehen, da es scheint, wir könnten durch unsere eigene vernünftige Veranstaltung diesen für unsere Nachkommen so erfreulichen Zeitpunkt schneller herbeiführen. Um deswillen werden uns selbst die schwachen Spuren der Annäherung desselben sehr wichtig.«⁶⁾

Freilich, je weiter der geistige Umkreis auch des Politikers, desto schärfer werden sich in seinem Geist die Einzellinien wenigstens der nähern Zukunftsentwicklung entrollen, desto zielklarer wird er von Stufe zu Stufe auf deren Verwirklichung hinarbeiten. Aber wie dem auch sei, das eine Prinzip bleibt für jeden Denkenden jedenfalls unerschütterlich bestehen: Nur innerhalb politischer Wirklichkeitstätigkeit, in der realpolitischen Erfassung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten jeder geschichtlichen Epoche ist überhaupt politisch und damit auch geistig fruchtbare Arbeit zu leisten. Um von unserer Partei zu sprechen: Nur in dem so oft von unseren radikalen Dogmatikern verlästerten *nüchternen* Wirken der Reformisten, in dem Aufbau einer neuen Gesellschaft von (wie es verächtlich zu heißen pflegt) Reförmchen zu Reförmchen vollzieht sich tatsächlich die Entwicklung zum Sozialismus und damit auch zu der von uns allen erhofften Menschheitszukunft eines gesicherten Völkerfriedens. Wir fördern diese Entwicklung nicht, wenn wir in einer Epoche gewaltiger historischer Umwälzungen wie der heutigen unsere Kraft an eine völlig inhaltsleere Wortpropaganda für ewigen Frieden setzen, statt mit dem intensivsten Willen an der Lösung der jetzt zur Entscheidung drängenden politischen Probleme mitzuarbeiten und diese Lösung so nach der Richtung zu treiben, die vielleicht zur Grundlage für einen gewaltigen Schritt vorwärts zu dem von uns erstrebten Wegziel werden kann.

Die konkreten Beispiele liegen nahe genug. Es bedarf schwerlich einer besonderen Blickscharfe, um zu sehen, daß es an dem Schlußergebnis dieses Krieges auch nicht das mindeste zu ändern vermag, ob 10- oder 100 000, ja selbst ein paar Millionen Anhänger der Friedensbewegung die Erde mit noch so berechtigten Anklagereden gegen das ungeheure Verbrechen der Kriege erfüllen und ihre unerschütterliche Bereitschaft verkünden für allgemeine Abrüstung, Volkskontrolle in der auswärtigen Politik und ähnliche Forderungen einzutreten, die (von ihrer Verschwommenheit ganz abgesehen) gegenwärtig keinesfalls realisierbar wären. Der politische Wille dieser Hunderttausende käme also in den tatsächlichen Friedensverhandlungen überhaupt nicht zum Ausdruck; er wäre als positive geschichtliche Triebkraft einfach verloren. Dagegen ist es für die politische Zukunft der Völker, und damit natürlich vor allem der proletarischen Massen, durchaus nicht gleichgültig, welche Haltung in den aktuellen Völkerkonflikten die Sozialdemokratie einnimmt. Dient sie in den widerstreitenden Interessenströmungen der politischen Richtung, deren Friedensziele zur Grundlage einer stetigen Entwicklung der beteiligten Nationen und eines, nicht unterschiedslos aus allen Völkern bestehenden sondern auf die Notwendigkeiten bestimmter Staaten gegründeten und deshalb lebensfähigen Wirtschaftskomplexes werden können,⁷⁾ so wird dadurch die gewaltige Macht der Arbeiter-

⁶⁾ Siehe Kant, loc. cit., pag. 27.

⁷⁾ Siehe darüber unter anderm P o e t z s c h Das Imperium und die Arbeiter, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 193. ff.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Handelsschiffsbewaffnung Die deutsche Denkschrift vom 8. Februar verneinte

»feindlichen Kauffahrts-

schiffen, die mit Geschützen bewaffnet sind«, das Recht als friedliche Handelsschiffe angesehen zu werden; die deutschen Seestreitkräfte sollten »nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist« Befehl erhalten »solche Schiffe als Kriegführende zu behandeln« (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 165). Die Gründe zu dieser Stellungnahme haben auch in unserer sozialdemokratischen Parteipresse fast einhellige starke Zustimmung gefunden. Eine Bewaffnung von Handelsschiffen hat das Völkerrecht zwar seit langem zugestanden, jedoch nur zu Verteidigungszwecken. Aber, wie der Staatssekretär von Jagow in einer Unterredung mit dem Vertreter der New York World mit Recht hervorhob: die Gründe und Ursachen bestehen längst nicht mehr, die seinerzeit einen solchen Gebrauch schufen und zur Anerkennung brachten: »Es gibt keine Piraten mehr, und die Pariser Konvention von 1856 machte auch der Kaperei dadurch ein Ende, daß die Signatarmächte dieser Konvention Kaperbriefe nicht mehr ausstellten. . . Bei den Bedingungen des jetzigen modernen Seekriegs besteht kein Rechtsgrund mehr für die Armierung von Handelsschiffen. . . sie wurde in einem frühern Zeitalter eingeführt, als noch die Kauffahrtschiffe von Seeräubern und Piraten angegriffen wurden. Aber Seeräuberei und Piratenschiffe bestehen schon seit 50 Jahren nicht mehr. Mit dem Erlöschen der Rechtsvoraussetzungen erlischt das Recht selbst, das heißt, es kann nicht länger angewendet werden und wird obsolet.« In unseren Zeiten könne es deshalb zu Verteidigungszwecken bewaffnete Handelsschiffe nicht mehr geben, und die Armierung solcher Schiffe mit Kanonen und Artilleristen »stempelt diese Schiffe heutzutage zu Kriegshilfskreuzern für Offensivzwecke, und zwar vorsätzlich und tatsächlich«. Die letzte Unklarheit beseitigt ferner die geheime britische Anweisung: schon vor jedem feindseligen Akt des Gegners selber zum Angriff überzugehen.

X

Amerika und Deutschland

Leider ist es bis zur Stunde nicht gelungen auf der andern Seite die Lei-

tung der amerikanischen Politik, vor allem den Präsidenten Wilson und den Staatssekretär Lansing, von ihrer zwar unter allerlei Rechtsformalitäten verhüllten, aber tatsächlich um so zäheren Unterstützung Englands abzudrängen, und zweifellos waren die guten und friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten noch niemals so unterwühlt und gefährdet wie in den jüngsten Tagen.

Die unüberwindliche innere Neigung des Präsidenten fand nochmals Ausdruck in einem Schreiben vom 24. Februar an den Senator Melville Stone, den Vorsitzenden des einflußreichen Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Keine Nation oder Gruppe von Nationen habe das Recht während der Dauer des gegenwärtigen Krieges »Grundsätze« zu ändern oder außer acht zu lassen, »auf die sich alle Nationen zur Milderung der Schrecken und Leiden des Krieges geeinigt haben. . . Wenn wir jetzt Nützlichkeitserwägungen an die Stelle von Grundsätzen treten ließen, so wäre noch weiteren Zugeständnissen Tür und Tor geöffnet. Man gestatte nur ein einziges Abweichen vom Recht, und zahlreiche andere Demütigungen werden zweifellos folgen, und das ganze schöne Gebäude des Völkerrechts würde unter unseren Händen Stück für Stück abbröckeln.« Den von verschiedenen Parlamentariern angeregten Ausweg reisenden Amerikanern die Benutzung der umstrittenen Schiffe, sei es auf dem Verwaltungsweg durch Verweigerung von Pässen, sei es durch besondere gesetzliche Vorschrift, unmöglich zu machen verwirft der Präsident mit sittlicher Entrüstung: »Wir lieben den Frieden und werden ihn um jeden Preis bewahren, außer um den Preis unserer Ehre. Unseren Mitbürgern zu verbieten von ihren Rechten Gebrauch zu machen, aus Furcht, wir könnten in die Lage kommen diese Rechte für sie geltend zu machen, wäre eine tiefe Erniedrigung; es wäre in der Tat eine Zustimmung zur Verletzung der Rechte der Menschheit an jedem Orte, durch jede Nation und unter jedem Vorwand. . . Amerika kann nicht nachgeben, ohne seine eigene Ohnmacht einzugestehen und seine unabhängige Stel-

X

lung unter den Nationen der Welt tatsächlich preiszugeben. . . Und wenn die klaren Rechte amerikanischer Bürger etwa unglücklicherweise durch eine solche Handlung [seitens der Zentralmächte] beeinträchtigt oder bestritten werden sollten, so würde die Rücksicht auf unsere Ehre uns keine Wahl in bezug auf unsere Haltung lassen. Ich kann keine Beeinträchtigung der Rechte amerikanischer Bürger nach irgendeiner Richtung zulassen. Die Ehre und die Selbstachtung unserer Nation stehen auf dem Spiel.«

Der Zweck dieser Kundgebung wurde von englischen Blättern wie den Times auch sofort verständnisvoll aufgefaßt: der tiefe gemeinsame Idealismus, der trotz allem äußerlichen Geschäftssinn die beiden angelsächsischen Völker innerlich verbinde, mache hüben wie drüben faule Kompromisse und einen bloß zusammengeleimten Frieden undenkbar. Die weiteren Nachrichten aus Washington blieben indes unklar und widersprachen sich. Allmählich scheint sich aber aus den verwickelten parlamentarischen Schachzügen, im Repräsentantenhaus und im Senat, doch die Tatsache herauszuschälen, daß weite demokratische Kreise von der Unnachgiebigkeit und der Geschäftsführung der Wilson und Lansing durchaus nicht erbaut sind, ja daß man zeitweilig von einer offenen Revolte der eigenen Partei gegen den Präsidenten sprechen konnte. Ein Antrag Gore (Oklahoma) im Senat ging unverhohlen dahin, daß »keine Person, die Untertan der Vereinigten Staaten ist, auf den Schutz unserer Regierung Anspruch hat, falls sie, mit oder ohne Paß, als Passagier das Schiff eines im Kriegszustand befindlichen Landes oder Staates benutzt«. Senator Jones, aus dem pazifischen Staat Washington, erklärte ähnlich: kein Bürger verdiene irgendwelche Rücksicht, der angesichts der Verwüstungen und Gefahren eines weltumspannenden Krieges noch darauf bestehe zu seinem Vergnügen oder Gewinn in das als Kriegszone erklärte Gebiet und auf einem kriegsbeteiligten Schiff zu reisen. Ein Redeausflug nach dem Mittelwesten, der die Rüstungstimmung beleben sollte, hatte für Wilson bittere Enttäuschungen gebracht, während eine Neigung zu Kriegsabenteuern und ein Gefühl der Herausforderung unter den Massen sich sicherlich durch eine gegenteilige Strömung vertragen haben würde. Unter dem Regierungsdruck verschwand der Antrag Gore zwar vorläufig in der Versenkung. Aber

als der Senator zu einem Gegenmanöver vorstieß und vom Senat die Erklärung verlangte: eine neue Vernichtung von Handelsdampfern mit amerikanischen Passagieren solle als Kriegsfall gelten, da wurde dieser Antrag, mit 68 gegen 14 Stimmen, erst recht verworfen, weil keine größere Gruppe der Wilsonschen Regierung eine so verhängnisvolle Vollmacht zu geben wünschte. Immerhin ist der Ernst der Lage unverkennbar. Seit den Wochen, die 1898 der Einmischung in die Cubawirren und dem Krieg gegen Spanien vorausgingen, ist die Union wohl niemals von einer so tiefgehenden Erregung geschüttelt worden wie jetzt.

× England: Teuerung ×
Liest man die Umschmelzungen und Aufreizungen, die England an die Vereinigten Staaten richtete, so könnte man zu der Meinung gelangen, die Hineinzerrung der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen die Zentralmächte sei für England wirklich der allesbeherrschende Gedanke. Wahrscheinlicher ist es jedoch, daß der vermeintlichen Beherrscherin aller Ozeane und Seen viel mehr an der Abschwächung des deutschen Handelskriegs liegt, die es mit Hilfe fortgesetzter amerikanischer Drohungen zu erzielen hofft. Denn die Knappheit an Schiffsfrachtraum ist für das Inselreich längst zu einer immer schwerer zu ertragenden Kalamität geworden. Dr. R. Hennig verglich kürzlich im Tag die normalen englischen Friedensfrachtsätze mit den Frachtraten im Januar und Februar dieses Jahres. Danach ergaben sich für die Beförderung nach englischen Häfen insgesamt die folgenden Preissätze:

Ausführgebiet	Fracht	Preis für die beförderte Tonne Shilling	
		Friedenszeit	Januar-Februar 1916
Vereinigte Staaten	Weizen	1 ¹ / ₄ bis 2	15 ¹ / ₄ bis 16
Vereinigte Staaten	Kohle	10	75
Canada	Weizen	2 bis 13	130 bis 150
La Plata	„	12	135 „ 155
Chile(Segler)	Salpeter	20 ¹ / ₂ bis 22 ¹ / ₄	120
Bombay	Getreide	14 ¹ / ₂ „ 16 ¹ / ₄	110 bis 115
Burma	Reis	16 „ 22	130 „ 140
Wladiwostok	—	25	170
Australien	Getreide	15 bis 18	110 bis 115
Golf von Mexico	Holz	73 ¹ / ₂ „ 77 ¹ / ₂	450
Bilbao	Erz	4 ¹ / ₄	23

Die Teuerung bohrt sich infolgedessen

immer tiefer ein und zieht immer weitere Kreise. Die Vorräte in den Häfen reichen trotzdem nur für ganz kurze Zeit aus, um den englischen Bedarf zu decken. Wegen der Schwierigkeiten der internationalen Zahlungen, aber auch um die Schifffahrt zu entlasten, verbietet die Regierung mehr und mehr die Einfuhr bestimmter Waren und selbst weniger dringlicher Nahrungsmittel. Im März beginnt die Weizenausfuhr aus Argentinien, auf die man sich jetzt in erster Linie angewiesen sieht. Jede zeitliche Verschiebung und vollends jede tatsächliche Milderung und Aufhebung der deutschen Tauchbootgefahr würde deshalb von England wie ein großer, auf dem Land oder zur See erfochtener Sieg begrüßt werden. Diese Erwägung dürfte heute dem ganzen englischen Intrigenspiel, auch in den Vereinigten Staaten, zugrunde liegen, während ein leibhafter Krieg zwischen Amerika und den Zentralmächten sehr leicht den Waffen- und Munitionslieferungen ein Ende bereiten und außerdem ebenso die amerikanischen Gelder für den überseeischen Bedarf festlegen könnte.

×
Portugal und
Deutschland

Höchstens an der Freisetzung der internierten deutschen Dampfer für die internationale Schifffahrt würde England auch in den Vereinigten Staaten liegen, und mit dem allzeit gefügigen Vasallen Portugal unternimmt es soeben die ersten Gehversuche in dieser Richtung. Nach Portugal flüchteten sich am Beginn des Krieges gegen 35 deutsche Schiffe mit rund 270 000 Tonnen Raumgehalt. (Weiter handelt es sich in Nordamerika um ungefähr 600 000 Tonnen, wovon etwa 260 000 für Frachtbeförderung in Frage kämen, in Italien um 170 000 Tonnen, dazu in Südamerika um eine halbe Million.) Nachdem die englischen Absichten schon seit Monaten erkennbar waren, schritt Portugal am 23. Februar zur Beschlagnahme dieser, Gastrecht genießenden Kauffahrteischiffe. Unter Bruch des Völkerrechts, denn nur Kriegführenden ist die Benutzung fremder Schiffe zu eigenen Zwecken gestattet. Ferner besteht zwischen Portugal und Deutschland der Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 30. November 1908, in dem es wörtlich heißt: »Eine Beschlagnahme ihrer [der Vertragschließenden] Schiffe, Ladungen, Waren oder Effekten zu irgendwelchem öffentlichen Gebrauch soll nicht stattfinden, ohne vorgängige Bewilligung einer auf gerechten und billigen

Grundlagen unter den beteiligten Parteien festgesetzten Entschädigung.« Auf den deutschen Protest gegen die Beschlagnahme erwiderte die Lissabonner Regierung mit einer glatten Absage. Am 9. März brach man deshalb von deutscher Seite die diplomatischen Beziehungen zu Portugal ab. In der deutschen Note wird einleitend über das ganze bisherige Verhalten Portugals bemerkt: »Seit Kriegsbeginn hat die portugiesische Regierung durch neutralitätswidrige Handlungen die Feinde des Deutschen Reichs unterstützt. Englischen Truppen wurde in 4 Fällen der Durchmarsch durch Mozambique gestattet. Die Versorgung deutscher Schiffe mit Kohlen wurde verboten. Ein neutralitätswidrig ausgedehnter Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in portugiesischen Häfen wurde zugelassen, England die Benutzung Madeiras als Flottenstützpunkt gewährt. Der Entente wurden Geschütze und Kriegsmaterial der verschiedensten Art, England überdies ein Torpedobootszerstörer verkauft. Deutsche Kabel wurden unterbrochen. Das Archiv des Kaiserlichen Vizekonsuls in Mossamedes wurde beschlagnahmt. Expeditionen wurden nach Afrika entsandt und offen als gegen Deutschland gerichtet bezeichnet. An der Grenze von Deutsch Südwestafrika und Angola wurde der deutsche Bezirksamtmann Dr. Schultze (Jena) sowie 2 Offiziere und Mannschaften durch eine Einladung über die Grenze nach Naulila gelockt, dort am 19. Oktober 1914 für verhaftet erklärt und, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen suchten, zum Teil niedergeschossen, die Überlebenden mit Gewalt gefangen genommen.« Nach einer eingehenden tatsächlichen und rechtlichen Darstellung des Schiffsraubs und seiner herausfordernden Durchführung kommt die Note zu dem Schluß: »Die Kaiserliche Regierung sieht sich gezwungen aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie betrachtet sich von jetzt ab als mit der portugiesischen Regierung im Kriegszustand befindlich.«

×
Kurze Chronik Wie wenig die Behauptung unserer bürgerlichen und linkssozialdemokratischen Pazifisten zutrifft: Deutschlands Gebietsunverletzlichkeit sei schon durch die bisherigen Kriegereignisse unbedingt gewahrt und gesichert, zögert von neuem die Eroberung Kameruns durch die Engländer, die Mitte Februar durch

den Übertritt der deutschen Streitmacht auf spanisches Kolonialgebiet ihren Abschluß fand. Am 9. März stellte Bonar Law fest, daß nicht weniger als 750 000 Quadratmeilen deutscher Kolonien besetzt seien. × Am 29. Februar tagten in London die Vertreter fast aller großbritannischen Handelskammern, um über die handelspolitischen Maßnahmen nach dem Krieg zu beraten. Nach einer überaus deutschfeindlichen Rede des Finanzministers MacKenna wurde die Regierung aufgefordert folgende Schritte vorzubereiten: 1. Maßnahmen zur gegenseitigen Vorzugsbehandlung zwischen dem britischen Reich und seinen Teilen und zwischen dem britischen Reich, seinen Verbündeten und den Neutralen, 2. Schutzzölle, die den Handel mit dem feindlichen Ausland nach dem Krieg einschränken sollen. × Bei der Beratung des britischen Marineetats im Unterhaus warf Churchill der Admiralität Mangel an Energie und Initiative vor. Balfour erklärte, die britische Flotte sei mit Ausnahme der Panzerkreuzer jetzt stärker als bei Kriegsausbruch; leider hätte der Bau gewisser Schiffstypen wegen Einberufung der Arbeiter eingeschränkt werden müssen. Die Times pflichten dem Angriff Churchills lebhaft bei. × Am 29. Februar forderte Genosse van Kol in der holländischen Ersten Kammer die Regierung zu einer Intervention zugunsten des Friedens auf. Der Minister des Auswärtigen lehnte diese Anregung ab, da eine Friedenskonferenz, wie sie van Kol wünschte, dem Ziel nicht näherführen könne. Er gab bei dieser Gelegenheit die wichtige Erklärung ab, daß zwischen Holland und Deutschland kein Geheimvertrag bestehe; die Regierung habe ihre Freiheit nach keiner Seite preisgegeben. × In einem Brief an den Kardinal Pempili hat Papst Benedikt XV. ein neues Friedensmanifest erlassen. Er erinnert darin an seine früheren Ermahnungen die Waffen niederzulegen. »Wenn auch mein Schrei nach Frieden nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, so hat er doch ein starkes Echo geweckt. . . Wir können nicht umhin unsere Stimme aufs neue gegen diesen Krieg zu erheben, der uns als Selbstmord des zivilisierten Europas vorkommt. Wir dürfen nicht lässig werden, sobald die Gefühle es erlauben, die Mittel nachzuweisen oder in Erinnerung zu bringen, wie das so heiß ersehnte Ziel erreicht werden kann.« × In der sächsischen Zweiten Kammer gab der Kultusminister am

1. März die Erklärung ab, daß in Zukunft auch sozialdemokratische Jugendvereine eine Staatsunterstützung erhalten würden.

Wirtschaft / Julius Kaliski

Kriegsanleihe Der Ruf zur Beteiligung an der vierten deutschen Kriegsanleihe ist ergangen. Die Zeichnung erfolgt in der Zeit vom 4. bis zum 22. dieses Monats. Wieder sind alle Vorbereitungen getroffen, um die weitesten Kreise an dem Erwerb von Kriegsanleihe teilnehmen zu lassen. Unsere erste Kriegsanleihe wurde in den Tagen vom 10. bis zum 19. Dezember 1914 gezeichnet, zum Ausgabekurs von 97½ %, die zweite Kriegsanleihe vom 27. Februar bis zum 15. März 1915, zum Kurs von 98½ %, die dritte vom 4. bis zum 22. September 1915 zum Kurs von 99 %. Diese 3 Anleihen erbrachten insgesamt etwa 25¾ Milliarden Mark (siehe diese Rundschau, 1914, 2. Band, pag. 1191, 1915, 1. Band, pag. 306 und 408, 2. Band, pag. 552, und 3. Band, pag. 1011). Diesmal ist der Emissionskurs auf 98½ % festgesetzt worden, er ist also gegen den der letzten Anleihe um ½ % ermäßigt; die Verzinsung von 5 % ist beibehalten. Die geringe Kursermäßigung wird damit begründet, daß sämtliche bisher aufgenommenen Kriegsanleihen ebenso wie die diesmalige bis zum 1. Oktober 1924 unkündbar sind und die jetzige Kriegsanleihe daher den Vorteil der Unkündbarkeit am wenigsten lange genießt. Als ein erfreuliches Zeichen darf die Tatsache gelten, daß ziemlich allgemein die halbprozentige Ermäßigung des Ausgabekurses als unbegründet und unangebracht bezeichnet wird. Neben der 5prozentigen Anleihe werden auch 4½prozentige Schatzanweisungen zum Kurs von 95 % angeboten, die den Vorzug genießen al pari eingelöst zu werden. Innerhalb 10 Jahren muß die Rückzahlung, die im Jahr 1923 beginnt und durch Auslösung erfolgt, beendet sein. Gegenwärtig verzinsen sich die Reichsschatzanweisungen mit 4,74 %. Unter Berücksichtigung des Kursgewinns bei der Einlösung zu pari ergibt sich eine Durchschnittsverzinsung von etwa 4,83 %; bei frühzeitiger Auslösung kann eine Verzinsung bis zu 5,45 erreicht werden. Bei der Anleihe ergibt sich eine Nettoverzinsung von 5,08 %; dazu kämen etwa 0,17 %, wenn die Anleihe am 1. Oktober 1924 gekündigt und dann zu pari zurückgezahlt würde.

Durch die Ausgabe der Schatzanweisungen wird Wünschen der Kreise Rechnung getragen, die augenblicklich flüssige Gelder dem Reich zur Verfügung stellen wollen, aber damit zu rechnen haben nach dem Krieg die Werte schnell verkaufen zu müssen, um verfügbare Betriebsmittel zu schaffen. Mit der Gewißheit der Auslosung zu pari ist erfahrungsgemäß eine nachhaltige Sicherung gegen Rückgang des Kurses gegeben; dagegen spielt die augenblicklich höhere oder geringere Verzinsung eine wesentlich geringere Rolle.

✕ **Einfuhrbeschränkung** ✕
 Um unsere Zahlungsbilanz zu verbessern, bedarf es neben den Bemühungen zur Steigerung der Ausfuhr einer Beschränkung der Einfuhr auf die unumgänglich notwendigen Gegenstände. Von selbst hat die Einfuhrtätigkeit sich diesen durch den Krieg bedingten Erfordernissen nicht oder doch nicht genügend angepaßt. Deshalb war die Bundesratsverordnung, die die Einfuhr entbehrlicher Produkte untersagt, durchaus am Platz. Neben Produkten wie Ananas, Mandarinen, Vanille, Kaviar, Riech- und Schönheitsmittel wurden dadurch auch anders geartete Erzeugnisse, so Gold- und Silberwaren, Kleider aus Seide, Spitzen, Stickereien, Pelzwaren, Kunstschmiedearbeiten, und schließlich noch verschiedene Artikel, die weniger als Luxuswaren anzusehen sind, aber durch einheimische Fabrikate zu ersetzen sind, von der Einfuhr ausgeschlossen. Für die Zukunft könnte die Einfuhr noch erheblich weiter eingeschränkt werden, denn bei verständiger Wirtschaft würde sich der Import von Waren in einem viel größeren Umfang erübrigen. Eine Verfolgung dieses Ziels entspringt nicht der Absicht einen geschlossenen Handelsstaat zu errichten sondern der Einsicht, daß es nach dem Krieg notwendig sein wird auf eine überflüssige Einfuhr zu verzichten, um die innere Festigung unserer Volkswirtschaft nicht zu gefährden oder nicht zu sehr zu erschweren. Am leichtesten und wirksamsten werden wir von der Einfuhr manchen kostspieligen Postens späterhin absehen können, wenn wir die Produktion auf entsprechenden Gebieten im Inland planmäßig steigern. Nach den Erfahrungen der Mehl- und Brotversorgung während des Krieges kann ein erheblicher Teil unserer bisherigen Weizeneinfuhr als entbehrlich gelten, wir können auf den größten Teil der Petroleumeinfuhr ver-

zichten, wenn Gas- und Elektrizitätsversorgung nur einigermaßen organisiert werden, wir brauchen die Gemüsezufuhr aus dem Ausland nicht und bei Erweiterung der Geflügelhaltung auch nicht die Einfuhr von Geflügel und Eiern. Damit ist die Liste des Entbehrlichen keineswegs erschöpft, aber die kurze Zusammenstellung läßt immerhin erkennen, was bei energischer Arbeit an Einfuhrprodukten fortfallen kann, ohne daß die Verbraucher darunter zu leiden hätten, während die Produktion und damit die gesamte Volkswirtschaft bei diesem Gang der Entwicklung zu wertvoller Steigerung und Verbesserung gebracht werden würde.

✕ **Ausfuhrregelung** ✕
 Den Ausfuhrverboten, die nach Kriegsausbruch erlassen und weiterhin ergänzt wurden, ist leider erst sehr spät eine gewisse Regelung der zugelassenen Ausfuhr gefolgt. Gut 1½ Kriegsjahre hindurch wurden wichtige Produkte von uns dem neutralen Ausland zu Preisen geliefert, die den Weltmarktverhältnissen durchaus nicht angepaßt waren, während das Ausland, bei vielfach rigoroser Handhabung seiner Ausfuhrverbote, für seine nach Deutschland gelieferten Waren rechte Liebhaberpreise bezahlt erhielt. Die Aktion gegen die sachlich unberechtigte Entwertung der deutschen Valuta veranlaßte uns endlich auch den Export verschiedener Erzeugnisse zu regeln. So kamen Ausfuhrverbände im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie zustande, die ihre Tätigkeit in Verbindung mit den in Betracht kommenden amtlichen Stellen ausüben. Neuerdings ergingen für eine Reihe von Eisenprodukten Ausfuhrverbote, die durch Ausfuhrbewilligungen gemildert wurden. Für die Erteilung solcher Bewilligungen gelten als Voraussetzungen die Beibringung einer Unschädlichkeitserklärung, das heißt eine eidesstattliche Bescheinigung, daß das Material im neutralen Ausland bleiben wird und weder direkt noch indirekt jemals in das feindliche Ausland geliefert werden kann, sodann der Nachweis eines Mindestpreises. Natürlich sind die Mindestpreise höher als die Preise der alten Kontrakte, die, soweit sie noch bestehen, von den deutschen Werken nach Aufhebung der Ausfuhrverbote erfüllt werden sollen. Die Werke haben sich gegenüber ihren Abnehmern im neutralen Ausland dazu bereit erklärt. Die deutschen Mindestpreise halten sich

in sehr angemessenen Grenzen, sie sind von den maßlosen Forderungen, die auf so manchem Gebiet vom Ausland beliebt wurden, weit entfernt. England läßt sich von seinen Alliierten für Montanerzeugnisse vielfach wesentlich höhere Preise zahlen als Deutschland sie von dem neutralen Ausland verlangt. Zwischen dem Stahlwerksverband und den holländischen Interessenten kam im Einverständnis mit den Reichsbehörden ein besonderes Abkommen über die Abwicklung alter Abschlüsse in Stabeisen zustande. Danach beträgt der Preis für Thomaseisen 190 Mark, für Siemens-Martin-Eisen 210 Mark pro Tonne, während die Inlandspreise auf etwa 145 bis 150 respektive 160 bis 165 Mark kommen. Tatsächlich sind in manchem neutralen Land die deutschen Montanwerke konkurrenzlos, sie könnten also sehr wohl mit der selben oder, bei der wirtschaftlichen Bedeutung ihrer Produkte, mit noch größerer Rücksichtslosigkeit verfahren, als es den Lieferanten des Auslands uns gegenüber möglich war. Preisvereinbarungen sind unter anderm auch noch von der chemischen Industrie für die Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse getroffen worden.

× **Banken** ×
 Englands Nachrichtendienst verbreitete in den letzten Wochen Meldungen über Zusammenbrüche deutscher Banken, die erfunden wurden, um der neutralen Welt den Eindruck einer finanziellen Erschöpfung Deutschlands vortäuschen zu können. In England nennt man dieses Verfahren finanzielle Feuerschiffe gegen Deutschland loslassen: ein System, das in den Napoléonischen Kriegen von England gegen Frankreich mit Eifer angewandt worden ist; die Gepflogenheiten von damals sind in ihrer Bösartigkeit vielleicht heute noch nicht ganz wieder erreicht. Inzwischen befinden sich die deutschen Banken aber in ausgezeichnetem Zustand. Von den Instituten, die in diesen Tagen Bilanzen für 1915 veröffentlichten, haben nicht wenige ihre Dividenden gegen das Vorjahr erhöhen können. So die Berliner Handelsgesellschaft die ihre von 5 auf 6%. Nach Sonderrückstellungen von 2 Millionen Mark ergibt sich bei dieser Bank ein Reingewinn von 8,40 Millionen, gegen 6,38 Millionen für das Jahr 1914, in dem bei ungemein vorsichtiger Bilanzierung noch Kriegsrückstellungen von 4 Millionen Mark vorgenommen wurden. Der B a r m e r B a n k-

verein Hinsberg, Fischer & Co. erhöht die Dividende von 5 auf 5½%. Von der Nationalbank für Deutschland, die im Vorjahr unter Entnahme von 8 Millionen aus den Reserven und unter Verzicht auf Dividendenverteilung 15 Millionen Mark für Abschreibungen verwendet hatte, wird für 1915 nach reichen Abschreibungen und Rückstellungen wieder eine Dividende von 4% verteilt. Der Aufräumungsprozeß im Vorjahr war übrigens nicht durch die Kriegsverhältnisse veranlaßt worden; die Umstände, die dazu führten, ergaben sich aus Verhältnissen, die lange vor dem Krieg eine Reinigung benötigt hätten.

Die Bilanzen der Banken beweisen auch die Hinfälligkeit der von deutschfeindlichen Zeitungen aus englischer Quelle geschöpften Behauptung, daß die deutschen Finanzinstitute gezwungen worden wären gewaltige Summen unserer Kriegsanzleihen zu übernehmen. Ende Dezember 1915 standen bei der Berliner Handelsgesellschaft Reichsanleihen und preußische Konsols mit 6,72, gegen 12 Millionen Mark im Vorjahr, zu Buch; bei der Mitteldeutschen Kreditbank, die für 1915 an der Dividende des Vorjahrs mit 5½% festhält, betragen die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten 5,7, gegen 4,9 Millionen Mark im Vorjahr, bei der Nationalbank 2,25, gegen 6,59 Millionen Mark im Vorjahr.

× **Tabakindustrie** ×
 In den Auseinandersetzungen über die neue Tabaksteuervorlage wird vielfach die alte Auffassung wiederholt, daß die Tabaksteuer die Entwicklung der Tabakfabrikation beeinträchtigt hätten. Insbesondere wird auf die Gestaltung der Verhältnisse nach der letzten Tabaksteuererhöhung im Jahr 1909 verwiesen. Daß 1909 die Tabakberufsgenossenschaft 174 713 Vollarbeiter mit einem Arbeitslohn von 107 652 747 Mark auswies, während sie 1910 165 772 Vollarbeiter mit einem Arbeitslohn von 101 920 672 Mark zählte, kann als beweiskräftig für die erwähnte Behauptung nicht gelten; denn im Jahr 1911 betrug die Zahl der Vollarbeiter bereits wieder 172 637, der Arbeitslohn 108 498 244 Mark, 1913 war weiter eine Steigerung bis auf 178 840 Arbeiter mit einem Arbeitslohn von 120 137 506 Mark zu verzeichnen. Nun wird allerdings der Einwand erhoben, daß nach der Entwicklung früherer Jahre die Zunahme der Arbeiterzahl ohne den

steuerlichen Eingriff von 1909 weiterhin erheblicher gewesen wäre. Dabei bleibt jedoch der Einfluß technischer Veränderungen unberücksichtigt; denn bei Ausdehnung größerer Betriebe mit besseren technischen Einrichtungen kann mit Stillstand oder sogar Rückgang der Arbeiterzahl wohl ein beträchtliches Produktionswachstum verbunden sein. Die Erträge der in Form von Aktiengesellschaften betriebenen Unternehmungen der Tabakindustrie lassen nach den Bilanzen keine schädliche Wirkung der Steuer von 1909 auf die Rentabilität erkennen, wie die nachfolgende Übersicht zeigt:

Aktiengesellschaft	Dividende in %									
	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914			
Bremer Zigarrenfabriken (Bremen)	8 1/2	10	10	10	10	10	12			
Kompanie Laterne (Dresden)	12	12	12	12	12	9	10			
Georg A. Jasmatzki (Dresden)	17	22	25	25	25	16	0			
Hamburger Zigarrenfabriken (Hamburg)	0	4	6	8	10	8	6			
Zigarettenfabrik Patria (Posen)	—	—	10	10	11	14	18			
Elsässische Tabakmanufaktur (Straßburg)	7 1/2	9	9	9	9	9	9			
Zigarettenfabrik Georgii & Harr (Stuttgart)	5	5	5	5	5	5	12			
Vereinigte Tabakindustrie (Hamburg)	0	0	0	0	0	0	0			
Wendts Zigarrenfabriken (Bremen)	20	24	22	27	27	24	27			

Bei der Jasmatzki-Gesellschaft ist der Dividendenrückgang auf besondere Umstände zurückzuführen. Die Gesellschaft war der Mittelpunkt des Tabaktrusts, gegen den ein Abwehrkampf der anderen Zigarettenfabriken organisiert wurde. Nach Ausbruch des Krieges kamen die Unternehmungen des englischen Jasmatzki-Konzerns unter staatliche Zwangsverwaltung; alsdann wurden sie an ein deutsches Kapitalkonsortium verkauft. Die Gewinne solcher Unternehmungen, die erst später in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden, vor allem Ziga-

rettenfabriken, bekunden gleichfalls eine Rentabilität, die den Durchschnittsgewinn der meisten anderen Industriezweige wesentlich übersteigt. So zahlte die Zigarettenfabrik Halpaus für 1914 eine Dividende von 15 %, die Zigarettenfabrik Konstantin für 1913 eine Dividende von 18 und für 1914 eine solche von 25 %. Auch in der Tabakindustrie ist die Erscheinung zu verzeichnen, daß steuerliche Maßnahmen nicht selten technische Fortschritte nach sich zu ziehen pflegen. Deshalb darf die volkswirtschaftliche Bedeutung vorübergehender Störungen durch Einführung neuer oder Erhöhung alter Steuern nicht überschätzt werden.

× Kurze Chronik Ein Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung ist errichtet worden; mit seiner Leitung wurde der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amts Ernst Delbrück betraut. × Die Regierung trat angeblick der Einführung einer Kontingentierungssteuer für Zement näher; und zwar sollen, um die Gründung neuer Zementfabriken zu erschweren, die Steuersätze für die Produktion neu entstehender Fabriken wesentlich höher normiert werden als für die bereits vorhandener Werke. × Mit einem Kapital von 2 Millionen Mark wurde die Kriegskakaogesellschaft in Hamburg begründet, an die gesamte Einfuhr von Kakao abzuliefern ist. × Der Absatz von Kali im Inland betrug im Jahr 1915 5,608 Millionen Doppelzentner; er übertraf den des Jahres 1914 um 0,23 Millionen. 1913 stellte sich der Absatz auf 6,043 Millionen Doppelzentner. Der Auslandsabsatz betrug 1915 1,191, gegen 3,662 Millionen Doppelzentner im Jahr 1914. × Die Abgabe von Zechengas für die Gasfernversorgung in Deutschland wird jährlich auf rund 200 Millionen Kubikmeter beziffert, das sind etwa 8 % unseres gesamten Gasverbrauchs. × Wie Kerzenfabriken berichten, sind sie mit ihren Preisforderungen niemals über 120 Mark für 100 Kilo hinausgegangen. Dagegen hat der Handel die Preise bis auf 300 und 320 Mark in die Höhe getrieben; es ist sogar verschiedentlich vorgekommen, daß der Zwischenhandel die einzelne Kerze zu 30 Pfennig verkaufte, für die der Fabrikant 7 Pfennig erlöste. × Nach einer Statistik der Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Feuerversicherungsge-

sellschaften wurden bei privaten Versicherungsgesellschaften Schäden über 100 000 Mark im Jahr 1915 121mal gegen 112mal im Vorjahr gezählt; die zahlreichsten Großschäden erlitt fast ausnahmslos das Webstoffgewerbe. × Im Jahr 1915 belief sich die Einfuhr Englands auf 756,466 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr auf 384,647 Millionen, so daß sich der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr auf 371,819 Millionen Pfund Sterling stellt.

Gewerkschaftsbewegung/Paul Kampffmeyer

England: Kriegsklasse
Im September 1915 nahm der englische Gewerkschaftskongreß in Bristol einstimmig eine Resolution gegen die Wehrpflicht an. In der Zwischenzeit schwenkten aber hervorragende Führer der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei in das Lager der Anhänger der Wehrpflicht über. Ja, einige einflußreiche Gewerkschaften selbst wurden in ihrer Haltung zur Wehrpflichtfrage unsicher. Deshalb wurde eine neue Stellungnahme der englischen Gewerkschaften zum *Militärzwang* notwendig. Am 6. Januar 1916 fand ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß in London statt. Auf ihm vertraten 1000 Delegierte 2,7 Millionen Gewerkschafter. Nach erregten Debatten stellte Bellamy (Eisenbahner) folgenden Antrag: »Der Kongreß bestätigt den Beschluß des Bristol Gewerkschaftskongresses aufs neue, der im Namen von über 3 Millionen Arbeitern gegen den zangsweisen Militärdienst protestierte. Er bedauert die Gefährdung der Einheit und Solidarität der Nation, die Bedrohung der industriellen und politischen Freiheit durch das vorgeschlagene System, gegen das er aufs allernachdrücklichste protestiert, und dem er mit jedem in seiner Macht liegenden Mittel entgegenzutreten entschlossen ist. Der Kongreß drückt seine Befriedigung über den hervorragenden Erfolg des Aufrufs zur freiwilligen Gestellung aus, der in so kurzer Zeit unserm Land eine Armee von 4 Millionen freier Männer verschafft hat, und er ist der bestimmten Meinung, daß keine Veranlassung für zeitweisen oder andauernden Militärzwang vorlag, den wir als ersten Schritt einer allgemeinen Annahme eines schlechten Prinzips erachten. Wir erklären, daß alle für militärische und industrielle Zwecke nötigen Leute durch Fortsetzung des Freiwilligensystems aufgebracht werden können. Der Kongreß

ist ferner der Ansicht, daß die Vorschläge der Regierung ein wirtschaftliches Unheil für das Leben der Nation bedeuten, erklärt seinen Widerstand gegen die Vorlage und empfiehlt der Arbeiterfraktion sie in allen Beratungsstufen zu bekämpfen.«

Dieser Antrag Bellamys war gegen den gemeinsamen Antrag des Ausschusses des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses, des Verwaltungskomitees des Gewerkschaftsbunds und des Vorstands der Arbeiterpartei gerichtet, gegen einen Antrag, der die Abstimmung über die Wehrpflicht den Mitgliedern der Arbeiterfraktion im Unterhaus freistellen wollte, und der so der Bristoler Resolution eigentlich die Spitze abbrach. Der Gegenantrag Bellamys, der die Resolution der Vorstände der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei vereint, wurde mit 1 715 000 gegen 934 000 Stimmen angenommen. Hierauf wurde der Antrag gestellt den Gegenantrag zur Resolution zu erheben und darüber abzustimmen. Das Ergebnis war: Für Bellamys Resolution 1 998 000 Stimmen, gegen die Resolution 783 000 Stimmen. Also eine Mehrheit von 1 215 000 Stimmen.

Für den 14. Januar hatten die Bergarbeiter eine Konferenz zusammenberufen, um sich über die Wehrpflichtbill schlüssig zu werden. Nach einer Meldung des Daily Telegraph entschieden sich 720 000 Stimmen gegen die Wehrpflicht und nur 40 000 für diese. Der Ausschuß beschloß darauf in der zusammentretenden Nationalkonferenz eine Resolution vorzulegen, die den schärftsten Widerstand gegen jede Form eines Staatszwangs ankündigt. Nach einem Londoner Telegramm vom 17. Januar nahm der Ausführende Ausschuß des Eisenbahnverbandes eine scharfe Resolution gegen die Wehrpflicht an. In dem Beschluß heißt es, die Bill begründe die Konfiskation des Lebens der Bürger, ließe aber die materiellen Hilfsquellen der Nation in den Händen einer privilegierten Klasse. »Wenn die Regierung nicht zunächst jede Art von Kapital konfisziert, so werden wir mit allen Mitteln die Konfiszierung der Männer, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist, bekämpfen.« Der ausführende Ausschuß des Gewerkverbands der Lokomotivführer und Heizer stimmte ebenfalls einem Antrag zu, der jede Art militärischer Dienstpflicht bekämpft. Am 26. Januar trat die britische Arbeiterpartei zu ihrem Jahreskongreß in Bristol zusammen. Das Rück-

grat dieser Partei bilden bekanntlich die Gewerkschaften, denn ihr gehören 73 Gewerkschaftsverbände mit 2,5 Millionen Mitgliedern an. Der Jahresbericht der Arbeiterpartei behandelt vor allem ihre Haltung zum Krieg, zu den Soldatenwerbungen und zum Koalitionsministerium. Zum Schluß hebt der Bericht hervor: »Die Fraktion hat selbstverständlich die Regierung in der Kriegführung allgemein unterstützt; sie hat für sämtliche Kriegskredite gestimmt, da sie der Ansicht ist, daß jetzt der Hauptzweck sei den Krieg zu einem schnellen und erfolgreichen Abschluß zu bringen.«

Die erste auf dem Kongreß eingebrachte Resolution, die angeblich völlig mit der im September 1915 vom Bristolser Gewerkschaftskongreß angenommenen Resolution übereinstimmen sollte, hatte folgenden Wortlaut: »Obwohl der Kongreß, in Übereinstimmung mit den in früheren Jahren geäußerten Ansichten, alle Systeme des dauernden Militarismus als eine Gefahr für den menschlichen Fortschritt bekämpft, so ist er der Ansicht, daß die gegenwärtige Aktion Großbritanniens und seiner Regierung vollständig gerechtfertigt ist. Der Kongreß gibt seinem Abscheu Ausdruck über die von Deutschland und seinen Verbündeten verübten Grausamkeiten durch den gefühllosen und brutalen Mord von Nichtkämpfern, einschließlich Frauen und Kindern. Der Kongreß verpflichtet sich hierdurch so weit als nur möglich die Regierung in der erfolgreichen Fortsetzung des Krieges zu unterstützen.« Diese Resolution, die mit 1 502 000 gegen 602 000 Stimmen beschlossen wurde, weicht in einem wesentlichen Punkt von der Resolution der gewerkschaftlichen Septembertagung des Jahres 1915 ab. Im September verurteilte der Gewerkschaftskongreß »alle Systeme des Militarismus«, die Arbeiterpartei dagegen nur »alle Systeme des dauernden Militarismus«. Die Gewerkschaftsführer schlugen durchweg sehr scharfe Töne gegen Deutschland an und bekämpften zum Teil heftig die versöhnliche, gegen die Völkerverhetzung gerichtete Haltung der Unabhängigen Arbeiterpartei. So führte der Bergarbeiterführer Gilmour aus: »Ich spreche im Namen sämtlicher Bergarbeiterdelegierten und behaupte, daß die Agitation der Unabhängigen Arbeiterpartei nur den Deutschen nütze.« In die selbe Kerbe hieb der Arbeiterabgeordnete und Redakteur des Organs der Eisenbahner, Wardle. Dagegen zog der Eisenbahner

Bellamy gegen die Resolution zu Felde, die er für eine summarische Gutheißung der Regierungspolitik hielt.

Auf Antrag A. G. Walkdens, des Vertreters des Eisenbahnbureauhilfenvereins, billigte die Arbeiterpartei die Mitwirkung der Arbeiterfraktion an dem Werbefeldzug mit 847 000 gegen 206 000 Stimmen.

Im Widerspruch zu dem Antrag über Militarismus stand eigentlich der später eingebrachte Antrag des Stadtrats Stanton, der folgenden Wortlaut hatte: »Die Arbeiterpartei erhebt nachdrücklichen Einspruch gegen die Einführung des Militärzwangs in irgendeiner Form, da eine derartige Maßregel gegen den Geist der britischen Demokratie und voll von Gefahren für die Freiheiten des Volkes ist.« Nun erhob sich zum Teil eine recht leidenschaftliche Opposition gegen die Wehrpflichtvorlage. So betonte Robert Smillie, der Präsident der Bergleute, die vom Kongreß angenommene Resolution über den Militarismus bedeute keineswegs eine Gutheißung des Wehrpflichtgesetzes, ja, eine Vertreterin des Arbeiterinnenbundes, Marion Philips, stellte den Antrag: »Der Kongreß erklärt seine Opposition gegen den Wehrpflichtentwurf und beschließt, wenn er zum Gesetz erhoben wird, für dessen Abschaffung zu agitieren.« Schließlich kam (der Antrag Stanton war vorher schon mit überwältigender Majorität angenommen worden) folgende Abstimmung zur Dienstpflichtvorlage zustande: »Der Kongreß erklärt seine Opposition gegen den Wehrpflichtentwurf.« Er wurde mit 1 716 000 gegen 360 000 Stimmen angenommen. Der 2. Teil des Antrags lautet: »Und beschließt, wenn er zum Gesetz erhoben wird, für dessen Abschaffung zu agitieren.« Die stark oppositionellen Bergarbeiter enthielten sich der Abstimmung; deshalb ging die Zahl der Abstimmenden bei dem 2. Antrag um 700 000 bis 800 000 Stimmen herab. Der Kongreß billigte ferner mit 1 674 000 gegen 269 000 Stimmen den Eintritt der Arbeitervertreter ins Ministerium. An diesen Antrag knüpfte sich eine lebhafte Diskussion über die Frage, ob die Arbeitervertreter im Ministerium weiter verbleiben sollten. Hervorragende Arbeiterführer wandten sich gegen diesen Antrag. Schließlich wurde folgender Antrag Harry Goslings, des Vorsitzenden des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses, mit 1 622 000 gegen 495 000 Stimmen angenommen: »Angesichts der beispiellosen

Lage, in der das Land sich befindet, ist der Kongreß der Ansicht, daß den Interessen der Nation am besten gedient ist, wenn die Arbeiterminister auch fernhin in der Koalitionsregierung verbleiben.«

Sehr erbittert war die Opposition der in ihrem Grundcharakter eigentlich gewerkschaftlichen Arbeiterpartei gegen das Munitionsgesetz. Das beweist die Annahme des folgenden Antrags Margaret Bondfields, der Vertreterin der Ladengehilfen und der Unabhängigen Arbeiterpartei, gegen nur 1 Stimme: »Der Kongreß fordert eine gründliche Verbesserung des Munitionsgesetzes, um zu verhindern, daß man den Krieg als Vorwand gebraucht die Arbeiter einem stärkern wirtschaftlichen Zwang zu unterwerfen; der Kongreß verlangt deshalb die Wiederherstellung des freien Arbeitsvertrags und die Abschaffung des Abgangszeugnisses; er verlangt, daß man den Arbeitern einen wirklichen, verantwortlichen Anteil an der Leitung der Munitionsfabriken einräumt. Da der Krieg zu reaktionären Zwecken benutzt wird: zur Beschränkung der Meinungsfreiheit, zur stärkern Heranziehung der Kinderarbeit, zur Vernichtung der Arbeiterschutzgesetze und zur Einbürgerung des wirtschaftlichen Zwangs, so legt der Kongreß den Arbeitern ans Herz im Interesse der Gegenwart und der Zukunft in der Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Freiheiten wachsam und tatkräftig zu bleiben.«

Die Union of Democratic Control, der E. D. Morel, Trevelyan, MacDonald, Norman Angell angehören, wagte dann einen Vorstoß gegen die englische Regierungspolitik und unterbreitete folgenden Antrag: »Die Regierung darf keine Einverständnisse und Vertragsverpflichtungen im Namen Großbritanniens eingehen, ohne die Bestätigung des Parlaments erhalten zu haben. Es sollen Anstalten getroffen werden, um dem Parlament die Möglichkeit zu geben die auswärtige Politik zu beaufsichtigen. Der Zweck der englischen auswärtigen Politik soll die Herstellung eines europäischen Konzerts sein. Die Herabsetzung der Rüstungen soll eine der Friedensbedingungen bilden.« Der Antrag wurde mit 1 045 000 gegen 688 000 Stimmen verworfen.

Die Beschlüsse der Tagungen der Gewerkschaftskongresse und der Arbeiterpartei sind wichtige geschichtliche Dokumente zur Beurteilung der Haltung der englischen gewerkschaftlichen Ar-

beiter zum Weltkrieg. Deshalb ist auf diese Beschlüsse näher eingegangen worden. Die Haltung der Gewerkschaften ist durchweg scharf nationalistisch und deutschfeindlich (siehe auch den Artikel Leuthners, in diesem Band, pag. 198 ff.). In vollem Einklang mit dieser Stellungnahme der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft steht das Verhalten der Arbeiterpartei Stanton und Welsh zu der friedensfreundlichen Kundgebung des Abgeordneten Snowden im englischen Unterhaus am 24. Februar. Die britische Arbeiterpartei, das heißt also eigentlich die parlamentarische Vertretung der englischen Gewerkschaften, unterstützte diese Kundgebung nicht nur nicht, sie wies sie vielmehr in schroffster Form zurück. So führte der Arbeiterpartei Welsh aus, »daß es verfrüht sei von Friedensanerbietungen zu sprechen, bevor Deutschland seine Missetaten eingestanden« hätte, und Stanton protestierte direkt gegen die Haltung Snowdens und versicherte dem Haus, 95% der Arbeiter seien der Regierung gegenüber loyal.

× **Syndikalismus** Eine sehr charakteristische Erscheinung brachte dieser allesumwälzende Weltkrieg zum Ausdruck: eine gewisse Kriegsfreudigkeit bestimmter anarchistischer Syndikalisten und ihre feindliche Stellung gegenüber dem *Militarismus* der Zentralmächte. Gleich beim Kriegsbeginn erklärte es Peter Krapotkin in einem offenen Brief an Gustaf Steffen »für die wichtigste Pflicht des europäischen Proletariats den deutschen Imperialismus zu vernichten und dessen Vordringen nach Westeuropa Einhalt zu tun«, denn der Sieg der deutschen Waffen würde »für ganz Europa ein Jahrhundert härtester Reaktion« bedeuten. Daß der Krieg kommen werde, so betonte Krapotkin, habe er vorausgesehen und daher im vorigen Jahr seinen französischen Gesinnungsgenossen geraten den Widerstand gegen die 3jährige Dienstzeit aufzugeben. Die gleiche deutschfeindliche Gesinnung wie Krapotkin offenbarte auch der holländische Syndikalist J. Cornelissen. Er trieb eifrig Propaganda für den Eintritt in den Kampf gegen Deutschland. Im Januar dieses Jahres predigte der anarchistisch-syndikalistische Theoretiker Jean Grave in der Bataille die ungehemmte Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland, denn jetzt für den Frieden zu arbeiten hieße Deutschlands Pläne und die Militarisierung Europas

fördern. Vor allem müsse die »formidable Maschine der Eroberungen und Beraubungen« (das ist nach Jean Grave Ansicht der deutsche Generalstab) zerschmettert und für immer unschädlich gemacht werden. Die deutschen Sozialisten, die wieder mit dem internationalen Proletariat in Beziehungen treten wollen, müßten die Revolution in Deutschland machen und den *Imperialismus* und *Militarismus* stürzen.

Im Gegensatz zu Jean Grave ist der Syndikalist Merrheim ein eifriger Förderer internationaler Friedensbestrebungen. Er hat dem Pariser Korrespondenten des Labour Leader eine ausführliche Darstellung über den Arbeitszwang in den französischen Munitionsfabriken gegeben. In diesen Fabriken seien durchweg die Gewerkschaftsbedingungen über Lohn und Arbeitszeit aufgehoben worden. Der Kriegsminister Millerand habe einer Deputation der Metallarbeiter offen erklärt: »Es gibt jetzt keine Arbeiterschutzgesetze.« Merrheim richtete eine Warnung an die britischen Arbeiter vor dem Militärzwang, denn dieser wäre der erste Schritt zur industriellen Sklaverei und das Ende der Aktionsfreiheit der Arbeiter. Die britischen Genossen sollten wissen, daß in Frankreich nur der das Recht habe seine Meinung zu äußern, der für den Krieg bis zum bitteren Ende ist. Die Arbeiter hätten keine Meinungsfreiheit mehr, ihre Aktionen wären verboten, und ihre Proteste würden erstickt und durch Kriegsgerichte erdrückt.

In Italien hat der Krieg tiefe Spaltungen in der syndikalistischen Bewegung hervorgerufen; zahlreiche Syndikalistensind eifrige Schürer des Krieges und leben in heftiger Fehde mit ihren *neutralistischen* Gesinnungsgenossen.

× **Kurze Chronik** Am 14. Januar richtete die Generalkommission der Gewerkschaften

Deutschlands eine Petition betreffend den Kleinwohnungsbau an das preußische Abgeordnetenhaus. × Die Arbeitslosenstatistik des Bauarbeiterverbandes erstreckte sich am 17. Januar auf 82 060 Mitglieder. Von diesen waren 3031, das sind 3,69 % arbeitslos. × Das Korrespondenzblatt der Generalkommission brachte am 19. Februar einen instruktiven Aufsatz über die englischen Arbeiterverhältnisse im Jahr 1915. Die Labour Gazette konstatierte, daß die Arbeitslosigkeit der englischen Arbeiter gegenüber dem Vorjahr, mit

einzigster Ausnahme der Lederindustrie, gesunken sei. Mit dem Beginn des Jahres 1915 setzte mit der Steigerung der Lebensmittelpreise eine Aufwärtsbewegung der Löhne ein, namentlich in den für den Kriegsbedarf beschäftigten Industrien. Bei 646 904 Arbeitern wurde eine Lohnerhöhung um 13,8 % festgestellt. Der Redakteur des *Federationist*, des Organs der Landeszentrale der englischen Gewerkschaften, machte aber in der Justice darauf aufmerksam, daß jetzt von etwa 19 Millionen Lohnarbeitern des Landes rund 3 Millionen unter Waffen seien; von den restlichen 16 Millionen hätten höchstens 4 Millionen, und auch davon nicht mehr als die Hälfte in stärkerem Maß, Lohnerhöhungen durchsetzen können. Ein amtlicher englischer Bericht teilt Lohnerhöhungen im Kohlenbergbau von 15½ bis 18¼ % mit, Stücklohnerhöhungen im Maschinen- und Schiffsbau von 10 % usw. Diesen Lohnerhöhungen stehen freilich auch erhebliche Steigerungen der Lebensmittelpreise gegenüber. In Lohnbewegungen traten in England 1915 445 936 Arbeiter ein. Durch diese Bewegungen gingen 2 969 700 Arbeitstage verloren.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Kriegsgewinnsteuer Bei der Beratung der Kriegsgewinnsteuer, die am 20. Dezember 1915 im Reichstag stattfand, äußerte sich der Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich auch zu der Frage der Heranziehung der Genossenschaften zu dieser Steuer. Prinzipiell sollen diesmal die Genossenschaften, im Gegensatz zum Vorgehen bei dem Wehrbeitrag vor 4 Jahren, mit ihren Gewinnen zu der Steuer herangezogen werden. Die Grundsätze, nach denen dies geschehen soll, sind durchaus zu billigen. Sie wurden vom Reichsschatzsekretär in folgender Weise präzisiert: »Alle diese Gesellschaften, die hier in Frage kommen, haben Mitglieder und haben ein Kapital, wie jede andere Genossenschaft oder Gesellschaft auch. Der Gewinn, der hier erzielt wird, wird zum Teil verwendet, um bei Verwertungsgenossenschaften Nachzahlungen zu den Abschlagspreisen, die von vornherein gezahlt wurden, zu gewähren oder bei Einkaufsgenossenschaften, um an die Mitglieder eine Rückvergütung zu gewähren auf den Preis der von ihnen bezogenen Waren. In beiden Fällen handelt es sich um die Verwendung eines Teiles des erzielten Gewinn-

nes, nicht pro rata des Kapitals der Gesellschaft sondern im Verhältnis der von den Gesellschaftern, sei es zur gemeinsamen Verwertung eingelieferten Waren, sei es der von dem gemeinschaftlichen Einkauf bezogenen Waren. Die Gesellschafter erhalten diesen Teil des Gewinnes nicht in Rücksicht auf die Höhe ihrer Kapitaleinlage sondern im Verhältnis zu den von ihnen bezogenen Waren. Dieser Teil des erzielten Gewinns hätte aus dem Geschäftsgewinn im Sinn des vorliegenden Gesetzes auszuscheiden, der der Besteuerung zugrunde zu legen ist. Als Geschäftsgewinn, der hier der Besteuerung zugrunde liegt, wollen wir 'nur denjenigen Teil des Gewinnes behandeln, der, wie die Dividenden bei den Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, pro rata des von den Gesellschaftern eingezahlten Kapitals verteilt wird. Ich glaube, das ist eine klare und genaue Unterlage, und wir werden diese in den Ausführungsbestimmungen ausdrücklich festlegen.« Damit würde also die Rückvergütung respektive der Rabatt der Konsumvereine logischerweise von der Kriegsgewinnsteuer nicht getroffen werden.

× Kriegsmaß- nahmen

× Das zweite Kriegsjahr hat die Konsumvereine in gewisser Beziehung in eine schwierigere Lage versetzt als das erste. Hatten sie im ersten Jahr noch mit selbst eingekauften oder durch ihre Großverkaufsgesellschaft bereitgehaltenen Waren zu rechnen, so sind sie jetzt, wie andere Geschäfte auch, für eine ganze Reihe gerade der wichtigsten Artikel auf die öffentlichen (staatlichen oder städtischen) Verteilungsstellen und Verkaufsgenossenschaften angewiesen, die ihnen zu bestimmten Preisen die Waren ablassen, die wiederum zu den behördlich festgesetzten Höchstpreisen abgegeben werden müssen. Die Spanne zwischen beiden ist ziemlich gering, und wenn sie auch unter allen Umständen die Geschäftskosten deckt, so genügt sie doch vielfach nicht, um noch die übliche, mancherorts recht hohe, Rückvergütung herauszuwirtschaften.

Der Verein mitteldeutscher Konsumvereine hat sich zuerst mit den Schwierigkeiten, die hierdurch entstanden, beschäftigt und beschlossen in seinen einzelnen Einkaufsvereinigungen Konferenzen über die Frage abzuhalten. Zu diesen hat der Verband eine Anzahl Richtlinien aufgestellt. Zunächst wird empfohlen überhaupt keine Rückvergü-

tung zu verteilen, falls der Geschäftsertrag ein niedriger ist; auch diejenigen Vereine, die sich statutengemäß ihren Mitgliedern gegenüber zur Auszahlung eines bestimmten Rabatts verpflichtet haben, sollten in den nächsten Generalversammlungen entsprechende Aufklärungen geben und die Mitglieder zum Verzicht auffordern. Die Gewährung von Vorschüssen auf die Rückvergütung, die in manchen Vereinen sehr eingegrissen ist, ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Auf keinen Fall sind Reserven zur Verteilung von Rabatt oder Rückvergütung zu verwenden. Es sollen im Gegenteil die Reserven auch in der Kriegszeit gestärkt und die Abschreibungen auf Mobilien und Immobilien reichlich vorgenommen werden. Die Warenbestände sind so in die Bilanz einzusetzen, daß spätere Konjunkturverluste gedeckt sind. Falls auf einzelne Waren keine Marken abgegeben werden, ist für ausreichende Kassenkontrolle zu sorgen.

Alle diese Maßnahmen sind sehr vernünftig und sollten in allen Konsumvereinen beachtet werden.

× Lebensmittel- versorgung

× In der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse gibt Dr.

Klutmann (Essen) eine Anzahl Anregungen, die die Heranziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung betreffen. Die behördlicherseits bis jetzt zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen leiden nach Klutmann an dem Nachteil, daß sie sich nur auf die Verteilung und Preisregulierung der Nahrungsmittel erstrecken, nicht aber auch auf die Erzeugung selbst. Hier können nun die landwirtschaftlichen Genossenschaften die über wirtschaftlich geschulte, einsichtige Mitglieder verfügen, helfend eingreifen.

Eine besonders wichtige Aufgabe fällt den Viehverwertungs-genossenschaften zu. Indem sie sich allgemein um die Verwertung der Schweine bemühen, können sie dem Übelstand abhelfen, daß die für den Schlachtort festgesetzten Höchstpreise, die eine genügend lohnende Aufzucht ermöglichen, durch den Zwischenhändler so gedrückt werden, daß für den Landwirt ein nicht mehr lohnender Preis herauskommt. Ferner können die Viehverwertungs-genossenschaften mit den städtischen Verwaltungen und den größeren Konsumgenossenschaften Lieferungsverträge abschließen, wie sie dies bisher schon zur

beiderseitigen Zufriedenheit mit der Heeresverwaltung getan haben. Vor allem aber sollten sie ihren Einfluß auf ihre Mitglieder dahin geltend machen, daß diese auf eine Steigerung der Mast zur Beseitigung des Fleisch- und Fettmangels bedacht sind. Klutmann erwartet von den Genossenschaftsmitgliedern so viel Gemeinsinn, daß sie solchen Erwägungen sehr wohl zugänglich sein werden.

Aber auch die Molkerereigenossenschaften können ihr Teil zur Sicherung unseres Lebensmittelbedarfs beitragen, indem sie sich in tatkräftigster Weise um die Erhaltung der Buttererzeugung und der Milchversorgung der Städte bemühen und dabei »alles ausschalten, was auch nur den Schein einer Ausnutzung der derzeitigen Lage trägt«. Wenn irgend möglich, sollten die Molkerereigenossenschaften keine Änderung in der Art ihrer Milchverwertung eintreten lassen, also nicht, weil dies lohnender, von der Milchversorgung zur Butterbereitung oder zur Herstellung von kondensierter Milch usw. übergehen. Auch sollten sie ihre Mitglieder darüber aufklären, wie diese mit den vorhandenen Futtervorräten am besten auskommen können. Endlich wünscht Klutmann noch eine Einbeziehung der Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften in die mannigfachen Ausschüsse und Preisprüfungskommissionen.

× Schweiz: Warenbeschaffung ×
 Am 30. Januar haben die schweizerischen Konsumvereine einen wichtigen Schritt vorwärts in der Organisierung der gemeinsamen Warenbeschaffung durch Gründung einer Milcheinkaufsgenossenschaft getan. Diese Gründung ist der logische Abschluß eines sich durch viele Jahre hinziehenden Milchkriegs zwischen den schweizerischen Milchproduzenten und Konsumenten. Er bewirkte auf seiten der Produzenten die Schaffung eines Zentralvorstands schweizerischer Milchproduzenten, der mit Erfolg bemüht war sämtliche Milchgenossenschaften der Schweiz in eine straffe Organisation zu bringen. Auf der andern Seite wurde die schon lange geplante Vereinigung der Konsumenten durch den Krieg beschleunigt, der zu einem Verbot des Verkaufs und Ankaufs von Milch und Hartkäse auf Lieferung ab 1. Mai 1916 führte, wodurch Preistreibereien auf dem Milchproduzentenmarkt vorgebeugt werden sollte. Zweifellos wird dies den Anlaß

zu einer raschen Verständigung aller Produzenten geben. Demgegenüber mußten nun auch die Konsumenten an ein einheitliches Vorgehen denken, zumal der Bundesrat den Wunsch nach einer Verständigung der beiden Interessengruppen geäußert hatte. So wurde denn in Basel die Milcheinkaufsgenossenschaft schweizerischer Konsumvereine ins Leben gerufen, die für die angeschlossenen Mitglieder die Deckung des Bedarfs an frischer Milch, eventuell an Milchprodukten, durch gemeinsamen Einkauf des Milchbedarfs und durch gemeinsamen Betrieb von Unternehmungen zur Verwertung von Überschußmilch in die Hand nehmen soll. Bei der Gründung waren 21 Vereine vertreten, die einen Tagesbedarf von 136 000 Liter repräsentieren. Jedes Mitglied ist zur Übernahme von mindestens 1 Anteilsschein von 1000 Franken verpflichtet, wovon 50 % einzuzahlen sind.

Die vor einigen Jahren infolge des Krieges mit den Privatmüllereien gegründete M ü h l e n genossenschaft schweizerischer Konsumvereine hat sich auch im letzten Jahr weiter gut entwickelt. Die Zahl der angeschlossenen Vereine stieg um 35 auf 122, während sich das Anteilskapital um 36 000 Franken auf 621 000 und der Umsatz um 3 000 000 auf 9 605 232 Franken vermehrte. Diese Umsatzsteigerung kommt auf Konto der Preiserhöhung des Getreides. Denn es wurden nur 5137 Quarter Weizen mehr als im Jahr 1914, im ganzen 197 305 Quarter vermahlen. Daneben wurden 22 922 Quarter californischen Weißmehls gehandelt. Trotz erhöhten Betriebskosten und einer Steuerleistung in Höhe von rund 30 000 Franken verfügt die Genossenschaft nach Verzinsung ihrer Anteile über einen Überschuß von 207 076 Franken. Nach dem Vorschlag der Verwaltung sollen davon 120 000 Franken dem Amortisationskonto, 50 000 dem Reservefonds und 10 000 dem Dispositionskonto überwiesen werden. Dadurch würden die Gesamtreserven der Genossenschaft die Höhe von 530 000 Franken erreichen. Das Jahr 1916 bringt durch Einführung eines neuen Lohntarifs eine schwere Belastung des Unternehmens, die auf 156 000 Franken pro Jahr berechnet wird.

Mit einem bemerkenswerten Erfolg für die organisierten Konsumenten hat der Kampf zwischen dem Verband schweizerischer Konsumvereine und dem Syndikat der schweizerischen Schokoladenfabriken geendet. Wie erinner-

lich wollte das Syndikat die Konsumvereine zu Boden zwingen, indem es die Gewährung eines Großhandelsrabatts von dem ausschließlichen Kauf von Syndikatsschokolade abhängig machte. Die schweizerische Delegiertenversammlung vom Februar 1914 beschloß daraufhin überhaupt keine Syndikatsschokolade mehr zu kaufen, sondern in den Fabriken, die dem Syndikat nicht beigetreten waren, Ersatzmarken in eigener Packung herstellen zu lassen. Angesichts der durch den Krieg geschaffenen kritischen Lage ist der Verband schweizerischer Konsumvereine nun mit dem Schokoladentrust in Verhandlungen eingetreten, die zu dem Ziel geführt haben, daß der Trust die seinerzeit aufgestellten Bedingungen zurückgezogen hat. Die von ihm beziehenden Konsumvereine können also auch bei ringfreien Fabrikanten kaufen, ohne eine Benachteiligung hinsichtlich der Umsatzprämie befürchten zu müssen. Daneben werden sie aber ihre eigenen Co-op-Packungen weiter führen dürfen. Ein schöner Erfolg.

× **Kurze Chronik** Der Umsatz der Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahr 1915 ist bereits festgestellt worden. Er betrug im ganzen 3 856 932 Mark, das ist 365 487 Mark weniger als im Vorjahr. An dem Gesamtumsatz war die Abteilung Druckerei und Papierwarenfabrik mit 3 165 387 Mark (3 390 501 im Vorjahr), die Versicherungsabteilung mit 614 724 (727 744) und das Elektrizitätswerk mit 76 821 (104 174) Mark beteiligt. × Der Reichsverband deutscher Konsumvereine mit dem Sitz in Köln-Mülheim umfaßte Ende 1914 185 Vereine (gegen 159 Ende 1913), die 177 358 (143 444) Mitglieder zählten und einen Totalumsatz von 62 203 060 (43 481 447) Mark erzielten, wovon 11 487 355 (9 718 670) Mark durch die Großverkaufszentrale bewältigt wurde. 16 Vereine betreiben Eigenproduktion im Wert von 4 666 967 Mark. × Wie die Konsumgenossenschaftliche Rundschau mitteilt, sind in etwa 200 Preisprüfungsstellen Genossenschaftler tätig, die dem Zentralverein deutscher Konsumvereine angehören. × Die englische Großverkaufsgesellschaft hatte im Jahr 1915 nach vorläufigen Mitteilungen einen Umsatz von 878 628 000 Mark, das ist 166 447 000 Mark oder 23,3 % mehr als im Vorjahr. × Das russische Industrie- und Handelsministerium hat den Entwurf

eines neuen Genossenschaftsgesetzes fertiggestellt, das den neu zu gründenden Konsumvereinen die Pflicht der Anmeldung an Stelle des bisher üblichen Nachschutzens um Genehmigung auferlegt. × Am 21. Januar schloß sich der Oldenburger Konsumverein der Reihe der 50jährigen Jubilare an. Die im Kriegsjahr 1866 vom lokalen Arbeiterbildungsverein gegründete Genossenschaft, die schon 1887 eine eigene Bäckerei, 1909 eine Mühle und 1910 eine eigene Schlächterei errichtete, hatte im Jahr 1914 bei 5692 Mitgliedern einen Umsatz von 2 819 621 Mark.

× **Literatur** Dr. Karl Bittel trägt in einem Buch über E d u a r d Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung /München, Duncker & Humblot/ eine Ehrenschild der deutschen Konsumvereinsbewegung an ihren Gründer und ersten Theoretiker ab und erschließt uns gleichzeitig die Kenntnis eines interessanten Stückes deutscher Genossenschaftsgeschichte. Ein eigentümliches Geschick hat es gewollt, daß die Rolle, die Pfeiffer in dieser Bewegung gespielt hat, so lange fast gänzlich in Vergessenheit geraten konnte, so daß man in der deutschen Genossenschaftsliteratur den Namen dieses Mannes kaum nebensächlich und jedenfalls unter nicht annähernd zutreffender Würdigung des von ihm Geleisteten erwähnt findet. Erst gelegentlich seines 80jährigen Geburtstags brachte die Fachpresse über seine vielseitige Wirksamkeit einige orientierende Artikel (siehe auch diese Rundschau, 1915, 3. Band, pag. 1367). Und doch haben wir in Pfeiffer etwas wie einen deutschen Owen, einen Mann, der mit einer nie versagenden Menschenliebe das Talent des Organisators und des weitausschauenden Theoretikers verband. Pfeiffers genossenschaftliche Wirksamkeit fällt hauptsächlich in die sechziger Jahre. Sie beginnt 1863 mit der Veröffentlichung des Buches Über Genossenschaftswesen: Was ist der Arbeiterstand in der heutigen Gesellschaft, und was kann er werden? /Leipzig, Wigand/. In diesem Werk stellt Pfeiffer nach einer scharfen Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse eine Theorie des genossenschaftlichen Sozialismus auf, die, wenn sie mehr bekannt gewesen wäre, direkt als Grundlage der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung, die Ende der neunziger Jahre begann, hätte dienen können. Jedenfalls erscheint die Theo-

rie unerhört fortgeschritten gegenüber der damals von Schulze-Delitzsch und später Richter und Crüger vertretenen Auffassung von den Aufgaben der Konsumvereine. Pfeiffer stellt den damaligen nur als Sparvereine gedachten Organisationen dieser Art die Konsumgenossenschaft gegenüber, die die Grundlage zu einem ganzen Genossenschaftsbau bildet, der später einer der wichtigsten Träger des Befreiungskampfs der Arbeiterklasse aus den kapitalistischen Fesseln werden soll. Freilich waren Pfeiffer damals die Genossenschaftstheorien Owens, Saint-Simons, Fourniers, Louis Blancs usw. bekannt, ebenso wie er die englischen Konsumgenossenschaften, speziell die Schöpfung der Rochdaler Pioniere, und die französischen Genossenschaften aus eigener Anschauung kannte. Kann also seinen Ideen nicht absolute Originalität zugesprochen werden, so gebührt ihm doch das Verdienst als erster in Deutschland eine Auffassung vertreten zu haben, die erst ein Menschenalter später, und auch dann nur unter schweren Kämpfen gegen die im Allgemeinen Verband herrschenden Ansichten, sich durchsetzen konnte. Mindestens ebenso hoch wie die theoretische ist die praktische Wirksamkeit Eduard Pfeiffers anzuschlagen. 1864 gründete er im Anschluß an den Stuttgarter Arbeiterbildungsverein, dessen Vorsitzender er war, den Stuttgarter Konsumverein, den er zu einer Mustergenossenschaft herauszubilden bemüht war. Und daran schlossen sich Jahre einer eifrigen Wanderpropaganda, die ihn als Genossenschaftsgründer von Stadt zu Stadt führte, und einer lebhaften schriftstellerischen Agitation in den verschiedensten Zeitschriften. Im Auftrag des Ständigen Ausschusses des Vereinstags deutscher Arbeitervereine verfaßte Pfeiffer im Jahr 1865 ein kleines Handbüchlein (Die Konsumvereine, ihr Wesen und Wirken) nebst einer praktischen Anleitung zu deren Gründung und Einrichtung, das eine außerordentliche Verbreitung fand, 1867 ins Französische übersetzt wurde und 1869 bereits eine 2., umgearbeitete und vermehrte Auflage erlebte. Die Gründung zahlreicher Konsumvereine in ganz Deutschland ist auf die Werbetätigkeit Pfeiffers und seiner Schriften zurückzuführen. In der Erkenntnis, daß die Interessen der Konsumvereine im Schulze-Delitzschschen Allgemeinen Verband nicht die notwendige Förderung fanden sondern stets hinter denen der Kredit-

vereine zurückgestellt wurden, gründete Pfeiffer im Jahr 1867 in Stuttgart einen Verband deutscher Konsumvereine, dem sich bis April des folgenden Jahres von den 135 damals bestehenden Vereinen 52 angeschlossen hatten. Gleichzeitig mit der Werbeschrift für diesen Verband war auch schon die 1. Nummer des von Pfeiffer herausgegebenen Organs der deutschen Konsumvereine versandt worden. Auf dem 1869 in Mannheim abgehaltenen 3. Verbandstag stand die Gründung einer Organisation des gemeinsamen Warenbezugs auf der Tagesordnung, und noch im gleichen Jahr fand die Gründung der deutschen Einkaufsgenossenschaft mit dem Sitz in Mannheim statt. Im 1., vom 12. August 1869 bis zum 31. März 1870 reichenden Geschäftsjahr setzte die Einkaufsgenossenschaft an 19 Verbandsvereine für 48 809 Gulden Waren um, wobei ein Gewinn von 996 Gulden erzielt wurde. Die ganze Tätigkeit Pfeiffers, insbesondere aber seine Einkaufsgenossenschaft, wurde aufs schwerste von den Männern des Allgemeinen Verbands angefeindet, obwohl Pfeiffer alles getan hatte, um mit diesem in einem guten Verhältnis zu bleiben. Es kann das nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, daß ja noch 25 Jahre später Verbandsanwalt Crüger der lebhafteste Bekämpfer des gemeinsamen Einkaufs der Konsumvereine war. Allmählich kam es aber doch zu einer Annäherung, die schließlich, nachdem der Allgemeine Verband Garantien für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Konsumvereine gegeben hatte, 1871 zum Anschluß des Pfeifferschen Verbands an den Allgemeinen Verband führten, von dem Pfeiffer (wie es uns jetzt scheinen will, mit Unrecht) glaubte, daß er eher wohl in der Lage sein würde einen Mittelpunkt der gesamten Konsumvereinsbewegung des neugeinteten Deutschen Reiches zu bilden. Gleichzeitig stellte Das Organ sein Erscheinen ein, und die Einkaufsgenossenschaft, die während der Auseinandersetzung über die Verbandsauflösung zurückgegangen war, wurde in eine Wareneinkaufsgesellschaft umgewandelt, die auch an Private verkaufte und 1875 ganz aufgelöst wurde. Die Verhältnisse waren eben offenbar noch nicht völlig reif für diese höhere Stufe genossenschaftlicher Betätigung. Pfeiffer selbst zog sich damit äußerlich von der Genossenschaftsarbeit zurück, deren treuester Freund er jedoch im Herzen blieb, um seine reiche Kraft anderen Gebieten der sozialen Tätigkeit zuzuwenden. Im Jahr 1905

ernannte der Stuttgarter Verein anlässlich seiner 40jährigen Jubiläumsfeier ihn zum Ehrenvorsitzenden. Auch zu seinem 75jährigen Geburtstag wurden dem Gründer der deutschen Konsumvereinsbewegung aus Genossenschaftskreisen manche Ehrungen zuteil. Aber die volle Würdigung sollte doch erst der 80jährige Eduard Pfeiffer erleben. Möge ihm das Bewußtsein nun, wenn auch spät, den ihm gebührenden Platz in der Geschichte der deutschen Konsumvereinsbewegung erhalten zu haben, den Lebensabend vergolden!

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Seligmann

Determinismus Die konsequenten Verfechter der deterministischen Anschauung werden uns nie und nimmermehr die Überzeugung beizubringen vermögen, daß es im Grunde genommen gar keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer aktiven und einer passiven Bewegung gibt, daß der zwanglose Bewegungsakt aus eigenem Antrieb, beispielsweise beim Heben des Arms aus freiem Entschluß, im Grunde ganz der selben Natur ist wie der von außen ausgeübte Druck, der den Arm gegen den eigenen Willen in einer bestimmten Richtung beugt. Die konsequenten Vertreter der deterministischen Auffassung können die endlose Verkettung von Ursachen und Wirkungen noch so lange zurückverfolgen, sie können uns noch so klipp und klar beweisen, daß auch die von uns als frei bezeichnete Bewegung nicht isoliert im Weltganzen dastehen kann sondern sich irgendwie an einen andern psychischen und physischen Vorgang anschließen muß, der wiederum an einen andern anknüpft und so fort ad infinitum: um jenen empirischen, von jedem unbefangenen Bewußtsein ohne weiteres konstatablen Unterschied kommen sie doch nicht herum. Und solange dieser Unterschied besteht, solange wir imstande sind mit aller wünschenswerten Klarheit festzustellen, daß etwas in unserm Innern existiert, was fähig ist eine eigene Bewegung ins Leben zu rufen, in unausrottbarem Gegensatz zu einer uns von außen her aufgezwungenen Bewegung, solange es etwas in uns gibt, was seinen eigenen Ursprung in sich trägt, so lange werden wir uns der Einsicht nicht erwehren können, daß etwas in unserm Bewußtsein da ist, was sich der Umklammerung der endlosen, in sich geschlossenen Ursachenkette entzieht.

Sagt man uns aber mit überlegenem Lächeln, daß auch dieses schöpferische Etwas schließlich nichts weiter als einer der Ringe in dieser endlosen Kette von Ursachen und Wirkungen ist, daß auch dieser innere Quellpunkt unserer eigenen Tätigkeit, dieser ursprüngliche aktive Impuls, aus dem unsere Bewegungsakte geboren werden, als Ursache unter Ursachen der selben Gesetzmäßigkeit unterliegen muß wie alle anderen Geschehnisse im Weltall, und mithin die aktive Bewegung auf der gleichen Linie liegt wie die passive, so erwidern wir, daß es ein vollständig ungerechtfertigtes Verfahren ist ohne weiteres die Bewegung im Zustand der Spannung und Erwartung mit dem bereits ausgeführten, in äußerer Tat verkörperten Bewegungsakt zu identifizieren, Mögliches und Wirkliches in einen Topf zu werfen. Gewiß, haben wir einmal die von uns vorgestellte Bewegung in einen realen Bewegungsakt umgesetzt, so stehen wir diesem letztern ebenso machtlos wie jedem andern Geschehnis gegenüber; denn dieser Bewegungsakt gehört schon nicht mehr unserm Ich sondern dem Bereich des äußern Seins; mit dem Moment der Ausführung ist uns der Bewegungsakt vollständig entfremdet worden und in eine andere Welt, die des äußern Seins, übergegangen. Der Determinismus will durchaus zwei inkommensurable Größen mit einander identifizieren; das Moment des Potentiellen und das des Aktuellen, die ganz und gar nicht das selbe zu sein brauchen, weil sie sich in einander überführen lassen. Die von uns vorgestellte Bewegung läßt sich freilich aus dem Bereich des Möglichen in den des Aktuellen überführen; aber deshalb werden wir uns doch nicht einreden lassen, daß wir den vorgestellten Bewegungsakt, den wir ausführen können, auch ausführen müssen, obwohl wir bereit sind zuzugeben, daß wir die betreffende Bewegung, sobald wir sie wirklich ausgeführt haben, vielleicht ausführen mußten. Es liegt nicht in unserer Macht die von uns bereits ausgeführte Bewegung ungeschehen zu machen, während es völlig in unserer Macht liegt die von uns vorgestellte Bewegung ungeschehen zu machen, und daraus folgt zur Genüge, daß wir es hier mit zwei vollständig verschiedenen disparaten Wirklichkeitssphären zu tun haben. Der kardinale Unterschied zwischen einer aktiven und einer passiven Bewegung, zwischen einem aus eigenem Antrieb unternommenen und einem uns von außen her aufgezwungenen Bewegungsakt kann

allerdings nur in der in mir liegenden Fähigkeit diese oder jene Bewegung zu vollziehen oder zu unterlassen, und nicht in dem Bewegungsakt als solchem gesucht und gefunden werden. Dem Bewegungsakt als solchem ist es ganz und gar nicht anzusehen, ob er aktiven oder passiven Ursprungs ist; die Bewegung bleibt immer Bewegung, ob sie aus völlig freiem Entschluß ausgeführt oder bloß von außen aufgezungen wurde. Die deterministische Auffassung, die ihr Augenmerk ausschließlich auf die bereits vollzogenen, zu einem homogenen Sein erstarrten Bewegungsakte richtet, ist gewiß im Recht, wenn sie erklärt, daß sie zwischen freier und unfreier Bewegung keinen Unterschied zu entdecken vermag, und daß keine einzige Bewegung den Stempel ihres Ursprungs an der Stirn trägt. Der eigentliche Quellpunkt aller Heterogenität aber zwischen selbstgewollter und aufgezwungener Bewegung kann einzig und allein gerade in diesem immer lebendigen Ursprung meiner Bewegungen enthalten sein, in dieser Eigenschaft der Potentialität, die den charakteristischen Zug aller Bewußtheit bildet. Hat man sich freilich, zugunsten einer alles nivellierenden Theorie, ein für allemal in den Kopf gesetzt alle Manifestationen des Wirklichen unter einen einzigen Nenner zu bringen und die Bewußtheit durchaus als einen der Faktoren des Geschehens zu betrachten, so ist es gewiß ganz gleich, ob ich den Arm aus eigenem Antrieb in die Höhe hebe, oder ob er gewaltsam in die Höhe gehoben wird; denn dann gibt es eben nur Bewegungen, die alle den gleichen Charakter der Bewegtheit an sich tragen. Dann aber müssen wir uns in einen eklatanten Widerspruch zu den Grundtatsachen des Seelenlebens setzen. Sagen wir uns aber, daß die Bewußtheit in eine Ebene der Wirklichkeit fällt, die von einer ganz andern Gesetzmäßigkeit beherrscht wird als die des geschehenden Seins, so brauchen wir nicht den natürlichen Sachverhalt zu verdrehen und können ruhig konstatieren, daß es allerdings freie und unfreie Bewegungen gibt.

Bei alledem ist es von hohem Interesse festzustellen, daß es eigentlich der exakten Naturwissenschaft niemals eingefallen ist das Vorhandensein eines aktiven, selbstgewollten Impulses in Abrede zu stellen. Denn gerade die exakte Mechanik war es, die durch das von ihr aufgestellte Gesetz der Trägheit den

aktiver und passiver Bewegung zu allgemeiner Anerkennung brachte. Soll es nämlich zu den charakteristischen Eigentümlichkeiten des materiellen Körpers gehören, daß er nicht imstande ist aus eigenem Antrieb den Zustand der Ruhe oder der Bewegtheit zu verändern, in dem er sich in einem gegebenen Moment befindet, so ist damit zugleich das Zugeständnis gemacht, daß es in der äußern Natur noch anderartige Körper geben mag, die wohl ihre Bewegungs- und Ruhezustände aus eigener Initiative verändern können. Freilich kommt dem Gesetz der Trägheit in seiner allgemein üblichen Formulierung keineswegs axiomatische Bedeutung zu, da keine noch so exakte Wissenschaft je in der Lage sein wird alle möglichen materiellen Bewegungen in der äußern Natur in den Kreis ihrer Beobachtung zu ziehen, um sie daraufhin zu prüfen, ob sie von selber entstanden oder durch einen äußern Anstoß veranlaßt worden sind. Aber darauf kommt es in unserem Fall gar nicht an. Nicht darum handelt es sich, ob es im Weltenraum materielle Körper geben mag, die sich bewegen können, ohne dazu eines äußern Anstoßes zu bedürfen, sondern einzig und allein darum, ob der materielle Körper imstande ist zu jedem beliebigen Zeitpunkt seine Richtung zu ändern. Denn einzig und allein in dieser Fähigkeit zu beliebiger Richtungsänderung besteht jenes Prinzip der Selbstbewegung, das das eigentliche Wesen der Bewußtheit ausmacht. Und da ist es gar nicht erforderlich alle möglichen Körper auf die Spontanität und Selbstgewolltheit ihrer Bewegungen hin zu untersuchen, sondern jeder beliebige materielle Gegenstand reicht schon für sich allein aus, um an ihm die Wesensverschiedenheit von Bewegung und Selbstbewegung festzustellen. Und das hat die Mechanik durch ihr oberstes Prinzip geleistet. Das sind die Gedanken, zu denen ein Buch über Constantin Brunners Lehre /Berlin, Borngräber/ anregt. Brunner, dessen philosophische Anschauungen der Verfasser, A. Moebius, wiederzugeben sucht, ist ein Anhänger der deterministischen Auffassung. Es erübrigt sich auf alle Argumente Brunners zugunsten der Unfreiheit des Willens einzugehen, da er in dieser Beziehung nicht anders denkt als alle anderen, ihm verwandten Verfechter der deterministischen Lehre. Es genügt darauf hinzuweisen, daß Brunner Bewußtsein des Wollens von dem Wollen als solchem, das ihm mit dem Bewegungs-

akt identisch ist, scharf unterschieden wissen will, und daß er bereit ist die Freiheit dieses Bewußtseins anzuerkennen, während er dem Willen selber jede Freiheitlichkeit und Spontaneität abspricht. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß gerade in diesem Bewußtsein des Wollens der eigentliche Quellpunkt aller schöpferischen und spontanen Impulse enthalten ist, und daß der Willensakt als solcher, den Brunner fälschlich als das Wesen des Wollens auffaßt, zum eigentlichen Willen nicht mehr gehört sondern in die Sphäre des Geschehens hineinfällt. Diese Vermengung hätte Brunner mit Leichtigkeit vermieden, wenn er sich nicht darauf versteifen wollte um jeden Preis monistisch zu denken.

× **Kurze Chronik** Am 12. Februar starb in Braunschweig Richard Dedekind, 84 Jahre

alt. Seine hervorragenden Leistungen als Mathematiker liegen vornehmlich auf den Gebieten der höhern Analysis und der Zahlentheorie. Philosophisch wichtig sind seine Studien über die Natur der Zahlen. Er begann sie mit der Schrift Was sind und was sollen die Zahlen? und setzte sie dann in der Abhandlung Stetigkeit und irrationale Zahlen fort, in der er den Zusammenhang zwischen dem Prinzip der Stetigkeit und der Infinitesimalanalysis darlegte. Das unstetige Gebiet der rationalen Zahlen wurde vermöge seiner Definition der irrationalen Zahlen durch einen Schnitt, dem keine rationale Zahl entspricht, zu einem stetigen Gebiet vervollständigt. Über die Bedeutung dieser Betrachtungsweise und der strengen Schule der Mathematik überhaupt für unser philosophisches Denken wird später noch in dieser Rundschau die Rede sein müssen.

× Von einer Reihe von Gelehrten ist dem preußischen Kultusministerium die Anregung gegeben worden einen Lehrstuhl für jüdische Wissenschaft an einer philosophischen Fakultät zu begründen; von den Universitäten wurde Frankfurt als die geeignetste hierzu bezeichnet. Aus diesem Anlaß legt der Jenenser Theologe Professor O. Staerk im Neuen Merkur die Gesichtspunkte dar, unter denen das Judentum als wissenschaftliches Problem zu behandeln ist. Seine klaren Ausführungen, die ein ebenso umfangreiches wie reichhaltiges Gebiet beleuchten, dürften einem erheblichen Interesse begegnen. × Der Privatdozent an der Universität Münster Professor Dr. Wilhelm Koppel-

mann ist zum außerordentlichen Honorarprofessor dort ernannt worden. Seine Arbeiten liegen hauptsächlich auf den Gebieten der Ethik und der Religionsphilosophie.

Psychologie / Otto Bobertag

Schriftfrage Die Argumente, die in der Erörterung der Frage, ob Antiqua oder Fraktur, vorgebracht zu werden pflegen, sind sowohl nach Herkunft wie nach Beweiskraft recht verschieden. Der Psychologe, der dieser Frage seine Aufmerksamkeit zuwendet, sieht sich daher zunächst veranlaßt unter jenen Argumenten zwischen solchen zu scheiden, die rein gefühlsmäßiger, subjektiver Natur, daher in hohem Maß willkürlich und also nicht entscheidend sind, und solchen, die irgendwie meßbare Kriterien anwenden und somit eine objektive Untersuchung und Entscheidung ermöglichen. Man bemerkt nun leicht, daß bei den Verehrern der Fraktur die Argumente jener ersten Art die Hauptrolle zu spielen pflegen. Sie glauben, daß die deutsche Schrift der deutschen Geistes- und Gemütsart angemessener sei als die lateinische, die »Schrift unserer Feinde«, daß ihr ein »mächtig pulsierender Rhythmus sich hin und herbewegender Formkräfte« als Hauptmerkmal zukomme, und dergleichen Wendungen mehr. Solchen Ansichten scheinen namentlich zwei Irrtümer zugrunde zu liegen: erstens, daß jede Schrift unbedingt um so besser sei, je stärker sie bestimmte ästhetische Werte oder sonstige innere, geistig-sittliche Werte enthalte oder auspräge (womit natürlich noch nicht im mindesten gesagt sein soll, daß bei der Fraktur das eine oder andere wirklich der Fall sei), zweitens daß die Schrift in ganz ähnlicher Weise wie die Sprache aus dem Gesamtvolksgeist spontan herausgewachsen sei. Psychologisch betrachtet besteht jedoch das gewöhnliche, in mindestens 90% aller Fälle vorkommende Lesen und Schreiben, wenn man vom Sinn des Gelesenen respektive Geschriebenen absieht, in weiter gar nichts als dem sehr flüchtigen Erkennen respektive Darstellen von bloßen Formen oder Formengruppen, wobei alles, was diese beiden Tätigkeiten sowie die Konzentration auf den Sinn nicht erleichtert, nur überflüssig, wenn nicht schädlich sein kann; daneben wird natürlich immer für eigentlich ornamentale Schrift Platz bleiben, die dann auch

ihre eigene Psychologie haben mag. Und was die Entstehung der Schrift betrifft, so stellt sich bei genauerm Zusehen heraus, daß die sogenannte deutsche (besser: in Verfall geratene gotische) Schrift tatsächlich gar keinen begründeten Anspruch darauf hat als deutscher zu gelten als die sogenannte lateinische Schrift (siehe hierüber unter anderm den sehr instruktiven Artikel Hausensteins, in den Sozialistischen Monatsheften, 1911, 2. Band, pag. 698 ff.): womit die Forderung, in den Frakturbuchstaben solle sich uns ein Stück Deutschtum verkörpern, schon von vornherein in sich zusammenfällt.

Dem Schriftproblem ist also auf diese Weise nicht beizukommen. In richtiger Erkenntnis, daß sich alle Erörterung über Schriftvorzüge um den Grad ihrer Les- und Schreibbarkeit drehen müsse, hat man bereits vor Jahren begonnen die Lesbarkeit der Fraktur und der Antiqua dem messenden Experiment zu unterwerfen. Es möge jedoch sogleich betont werden, daß solche Experimente, um beweisend zu sein, wesentlich schwieriger sind, als man zunächst erwarten möchte. Dies liegt daran, daß die Beschaffung völlig gleicher Versuchsbedingungen für das Lesen beider Schriftarten recht schwierig, ja fast unmöglich ist. Man darf nicht einfach zwei beliebige, etwa gleich groß gedruckte Texte beliebigen Personen vorlegen, sondern muß sich der Gleichheit jedes der mitwirkenden Faktoren genau versichern, also der Gleichheit 1. der rein optischen Verhältnisse (Höhe und Dicke der Grundstriche, Zwischenräume zwischen den Buchstaben, Worten und Zeilen, Entfernung der Schrift vom Auge, Beleuchtung usw.), 2. der Geübtheit der Versuchspersonen im Lesen beider Schriftarten, 3. bei sinnvollem Text: der Bekanntheit oder Schwierigkeit der beiden Texte. Die Exaktheitsanforderungen, die somit an die Untersuchungsmethode gestellt werden müssen, sind nun keineswegs stets erfüllt worden. Unter Berücksichtigung der hieraus entspringenden Mängel lassen sich folgende experimentelle Ergebnisse anführen.

Versuche mit tachistoskopischer (sehr kurz dauernder) Darbietung einzelner Buchstaben und Worte zeigten, daß Fraktur um so schlechter erkannt wird, je mehr Beiwerk (Häkchen, Schnörkel) sie hat. Eine Schriftart ist, ganz allgemein gesagt, um so leichter erkennbar, je einfacher sie ist, obgleich manche Frakturfreunde zu glauben scheinen,

daß die Lesbarkeit einer Schrift der Differenzierung ihrer Formen proportional sei. Worte, die ganz aus deutschen Großbuchstaben bestehen, sind bekanntlich nur mit großer Mühe zu entziffern; ebenso allbekannt ist übrigens, daß wohl jeder die lateinischen, aber kaum jemand die deutschen großen Druckbuchstaben aus dem Gedächtnis reproduzieren kann. Lobsien stellte auf Grund ziemlich anfechtbarer tachistoskopischer Versuche fest, daß die deutsche der lateinischen Schreibschrift, dagegen die lateinische der deutschen Druckschrift an Lesbarkeit überlegen ist. Meßner fand dies nicht bestätigt, ermittelte aber durch Messung der Leseschwindigkeit längerer Texte, daß Antiqua im allgemeinen rascher gelesen wird als Fraktur. Griffing und Franz untersuchten die Leseschwelle, das heißt diejenige Helligkeit, bei der eine Schrift eben erkannt wird, und fanden eine geringe Überlegenheit der Lateinschrift. Aus den Versuchen von Lay geht nur so viel mit Sicherheit hervor, daß unter gleichen Bedingungen (Lay behauptet offenbar zu Unrecht, daß seine Versuchspersonen geübt im Antiqualesen gewesen seien) Antiqua die kürzeren Lesezeiten beansprucht. Ein Nebenresultat Lays spricht noch besonders gegen die Fraktur. Er fand nämlich, daß Antiqua den fixierenden, Fraktur den fluktuierenden (errätenden) Lesetypus begünstige. Der typische Lesefehler des Anfängers ist aber das unrichtige Erraten der Schrift an Stelle des sichern Fixierens der Buchstaben, so daß hiernach die deutsche Druckschrift den Hauptlesefehler des Anfängers begünstigen würde. Im Anschluß hieran sei noch bemerkt, daß die stärkere *rhythmische Gliederung des Wortes* durch die häufigeren Unterlängen der Fraktur für den Anfänger nicht in Betracht kommt, wie es denn überhaupt nicht richtig ist, daß jede beliebige Zunahme dieser optischen Gliederung das Lesen erleichtern müsse. Die Erleichterung der Auffassung des Wortbildes bei Verwendung des kleinen s an Stelle des langen l im Antiquadruck spricht zum Beispiel sehr deutlich gegen jene Annahme. Auf einige weitere spezielle Vorteile der lateinischen gegenüber der deutschen Druckschrift sei gleich noch hingewiesen: 1. Einige der am häufigsten vorkommenden Buchstaben, nämlich B und V, R und N, u und n, a und o, s und f usw. sind in Antiqua leichter zu unterscheiden und zu erkennen als in Fraktur. 2. Die Weitstelligkeit der An-

tiqua gegenüber der Fraktur, durch die dem Verschwimmen der Buchstaben vorgebeugt wird. 3. Die umgebogenen Köpfe und unteren Enden der deutschen Lettern und ihre kleinen Häkchen verschmelzen zu einem durchlaufenden Band, so daß sie erst in geringerer Entfernung deutlich erkennbar werden als lateinische Lettern.

Kehren wir zu den experimentellen Untersuchungen zurück. R. Lindner legte taubstummen Elementarschülern, die noch keinerlei Schrift- oder Sprachkenntnisse besaßen, eine Reihe von Tafeln vor, auf denen jeweils das gleiche Wort in Antiqua und in Fraktur gedruckt stand. Die Worte bezeichneten einfache, den Kindern ganz geläufige Gegenstände, die ihnen nun wiederholt gleichzeitig mit den Tafeln vorgezeigt wurden, so daß sie die für sie sinnlosen Schriftzeichen mit Gegenstandsvorstellungen assoziieren lernten, wobei sie natürlich das eine oder das andere Schriftbild nach Belieben bevorzugen konnten. Darauf wurden die Tafeln zerschnitten, und die deutschen und lateinischen Schriftbilder wurden ihnen getrennt vorgezeigt, mit der Aufforderung den zugehörigen Gegenstand zu zeigen. Es ergab sich, daß im ganzen 86 Worte in Antiqua gegen nur 26 Worte in Fraktur eingepreßt und richtig assoziiert worden waren: ein deutlicher Beweis also für die Überlegenheit der Antiqua, speziell im Leseunterricht.

Ein von den bisher erwähnten Unterrichtsmethoden verschiedenes Verfahren verwendete Schackwitz unter Benutzung des Nystagmographen, zu deutsch etwa: Augenruckzeichner. Zur Erklärung sei gesagt, daß das Lesen des Erwachsenen nicht in einem kontinuierlichen, gleichmäßigen Fortgleiten längs der Zeile geschieht, sondern mit ruckweisen Augenbewegungen. Das Lesen, das heißt das Erfassen des Inhalts auf Grund der Erkennung der Schriftzeichen, findet nun nicht während der Augenbewegungen statt (was gar nicht möglich wäre) sondern in den Ruhepausen zwischen den einzelnen Ruckbewegungen der Augen. Schackwitz behauptet nun auf Grund seiner experimentellen Befunde, daß das Lesen von Antiqua eine größere Zahl von Augenrucken erfordert als das Lesen von Fraktur; er glaubt auf diese Weise exakt nachgewiesen zu haben, daß diese weniger ermüdend wirke als jene, weil gerade die vielen kleinen Ruckbewegungen das Ermüden der Augen bedingten. Von der Anfechtbarkeit seiner Versuchsbedingungen ganz

abgesehen, läßt Schackwitz zweierlei außer acht: 1. daß eine Augenermüdung infolge der kleinen Ruckbewegungen nicht bloß völlig unerwiesen sondern auch unwahrscheinlich ist; 2. daß bei weniger zahlreichen Augenrucken die Pausen zwischen ihnen länger werden, was gerade eine Vergrößerung der eigentlichen Lesearbeit, die während der Pausen geschieht, bedeuten würde. Das Ergebnis der Schackwitzschen Versuche, das übrigens bisher noch kaum durch Nachprüfung bestätigt worden ist, läßt sich also keineswegs im Sinn einer Überlegenheit der Fraktur deuten. Die bisherigen Ausführungen bedürfen noch der Ergänzung durch den Hinweis darauf, daß auch vom pädagogisch-didaktischen Gesichtspunkt der Antiqua wesentliche Vorzüge vor der Fraktur zukommen. Für den Schulanfänger ist sowohl das Schreiben wie das Lesen in Antiqua erheblich leichter als in Fraktur, einmal wegen der viel größern Einfachheit der Formen (nach Soennecken baut sich die Antiqua aus 2, die Fraktur aus 66 verschiedenen Grundzügen auf), ferner weil sich bei der Antiqua die kleinen aus den großen Buchstaben sowie die Schreib- aus der Druckschrift ohne Schwierigkeit ableiten lassen, so daß der Schüler also nur 1 Alphabet zu lernen hat gegenüber 4 Alphabeten in Fraktur. Bei der beträchtlichen geistigen und körperlichen Arbeit, die das Schreiben- und Lesenlernen dem Kind verursacht, bedeutet also die Erlernung der deutschen Schrift für das Kind eine Mehrbelastung, die ernsthaft berücksichtigt werden muß. Bedenkt man insbesondere noch, wie sehr durch die intensive Beanspruchung der Augen beim Lesen- und Schreibenlernen die Kurzsichtigkeit der Schulkinder gefördert wird (Deutschland, das Land der Fraktur, ist leider auch das Land der Brillenträger), so muß man sich um so mehr der jetzt von verschiedenen Seiten erhobenen Forderung anschließen das Kind nicht allzusehr mit der Fraktur zu belasten.

Mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum mußte im Vorangehenden manche interessante und wichtige Einzelheit unerwähnt bleiben. Wer nähere Aufklärung sucht, sei namentlich auf die verschiedenen Beiträge von Fr. Soennecken (zuletzt über Schriftlesbarkeit, in der Deutschen Optischen Wochenschrift vom 30. Januar 1916) sowie auf die Ausführungen von Meumann im 3. Band seiner Vorlesungen über experimentelle Pädagogik verwie-

sen. Sehr beachtenswert sind auch die beiden Referate, die R. Cords und Otto Schmidt über das Thema »Soll der Anfangsunterricht mit Antiqua oder Fraktur beginnen?« auf der 16. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege erstattet haben (Bericht darüber bei L. Voß in Leipzig). Cords hat einige der oben erwähnten Leseexperimente wiederholt und dabei eine fast durchgängige Überlegenheit der Antiqua festgestellt. Schmidt berichtet über interessante Versuche über das Nachzeichnen von lateinischer und deutscher Schrift durch Schulanfänger und erörtert die methodischen Vorteile der Verwendung der Antiqua im Anfangsunterricht.

Nach dem hier Dargelegten dürfte wohl die Hoffnung berechtigt sein, daß die wünschenswerten gesunde Reform des Schrifttums in Deutschland nicht noch weiterhin durch einen vermeintlichen Patriotismus (der in Wahrheit doch nur in seinen Konsequenzen die Sache der deutschen Nation schädigt) oder gar durch ein irreführendes Kunstempfinden (das die Schönheit in Schnörkeleien und Zierereien sucht, statt sie in der edlen Einfachheit strenger Linien zu erkennen) gehemmt werde. Die vorurteilslose psychologische Betrachtung und Erklärung der Tatsachen erweist sich hier, wie auf so manchem andern Gebiet des praktischen Kulturlebens, als die beste Führerin.

×
Kurze Chronik Am 15. Februar starb der außerordentliche Professor der Psychiatrie an der Universität Berlin Dr. Max Köppen im Alter von 57 Jahren. Von seinen Arbeiten, die sich über verschiedene Gebiete erstrecken, seien hier nur die über den Querulantenwahnsinn erwähnt. × An der Mannheimer Hochschule wurde vor einiger Zeit ein Reklamearchiv eingerichtet. Der Jahresbericht der Hochschule enthält einige interessante Ausführungen über die zunehmende Bedeutung der Psychologie für das Wirtschaftsleben unter besonderem Hinweis auf die Dienste, die die Psychologie der Reklamelehre leistet.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Wirklichkeitsromane In den Erinnerungen des Fürsten Karl von Ligne, der im Kleinen ebenso geistreich sein konnte wie Voltaire, der

ein großer Soldat, Frauenjäger und Blumenzüchter gewesen ist, stehen sehr erbauliche, leider arg vergessene Dinge. Da können wir auch lesen, wie dieser herumreisende Offizier der österreichischen Armee zu dem Preußenkönig Friedrich II. ins Hauptquartier gekommen ist. Fürst Ligne, aus dem wallonischen Örtlein Beoil gebürtig, hat ein so gutes Gedächtnis, daß er jedes Wort der Unterhaltung aufbewahrt. Man redet von Politik, man redet von Gardisten, man redet vor allem von den Schultern der Tänzerinnen. Denn der Preußenkönig und der belgische Europafahrer hatten Freude an der Kunst des Reifröckleins und der geschmeidigen Beine. Sie huldigten eher einem ernsten mythologischen Tanz als dem heitern Gespränge durch Reifen und über bunte Bänder. Aber damals konnte es geschehen, daß sich so ein Persönchen vom Ballett in die Politik einmischte, daß sie berühmt wurde, daß sie nicht nur Lakaïen beherrschte sondern auch Lords, Minister, Millionäre, selbst ernste Monarchen. Es wäre gar nicht so übel die Sittengeschichte des 18. Jahrhunderts unter dem Gesichtswinkel eines Tanzmeisters niederzuschreiben. Der Engländer Hogarth hat das ja in seinen wundervollen Stichen versucht, und der deutsche Lichtenberg, der Mathematiker und Witzling, der Gesellschaftsspötter und Astronom, hat sich tausendfache Mühe gegeben aus den Stichen Hogarths das lebendige Leben zu schöpfen. Man erinnere sich nur an die bewegliche Geschichte der Buhlerin Molly Hackabout, die »sich mit dem Publikum vermählt«. Man ahnt, was Lichtenberg damit sagen will. Dieser verwachsene, von solcher Vergnügungswelt vielleicht ganz abgeschlossene Professor, der Mollys Beschäftigung so hübsch charakterisiert, daß es fast jeanpaulisch klingt, noch vor dem lieblichen Meister der sanften Ironie, nennt ihr Geschäft eine »Löschanstalt für brennende Herzen von drittem Rang«.

Der nordische Schriftsteller Adolf Paul, der nicht in der deutschen Sprache beheimatet ist, aber doch einen erträglichen und manchmal sogar bunten Romanstil beherrscht, wollte den Roman einer Tänzerin aus dem 18. Jahrhundert schreiben. Er wollte sein Buch mit dem Geist dieses witzigen Jahrhunderts beleuchten und verfaßte den sehr umfangreichen, den über mehrere Bücher hinausgreifenden Roman der Tänzerin Barberina /München, Langen/. Diese Dame, deren Beine sehr hoch schwin-

gen konnten, deren Herz sehr weit schweifen konnte, ist ein historisches Wesen. Geboren wurde sie in Venedig, getanzt hat sie in Paris, in London, am Potsdamer Hof, sie wurde sogar einem strengen preußischen Gerichtsherrn vermählt und ist als fromme Gräfin und Exzellenz eines seligen und von Glocken umläteten Todes gestorben. Sicher ist das ein Schicksal, über das ein kundiger Schriftsteller seine Gedanken werfen darf, das einen Künstler für eine Zeit festhalten kann. Aber wie es nun so kommt, Signora Barberina aus Venedig ist ungefähr 80 Jahre alt geworden, sie machte nicht nur Sprünge durch die Luft, sie schlug auch, wahrscheinlich vom lieben Gott des Tanzes begünstigt, einige Purzelbäume durch das menschliche Glück. Ihr Seelchen konnte nicht gleichen Schritt halten mit dem Sturm, der ihr irdisches Dasein in die Höhe, bis in die weichen Schlafgemächer der Lords und beinahe in das strengere Schlafzimmer eines Königs hinaufriß. So gerät auch in den Roman des Herrn Paul ein Bruch; das Seelische wird zu oft von dem Kleinzeug des Anekdotischen beiseite gedrückt. Ein Roman ist das Buch gerade nicht, es ist eben eine im Stoff sehr unterhaltende, aus den Archiven hübsch hervorgegebene und mit einiger Gewandtheit vorgetragene Geschichte, die dem heimlich gepflegten romantischen Bedürfnis halb erwachsener Damen und älterer Herren gut und geschmackvoll schmeichelt. Es fehlt diesem Buch nicht an Zötchen und auch nicht an edleren Einzelheiten. Der Münchener Ruederer hat einst aus dem Leben einer spanischen Tänzerin, der Lola Montez, eine Tragikomödie gemacht. Adolf Paul, der mehr aufs Psychologische ging, füllte mit einer gleichen Abenteuererei einen sehr dicken Roman. Aber er hat die geschichtlichen Dinge nicht von dem Staub des Archivistischen befreit.

Einige Jahre sind es her, daß ein Mordprozeß die ganze Welt aufgeregt hat. Damals war ein amerikanischer Anwalt angeklagt die Mutter seiner Frau ermordet zu haben, um durch diese Gewalttat eine Erbschaft zu erwerben. Der Beweis des Mordes wurde dadurch erschwert, daß die Vermutung ausgespielt wurde, geheimnisvolle Kräfte hätten dabei mitgewirkt. Es war die Rede davon, daß die Schwägerin des Angeklagten dem Verbrechen nicht ferngestanden habe. Die Richter entschieden damals gegen den jungen Mann; all die Gerüchte wurden durch den Spruch der

Geschworenen beseitigt. Einige Zeit arbeitete noch die Einbildung der Menschen. Dann kamen neue Ereignisse, man vergaß auch diese aufregende Geschichte. Georg Hirschfeld ging aber den tieferen Ursachen des Begebnisses als Dichter nach und erfand einen ganzen Roman dazu, den er Das Kreuz der Wahrheit nannte, BerlIn, S. Fischer/. Die Frauen werden charakterisiert, erst die hingebende, die schnell dem etwas abenteuerlichen Mann aus der Fremde zum Opfer fällt; dann die andere, die das Eheglück ihrer Schwester beneidet. Der Mann selbst aber, der von den Behörden des Mordes angeklagt ist, wird sehr oberflächlich begriffen. Er soll, nach dem Sinn Hirschfelds, ein Bankert aus adligem Blut sein, und daher stammt all seine Vorliebe für äußern Glanz, daher stammen auch seine Hochstapeleien, seine spanischen Schlösser, die diesmal in irgendeinem Märchenorient verborgen liegen. Der Dichter fügt sich dem Spruch der Behörden, die den Angeklagten einstmals verurteilt haben. Er will den Glauben erwecken, daß sein Glücksritter wirklich der Mordtat fähig gewesen ist; er will also eine moralische Rechtfertigung des Schwurgerichts niederschreiben. Schade, daß Hirschfeld sich zu sehr an die äußeren Ereignisse band, ohne auch nur eine Durchdringung des seelischen Geheimnisses mit Andacht zu versuchen. Damit das Ganze einen Abschluß erhält, jagt Hirschfeld den Mann, den er also des Mordes schuldig spricht, auf eine Flucht aus dem Kerker. Und bei diesem Wagestück wird der schäbige Abenteurer getötet. Aber wer weiß, ob Hirschfeld nicht in diesem Roman einen neuen, psychologischen Justizirrtum begangen hat.

× ×
 Kurze Chronik Der schlesische Dichter Ernst Schubert ist, 28 Jahre alt, in der Champagne gefallen. Sein Erstlingswerk Ruhm, ein Novellenkranz um Friedrich den Großen, ist vor kurzem im Verlag von G. Grote in Berlin erschienen. × Am 23. Januar verschied in Dresden der Schriftsteller Jesko von Puttkamer im 58. Lebensjahr. Von seinen Arbeiten hatte vor allem die Novelle Kismet einen starken Erfolg beim Publikum. Er war auch längere Zeit Herausgeber der Zeitschrift Universum. × In Wien ist der Volksschriftsteller Vincenzo Chiavacci im Alter von 69 Jahren gestorben. Er ist durch seine zahlreichen Humoresken, Erzählungen

und Skizzen bekannt geworden, in denen er Wiener Menschen und Wiener Leben dargestellt hat. Er gehörte zum Freundeskreis Anzengrubers. Zusammen mit Ganghofer hat er die Werke Nestroys herausgegeben. × In Mailand starb Francesco Novati, der Rektor des dortigen Istituto degli Studi Superiori. Er war ein ausgezeichnete Kenner der italienischen und lateinischen Literatur des Mittelalters. × Der russische Akademiker Pyrin soll in den Staatsarchiven eine Sammlung von bisher unbekanntem Werken der Kaiserin Katharina II. aufgefunden haben, in der Hauptsache dramatische Werke, und zwar zum Teil Übersetzungen aus Calderon und aus Shakespeare, im übrigen Originalarbeiten der Kaiserin. × In Valladolid wurde in dem Haus, das Cervantes einst bewohnte, eine Cervantesbibliothek eingerichtet. Das Haus war mit Hilfe des Königs und anderer Kunstfreunde vor dem Abbruch gerettet worden und beherbergt im Oberstock eine spanische Wohnung um 1600, in den unteren Räumen einen großen Lesesaal. × Die zwei Strindbergzimmer im Nordischen Museum zu Stockholm (das Arbeitszimmer und der Blaue Turm) sind fertig eingerichtet und der Allgemeinheit übergeben worden. In den beiden Räumen ist alles so angeordnet, wie Strindberg es zurückgelassen hat. × Als Nachfolger Francis Charmes', dessen Tod hier in der Rundschau Politik (in diesem Band, pag. 166) gemeldet wurde, leitet fortan René Doumic, gleichfalls Mitglied der Akademie, die Revue des Deux Mondes; er hatte schon seit Jahren in dieser Zeitschrift die Literatur- und Theaterkritik inne. × Die bekannte englische Zeitschrift The Athenaeum, die früher wöchentlich herauskam, erscheint seit Beginn dieses Jahres als Monatsschrift.

× Literatur

Der französische Dichter und Publizist Charles Péguy, der, wie in dieser Rundschau (1915, 2. Band, pag. 566) berichtet wurde, in den ersten Kriegsmontaten in Flandern fiel, empfängt jetzt in Frankreich allgemeinere Anerkennung als ihm bei seinen Lebzeiten beschieden war. Suarès schrieb seine Charakteristik, indem er alles das verzeichnete, was heute am meisten Liebe findet: all die patriotische Begeisterung des Dichters. Die Nouvelle Revue Française veröffentlicht auch einen Sammelband mit jenen Studien, die Péguy der Tagesgeschichte zu

widmen pflegte. Die Auswahl ist geschickt, aber das Bild ist nicht richtig. Denn es zeigt nicht den sozialen Revolutionär, auch nicht den Menschen voll sozialen Mitleids, nicht den Sozialisten, den die deutschen Leser aus seinem vor mehr als anderthalb Jahrzehnten in den Sozialistischen Monatsheften (1899, pag. 35 ff.) veröffentlichten Aufsatz über Jean Jaurès kennen, der ebenfalls dem Weltkrieg zum Opfer gefallen ist. Die Auslese will nur von dem Patriotismus Péguy's Beweis liefern, und der 40jährige Dichter soll jetzt dem pathetischen Barrès oder dem bissigen Léon Daudet gleichgemacht werden. Man entdeckt wohl in allen Arbeiten Péguy's Stimmungen, die seinen Sinn für das zeigen, was man mit einem gar nicht üblen Stichwort den republikanischen Imperialismus nennen könnte. Aber alles das ist nur ein Teil vom Wesen Péguy's. Er war im Grunde anders, vielseitiger, gerechter, viel weniger an den Anschauungen nationalen Größenwahns hängend. Darum wird man später, wenn auch wieder die Poeten Lebensrecht erlangen werden, diesen Mißbrauch an einem Wehrlosen bedauern und die Persönlichkeit des teuren Menschen so zeichnen wie sie es verdient.

KULTUR

Kunstgewerbe / Ernst Jaffé

Ausblick Im Berliner Kunstgewerbe sprach sein Vorsitzender Hermann Muthesius über die Aussichten für das deutsche Kunstgewerbe und Bauschaffen nach dem Krieg. So unklar heute noch die Dauer des Krieges und die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands und der gesamten Kulturwelt nach dem Frieden sein mögen, so läßt sich manches doch heute schon vorhersehen. Zunächst ist es sicher, daß an unsere Architekten dem Umfang wie der Bedeutung nach sehr große Aufgaben herantreten werden. Muthesius rechnet auf einen Bedarf von mindestens 250 000 neuen Wohnungen, die einem Geldaufwand von etwa 1½ Milliarden Mark entsprechen. Dazu kommen Wiederaufbauten in Ostpreußen, im Elsaß, in Galizien usw., unter denen sich ganze Siedelungen befinden. Die Organisation in Ostpreußen, über die in dieser Rundschau (1915, 3. Band, pag. 1147 f.) schon gesprochen ist, scheint das Richtige zu treffen, da sie bloßes Untermertum ebenso wie Baubürokratie zurückdrängt. Zu den reinen Nutzbauten

für Wohnungs- und Industriezwecke, für Säuglings- und Waisenfürsorge (neu werden die Speicherbauten zur Aufstapelung von Lebensmitteln und Rohstoffen sein) werden zweifellos viele Monumentalbauten für öffentliche Zwecke, wie Volkshäuser, Jugendklubs, Häuser und anderes treten. Auch der Schiffsbau wird unsere Innenarchitekten vor lohnende Aufgaben stellen.

Die Wichtigkeit der künstlerischen Behandlung unserer Kriegergrabstätten und Denkmäler hebt Muthesius besonders hervor. Zumal die Gräber, die in fremder Erde liegen, sollen von deutschem Können, nicht von gespreiztem Dilettantismus oder blutloser Routine zeugen. Hierfür wie für die Denkmäler fordert Muthesius die überwachende Tätigkeit von Künstlerausschüssen. Ob freilich von ihnen alles Heil kommen wird, hängt sehr von der Wahl der Künstler und ihren Vollmachten ab.

Auch dem Kunstgewerbe wird der Wunsch die gefallenen Helden zu ehren und der Erinnerung an die schwere Zeit des Krieges sichtbaren Ausdruck zu geben viele Aufträge bringen. Unser hochstehendes graphisches Gewerbe, unsere Werkstätten für Plaketten und Denktafeln werden Arbeit bekommen. Hoffentlich wird auch der Staat endlich zu den verwandten Arbeiten der Zahlungsmittel und Briefmarken Künstler heranziehen und sich nicht länger mit unbedeutenden Zeichnern begnügen oder diesen gar die Entwürfe für Kriegswahrzeichen anvertrauen.

Viel wichtiger wird es aber für unser deutsches Kunstgewerbe sein, daß ein für uns günstiger Ausgang des Ringens Deutschlands Weltgeltung wesentlich haben und damit auch dem deutschen Kunstgewerbe eine noch weit bessere Stellung auf dem Weltmarkt verschaffen wird als es sie vor dem Krieg zu gewinnen begann. Muthesius, dem auch seine Gegner eine hervorragende Sachkenntnis zugestehen müssen, hält die deutsche Baukunst und das deutsche Kunstgewerbe für stark und jugendkräftig genug, um die riesenhaften Aufgaben, die ihnen nach Beendigung des Krieges gestellt werden dürften, zu lösen. Freilich ist hier vieles noch im Werden. Noch unfertiger ist das geschmackliche Gesamtbild der deutschen Kultur. Aber der Kampf zwischen den vorwärtsstrebenden und beharrenden Schöpfern und Verbrauchern bringt ein gesteigertes Leben und verbürgt Entwicklung auf diesem Gebiet des Schaffens.

Diese Betrachtungen Muthesius' eröffnen

unseren Künstlern weite Ausblicke. Ob die Wirklichkeit ihnen entsprechen wird, soll nach seiner Ansicht in hohem Grad von unserer Disziplin und Organisation abhängen.

Der Vortrag wird voraussichtlich im Druck erscheinen. Kurzgefaßt findet man Muthesius' Ansichten über Architektur und Kunstgewerbe, Damenmoden und fremde Kunst in Deutschland nach dem Krieg in seiner Flugschrift *Der Deutsche nach dem Kriege*, die in der Reihe *Weltkultur und Weltpolitik* /München, F. Bruckmann/ erschienen ist. Sie beschäftigt sich außerdem noch mit vielen anderen Kulturfragen und verdient bei der Persönlichkeit ihres Verfassers volle Beachtung.

× **Geschmacksbildung** ×

An der Geschmacksbildung der Jugend wird jetzt und erst recht nach dem Krieg noch ernster als bisher gearbeitet werden müssen. Denn von ihr wird die günstige Weiterentwicklung unseres Kunstgewerbes mehr als von irgendeinem andern Faktor abhängen. Das Volk schafft und verbraucht kunstgewerbliche Erzeugnisse; nur bei hoher Geschmackskultur wird es gute Arbeiten hervorbringen und beim Kauf bevorzugen. Auf den Stand dieser Kultur kann aber wirksam nur bei der Jugenderziehung Einfluß gewonnen werden. Die *Kunst im Leben des Kindes* ist überwunden. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß Kindern nur in sehr seltenen Fällen die Kunst nähergebracht werden kann. Hier kann eher geschadet als genützt werden. Denn der gleiche Oberlehrertyp, der bei aller wissenschaftlichen Befähigung den Sekundanern und Primanern den Homer so verekeln kann, daß sie nach der Schulentlassung diese Dichtungen nicht mehr in die Hand nehmen mögen, wird es auch fertigbringen in den jungen Menschen gegen die Meisterwerke der bildenden Kunst Widerwillen zu erregen. Ein gutes Kunstwerk, das den Schülern vor Augen ist, oder selbst gute Reproduktionen von Bildern und Bildwerken in der Umgebung der Jugend werden viel heilsamer sein als ein systematischer Unterricht. Für das Kunstgewerbe wird das beste Erziehungsmittel ein gut durchdachter Handfertigkeitunterricht sein, der die Jugend mit den verschiedenen Rohstoffen und den Arten ihrer Verarbeitung bekannt macht, sie dann aber auch zu eigenen Arbeiten anleitet. Besonders für die Großstadtjugend, die wenig mit Handwerkern in Berührung

kommt, ist diese Art der Erfahrung notwendig, wenn in ihr der Sinn für gute materialgerechte Arbeit, für Massenverteilung, Farbenwirkungen usw. geweckt und gebildet werden soll. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf das hier (in dieser Rundschau, 1915, 1. Band, pag. 63 f., sowie in der Rundschau Geistige Bewegung, 1915, 2. Band, pag. 918) bereits besprochene Buch Ludwig Pallats *Der deutschen Jugend Handwerksbuch* / Leipzig, Teubner / hinweisen. Es ist wohl geeignet den Unterricht zu ersetzen, zumal wenn ein Erwachsener, der selber dem Basteln nicht abhold ist, hier und da aushilft. Aber seiner ganzen Art nach ist es für größere Knaben ohne jede Hilfe Erwachsener durchaus verständlich. Ein Knabe, der nach diesem Buch arbeitet, langsam vom Leichtern zum Schwerern emporsteigt, wird später, auch wenn er sich einem ganz entfernten Beruf zuwendet, gute Arbeit zu schätzen wissen und so dem deutschen Kunstgewerbe den Weg bereiten helfen.

×
 Kurze Chronik Das Deutsche Warenbuch, das in dieser Rundschau (1915, 3. Band, pag. 1149) kurz erwähnt wurde, ist zwischen das Ziel heftiger Angriffe geworden. Soweit ich es übersehen kann, geht diese Bewegung nur von München aus, Haupttrüfer sind die Münchener Neuesten Nachrichten, aber auch die Münchener Post nennt diesen Versuch einen »Gewaltstreik gegen das deutsche Wirtschaftsleben«, den Werkbund einen »Kapitalistenkonzern«, einen »mit den derbsten Boykottmitteln arbeitenden Trust« usw. Ich glaube die Entstehung des Deutschen Warenbuchs und die daran beteiligten Kreise besonders genau zu kennen und muß nach dieser Kenntnis alle erhobenen Vorwürfe als tatsächlich unbegründet oder maßlos übertrieben bezeichnen. Meiner Ansicht nach kann für die Schätzung deutscher Wertarbeit das Warenbuch nur förderlich sein. × Der Vaterlandsdank hat eine Sammlung von entbehrlichen Gold- und Silbergegenständen zugunsten der Nationalstiftung veranstaltet. Nachbildungen von Gold- und Silberbarren beweisen, daß diese Organisation für ihren guten Zweck recht stattliche Summen aufgebracht hat. Die große Menge der nicht eingeschmolzenen Gegenstände zeigt, daß unser Kunst-

gewerbe bei dieser Formvernichtung keinen Verlust erlitten hat. Denn selbst unter diesen ihrer Form wegen nicht dem Feuer überlieferten Schmucksachen und Geräten sind nur wenige wirklich schön. Die besten sind bereits für Sammlungen von Fachschulen erworben. Wenn man auch annehmen kann, daß die Besitzer von Edelmetallarbeiten sich bei aller Opferwilligkeit nicht gerade von ihrem kostbarsten Besitz getrennt haben werden (das liegt ja auch nicht im Sinn dieser Sammlung), so scheint diese immerhin sehenswerte Ausstellung doch zu beweisen, daß unser neuestes Kunstgewerbe auch auf diesem Gebiet die Durchschnittsarbeiten des 19. Jahrhunderts an Geschmackswert übertrifft. × Die nordböhmische Glasindustrie, die ihre Mittelpunkte in Haida und Steinschönau hat, veranstaltet vom 7. März bis zum 7. Mai im Berliner Kunstgewerbemuseum eine Ausstellung neuer Kunstgläser, die einen guten Überblick über den heutigen Stand dieses alten Kunstgewerbes gestatten wird. × Der Werkbund hat in Wien eine Verkaufsstelle eröffnet. Über die Zulassung entscheidet ein Ausschuß. Das Bureau der Verkaufsstelle nimmt auch weitergehende Aufträge entgegen. × Die türkische Regierung hat dem Werkbund einen günstig gelegenen Bauplatz in Konstantinopel geschenkt. Auf ihm soll ein Deutsches Haus errichtet werden, in dem eine ständige Ausstellung deutscher Erzeugnisse veranstaltet werden wird. × Das Komitee bildender Künstler in Wien hat eine Sammlung von Vortragsbänden für die Kriegshilfe herausgegeben. Es sind daran Mitglieder des Hagenbunds wie der Sezession und der Künstlergenossenschaft beteiligt. × Der Münchener Kunstgewerbeverein widmet 3 Hefte seiner Verbandszeitschrift Soldatengräber, Kriegerdenkmälern und Erinnerungszeichen. Die wiedergegebenen Entwürfe bilden eine dankenswerte Ergänzung zu der hier bereits angezeigten österreichischen Kollektion, ohne neue Gesichtspunkte zu bringen oder durch besonders hohen künstlerischen Wert aufzufallen. × Der Beratungsausschuß für Heldengräber in der Provinz Ostpreußen hat einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Heldenhaine ausgeschrieben, an dem sich in Ostdeutschland ansässige oder in Ostpreußen geborene Künstler beteiligen können.